



## „Wahlprogramm der AfD Hessen zur Landtagswahl 2023“

Wahlprogramm zur Landtagswahl 2023  
gemäß Beschluss des Landesparteitags am  
25. und 26. Februar 2023 in Melsungen.

## Inhaltsverzeichnis

1	Demokratie und Grundwerte, Europa.....	3
2	Innere Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit.....	6
3	Familie als positives Leitbild .....	10
4	Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien .....	14
5	Zuwanderung, Asyl und Staatsangehörigkeit.....	23
6	Finanzen .....	27
7	Soziales .....	28
8	Wirtschaft.....	35
9	Verkehr, Wohnen und Infrastruktur .....	39
10	Klima, Energie und Digitalisierung.....	44
11	Landwirtschaft, Natur- und Tierschutz, Jagd und Forst .....	50
12	Gesundheit .....	55

# 1 Demokratie und Grundwerte, Europa

## 2 1.1 Erneuerung der Demokratie

3 Zu Beginn des Jahres 2013 wurde in Oberursel in Hessen eine neue Partei gegründet, die Alternative für  
4 Deutschland. Auslöser hierfür war insbesondere die Euro-Krise, die gezeigt hatte, dass die Mitgliedstaa-  
5 ten der EU völlig unterschiedliche Vorstellungen von einer Gemeinschaftswährung hatten. Griechenland  
6 hatte schon beim Beitritt zur Euro-Zone die anderen Staaten über seine wahre Finanzlage getäuscht,  
7 nunmehr sichtbar die Stabilitätsregeln der EU-Verträge gebrochen und war zudem in Staatskonkurs ge-  
8 raten. Eine ganze Gruppe anderer Staaten des Euro-Währungsverbundes war ebenfalls hoch verschul-  
9 det und gefährdete den Euroraum als Ganzes in seiner Stabilität.

10 Das Experiment einer Gemeinschaftswährung für einen höchst heterogenen Wirtschaftsraum war ge-  
11 scheitert. Die Ereignisse gaben den Euroskeptikern in Wissenschaft und Politik recht. Währungen sind  
12 ein Herzstück souveräner Staaten. Ein Staat, der seine Währungs- und Wirtschaftspolitik aufgibt, verliert  
13 auch andere Teile seiner Selbständigkeit und schließlich seine gesamte Eigenstaatlichkeit. Griechenland  
14 wurde mit mehreren Hundert Milliarden Euro anderer EU-Staaten refinanziert. Hierzu wurde mit dem  
15 Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) eine eigene völkerrechtliche Konstruktion erfunden, die  
16 auch dauerhaft in der Zukunft das tun sollte, was in den EU-Verträgen verboten worden war: Geld-  
17 transferleistungen zwischen den Staaten und die Staatsfinanzierung durch eine gemeinschaftliche No-  
18 tenbank (Europäische Zentralbank EZB).

19 Damit eröffnete sich der Weg für eine eurokratische politische Klasse, scheinbar auch die  
20 Kernsouveränität der EU-Staaten zu untergraben und an deren Stelle einen europäischen Großstaat zu  
21 setzen. Dieses Ereignis war für viele, vor allem sachkundige Bürger, ein Schockerlebnis, das die Aufmerk-  
22 samkeit auch auf den Zustand der Demokratie in Deutschland insgesamt lenkte. Schon die erste Be-  
23 standsaufnahme ergab eine Unzahl demokratischer Defizite, an deren Beseitigung gearbeitet werden  
24 musste. Das verstärkte den Impuls, eine möglichst radikal-demokratische Partei zu gründen und mit ihr  
25 auch um die Kernsouveränität unseres Nationalstaates zu kämpfen in der Überzeugung, dass dies auch  
26 ein Anliegen der meisten Europäer sein würde: Ein friedliches Europa aus selbständigen und vitalen  
27 Staaten, die für ihr eigenes Wohlergehen auch Verantwortung zu tragen haben.

## 28 1.2 Keine Demokratie ohne das Recht auf Volksabstimmungen

29 Zwar haben viele Bundesländer - so auch das Land Hessen - in ihren Verfassungen die Möglichkeiten für  
30 Volksabstimmungen geschaffen. Auf der Ebene des Bundesstaates ist Deutschland jedoch - auch im in-  
31 ternationalen Maßstab - defizitär. Es gibt im Grundgesetz auch nach dessen Gültigkeit von über 70 Jah-  
32 ren keine Regelung über Plebiszite. Die Regelung des Art. 20 Abs. 2 GG, wo auch „Abstimmungen vom  
33 Volke“ angesprochen sind, wird nach herrschender Rechtsmeinung nicht als ausreichende Ermächti-  
34 gung anerkannt, um darauf gestützt Volksabstimmungsgesetze durch den Einfachgesetzgeber zu erlas-  
35 sen.

36 Im Jahr 2018 fand in Hessen durch Volksabstimmung eine bemerkenswerte Reform der Hessischen Lan-  
37 desverfassung statt. Dabei wurden eine Reihe von grundsätzlichen gesetzgeberischen Entscheidungen  
38 in der Landesverfassung verankert. Dies hat zur Folge, dass Änderungen dieser Regelungen nur durch  
39 erneute Verfassungsänderung herbeigeführt werden können. Hervorzuheben ist die Regelung in Art.  
40 123 Abs. 2, wonach in Zukunft eine Änderung der Hessischen Landesverfassung nur möglich ist mit Zu-  
41 stimmung der Wahlbevölkerung. Dies ist als Baustein plebiszitärer Elemente im Staate anzuerkennen.  
42 Auf Bundesebene hat die AfD-Bundestagsfraktion einen ausgearbeiteten Entwurf einer Grundgesetzän-

43 derung eingebracht, der ein System von plebiszitären Regelungen umfasst, das in Anlehnung an Rege-  
44 lungen der Schweiz das Demokratiedefizit Deutschlands beseitigen würde. Erwartungsgemäß ist die AfD  
45 damit nicht durchgedrungen.

### 46 1.3 Demokratieverbesserungen für Hessen

47 Auf Landesebene strebt die AfD gemäß ihrem Grundsatzprogramm eine Reihe von Maßnahmen an,  
48 die vorhandene Missstände beseitigen und Verbesserungen von Demokratie und Staat erreichen sollen:

- 49 • Eine wichtige Voraussetzung für echte Demokratie ist die „Gewaltenteilung“.

50 Die Staatslehre meint damit, dass die Gesetzgebung (legislative Gewalt von Parlament und Volk), Exe-  
51 kutive (Regierung und Verwaltung als vollziehende Gewalt) und Judikative (die rechtsprechende Gewalt  
52 = Justiz) institutionell und personell getrennt sein müssen. Dadurch entsteht ein wechselseitiger Kon-  
53 trollmechanismus, der eine einheitlich den Bürgern gegenüberstehende agierende Staatsmacht in der  
54 Ausübung seiner hoheitlichen Befugnisse einhegt. Eine wichtige konkrete Folge aus diesem Demokra-  
55 tieverständnis ist, dass Abgeordnete als Parlamentsmitglieder nicht zugleich Mitglied einer Regierung  
56 als Spitze der Exekutive sein dürfen. Dies müsste auf Bundesebene so sein und natürlich auch in Hessen.  
57 Der Ministerpräsident kann also nicht zugleich Abgeordneter sein und ein Minister und ein Staatssekre-  
58 tär ebenso wenig. Reife Demokratien leben das.

- 59 • Die Organisation der Justiz muss aus der Exekutive herausgelöst werden.

60 Aufgabe der Justiz ist es, die korrekte Anwendung des Rechts, welches die Legislative, in erster Linie also  
61 das Parlament, gesetzt hat, durch die Regierung und ihre Verwaltung zum Schutz der Bürger zu über-  
62 wachen. Ein Justizminister ist Teil des Kabinetts und damit der Exekutive. Wenn er die Richterschaft  
63 auswählt, einsetzt und befördert oder eben nicht, dann ist er Herr der Judikative. Eine vom Justizminis-  
64 ter bestellte Präsidentin eines Oberlandesgerichts oder ein Präsident eines Landgerichtes beurteilt die  
65 Richterpersönlichkeiten seines Bereichs und entscheidet bei deren Beförderung mit. Die Staatsanwalt-  
66 schaften unterliegen bei maßgeblichen Entscheidungen der Strafverfolgung den Weisungen des Gene-  
67 ralstaatsanwalts, der einem Minister oder einer Ministerin gegenüber weisungsabhängig ist. Hinrei-  
68 chende Missbräuche durch Eingriffe der Politik in die Justiz sind bekannt, was mit rechtsstaatlichen  
69 Grundsätzen nicht vereinbar ist.

- 70 • Demokratisches Gebot ist also: Die Justiz erhält Selbstverwaltung.

71 Das bedeutet, dass alle Anstellungsentscheidungen und die Bestimmung der leitenden Funktionsstelle-  
72 ninhaber der Staatsanwaltschaften und der Gerichte durch Verfahren innerhalb der Justiz getroffen  
73 werden müssen.

### 74 1.4 Kampf der Ämterpatronage

75 Fast jeder Bürger kennt sie und die politischen Akteure betreiben sie mit Fleiß. Die öffentliche Verwal-  
76 tung ist konzipiert als loyaler Mittler zwischen legislativer Staatsgewalt und dem hoheitlicher Gewalt  
77 unterliegenden Bürger. Das Gelingen oder Scheitern von Staaten hängt vielfach von einer rechtstreuen  
78 und unbestechlichen Mitarbeiterschaft in allen Behörden ab. Die preußische Verwaltung beispielsweise  
79 stand im Ruf, gesetzestreu und pflichtbewusst am Gelingen des erfolgreichen Staates mitgewirkt zu ha-  
80 ben. Auch der Verfasser des Grundgesetzes hatte erkannt, dass für den Aufbau des neuen Staates eine  
81 leistungsfähige und von politischen Einflüssen möglichst unabhängige öffentliche Verwaltung, insbeson-  
82 dere Beamtenerschaft, notwendig sei. Daher sind verfassungsstark im Art. 33 Absätze 2, 4 und 5 GG zwei  
83 Prinzipien verankert worden, welche diese Anforderungen erfüllen sollten. Die „Ausübung hoheitlicher  
84 Befugnisse ist als ständige Aufgabe... Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen“. Das Dienst-  
85 recht für die Mitarbeiterschaft „ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufs-  
86 beamtentums zu regeln und fortzuentwickeln“. Zudem wurde geregelt, dass der „Zugang zu jedem öf-  
87 fentlichen Amt nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung“ zu gewähren sei.

88 Aus diesen Prinzipien ist das beamtenrechtliche Institut der „Bestenauslese“ entwickelt worden. Und  
89 genau das verbietet, den politischen Spezi überhaupt im öffentlichen Dienst unterzubringen und schon  
90 gar, dort wichtige Führungsfunktionen mit politischen Genossen zu besetzen, die dann die Infiltration  
91 von Unfähigen und politisch „Loyalen“ als Lebensaufgabe betrachten. Gegen dieses Verbot wird jedoch  
92 ungezählt vielfach und überall - von der Bundestagsverwaltung bis zum Gemeindesekretär - verstoßen.  
93 Die verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung hat in bester Absicht das Institut der Konkurrentenklage  
94 entwickelt, dass durch richterliche Prüfung von Personalentscheidungen die Ämterpatronage verhin-  
95 dern soll. Selbst diese Waffe erweist sich vielfach als wirkungslos.

96 Die AfD Hessen fordert daher die Einführung eines Straftatbestandes, der nicht nur politisch Diskrimi-  
97 nierte vor Benachteiligung schützen soll, sondern vor allem die Entscheider treffen soll, die durch ihr  
98 Verhalten der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung und damit diesem Staat unermesslichen  
99 Schaden zufügen.

## 100 1.5 Rechtsstatus des „politischen Beamten“

101 Bei diesem verfassungsrechtlich unterlegten Verständnis von Öffentlicher Verwaltung ist auch das  
102 Thema der „politischen Beamten“ ins Visier zu nehmen.

103 In der breiten Öffentlichkeit kaum verstanden und daher wenig beachtet ist die Tatsache, dass speziell  
104 besonders gut dotierte Spitzenämter wie politische und beamtete Staatssekretäre, Ministerialdirekto-  
105 ren und andere leitende Ministerialbeamte, Leiter von Oberbehörden, Polizeipräsidenten u. a. m. be-  
106 gründungslos berufen und begründungslos in den bezahlten Ruhestand versetzt werden können. Solche  
107 Vorgänge haben insbesondere bei Regierungswechseln Konjunktur. Hunderte solcher Amtsträger wer-  
108 den bei solchen Anlässen aus dem Nichts zu Spitzenbeamten oder verlieren diesen Status, jedoch mit  
109 beamtenrechtlichen Versorgungsansprüchen, die schon allein wegen ihrer lebenslangen Dauer fiska-  
110 lisch unvertretbar sind und in Wahrheit eine Alimentierung der politischen Klasse darstellen, um solche  
111 Funktionsträger im vopolitischen Raum wirkungsvoll platzieren zu können. Die fadenscheinige Begrün-  
112 dung, nur auf diese Weise „loyale Mitarbeiter“ gewinnen zu können, stellt eine Verachtung des Leitbil-  
113 des des politisch neutralen, jedoch jederzeit loyalen Staatsbeamten dar, ohne den ein moderner erfolg-  
114 reicher Staat nicht denkbar ist.

115 Die AfD will diesen beklagenswerten Zustand beenden. Sie wird sich dafür einsetzen, den Rechtsstatus  
116 des „politischen Beamten“ (Behördenleiter wie Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten usw.) in Hes-  
117 sen ersatzlos abzuschaffen. „Politische Beamte“ können jederzeit begründungslos in den Ruhestand  
118 versetzt werden. Die AfD glaubt an ein jederzeit loyales Berufsbeamtentum.

## 119 1.6 Demokratische Aufwertung des Landtagswahlrechts.

120 Im geltenden Landtagswahlrecht ist neben der Bildung von Wahlkreisen zur Wahl von Kandidaten im  
121 Wege der Mehrheitswahl auch das Institut von Landeslisten geregelt, die von Parteien aufgestellt wer-  
122 den. Diese legen die Reihenfolge der Bewerber und Bewerberinnen fest, die in aufsteigender Zahlenrei-  
123 hung für die Erreichung eines Mandats zum Zuge kommen. Dieses Prinzip der sog. „starren Listen“ wird  
124 vielfach in Politik und Wissenschaft wegen seiner einengenden Wirkung der Wahlfreiheit der Wahlbe-  
125 rechtigten kritisiert. Aus diesem Grund hat die AfD in ihrem Grundsatzprogramm die Forderung nach  
126 „freier Listenwahl“ mit der Möglichkeit der Stimmkumulation aufgestellt. Die AfD hat im Herbst 2020  
127 im Bundestag einen Gesetzentwurf für ein geändertes Bundestagswahlrecht vorgelegt, das nicht nur  
128 das Problem der Überhang- und Ausgleichsmandate löst, sondern auch das Angebot „freier Listen“ ent-  
129 hält. Im Februar 2023 hat die Ampelkoalition einen Gesetzentwurf vorgelegt, der nahezu vollständig  
130 den Inhalt des AfD-Entwurfs übernommen hat. Lediglich die wahlrechtliche Innovation, dem Wähler die  
131 Möglichkeit zu geben, auf die Reihenfolge der Listenkandidaten Einfluss zu nehmen, wird nicht vom  
132 Regierungsvorschlag übernommen. Dies ist deshalb bedauerlich, weil damit ein wichtiges Stück „Mehr

133 Demokratie“ verhindert wird, ein Zuwachs an politischem Einfluss auf das Wahlgesehen, der ein Mit-  
134 tel gegen politische Abstinenz, niedrige Wahlbeteiligung und Parteienverdruss hätte sein können.

## 135 2 Innere Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit

136 Die Schaffung und Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit sind Kernaufgaben unseres Staates. Innere  
137 Sicherheit ist das Fundament und damit Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Staatswesen. Sie  
138 garantiert ein friedliches und geordnetes Zusammenleben der Menschen in unserem Land. Sie ermög-  
139 licht unseren Bürgern, sich in freier Selbstbestimmung in Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft und Politik zu  
140 engagieren, und so die Grundlagen für Wohlstand und Frieden zu schaffen und weiterzuentwickeln.

141 Wir werden dafür Sorge tragen, dass Hessen ein starkes und wehrhaftes Land wird, das seine Bürger vor  
142 Gewalt, Kriminalität und Terror schützt sowie Recht und Ordnung durchsetzt und aufrechterhält. Die  
143 Bürger sollen in größtmöglicher Sicherheit leben können.

### 144 2.1 Grundsätze

- 145 1. Recht und Gesetz gelten für jeden. Ihre Anwendung muss für alle die gleichen Konsequenzen  
146 haben. Urteile mit Herkunfts-, Kultur-, Ideologie- oder Religionsrabatt darf es nicht geben. Die  
147 politische Gesinnung darf keinen Einfluss auf die Strafzumessung haben.
- 148 2. Die Unabhängigkeit der Justiz muss gestärkt werden. Eine politische Einflussnahme darf es nicht  
149 geben.
- 150 3. Die Polizei muss zur Sicherheit der Bürger verdachtsunabhängige Kontrollen (Schleierfahndung)  
151 landesweit, insbesondere an bekannten Kriminalitätsschwerpunkten durchführen können.
- 152 4. Kriminelle Ausländer sind unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus nach Verbüßung ihrer Strafe  
153 konsequent abzuschicken. Gegen ausländische Extremisten, Gefährder und Gewalttäter ist ein  
154 dauerhaftes Einreiseverbot zu verhängen.
- 155 5. Ausreisepflichtige Personen, die nicht freiwillig ausreisen, sich einer Abschiebung widersetzen  
156 oder sich der Abschiebung entziehen, sind in Justizvollzugsanstalten mit entsprechenden Ab-  
157 schiebehaftplätzen oder vergleichbaren Einrichtungen bis zu ihrer Abschiebung unterzubrin-  
158 gen.
- 159 6. Um unsere Bürger jederzeit vor Straftätern schützen zu können, sind eine hinreichende Zahl an  
160 Haftplätzen in Justizvollzugsanstalten und Abschiebeeinrichtungen durch Aus- und Neubau ein-  
161 zurichten.
- 162 7. Um die Bevölkerung angemessen zu schützen, müssen Täter, die Straftaten gegen das Leben  
163 begangen haben, der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden. Dabei sind umfassende Informa-  
164 tionen zur Person sowie genaue Tatumstände bekannt zu geben. Hierbei muss Opferschutz vor  
165 Täterschutz die oberste Priorität haben!
- 166 8. Das Landesamt für Verfassungsschutz muss seinen originären Aufgaben nachgehen und darf  
167 nicht missbraucht werden, um die Meinungsfreiheit zu unterdrücken oder einzuschränken.

### 168 2.2 Gefahrenabwehr und Strafverfolgung

169 Wir brauchen unsere Sicherheitsorgane und wollen ihnen vertrauen

#### 170 2.2.1 Sicherheit im öffentlichen Raum

##### 171 2.2.1.1 Polizei vor Ort

172 Freiheit braucht Sicherheit. Jeder Bürger soll sich zu jeder Zeit angstfrei in der Öffentlichkeit bewegen  
173 können. Deshalb fordern wir eine, für die Bürger wahrnehmbare, Polizeipräsenz und geeignete techni-  
174 sche Hilfsmittel an öffentlichen Plätzen und Einrichtungen.

### 175 2.2.1.2 Angsträume und No-Go-Areas

176 Angsträume und No-Go-Areas dürfen in unserem Land nicht geduldet werden. Wo gefährliche und  
177 rechtsfreie Räume bereits entstanden oder gerade im Entstehen sind, sind zur Wiederherstellung und  
178 Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung sowie zur Durchsetzung geltenden Rechts, unabdingbar  
179 konsequent ausreichend Polizeikräfte einzusetzen. Hierzu zählt erforderlichenfalls auch die Einrichtung  
180 von Polizeiposten.

## 181 2.2.2 Besondere Kriminalitätsschwerpunkte

### 182 2.2.2.1 Organisierte Kriminalität (OK), Clan- und Bandenkriminalität

183 Kriminelle Organisationen müssen gezielt und nachhaltig bekämpft werden. Ihre kriminellen Strukturen  
184 sind aufzudecken und zu zerschlagen. Ihr Einfluss auf Politik, Verwaltung, Justiz oder die Wirtschaft müs-  
185 sen unterbunden werden. Hohe Haftstrafen, Vermögensabschöpfung und die konsequente Ausweisung  
186 von ausländischen OK-Mitgliedern müssen zur Regel werden. Hierzu sind umfangreich neue Stellen bei  
187 Polizei und Justiz, speziell für die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und der Geldwäschekrimi-  
188 nalität einzurichten. Eine fachspezifische Ausbildung ist sicherzustellen.

### 189 2.2.2.2 Sexualdelikte zum Nachteil von Kindern (Pädokriminalität)

190 Sexueller Kindesmissbrauch, Kinderpornografie, Kinderprostitution und Kinderhandel sind entschieden  
191 zu verfolgen. Die Opfer leiden oft ihr Leben lang aufgrund der Taten. Verurteilte Sexualstraftäter, die  
192 eine nicht kalkulierbare Gefahr darstellen, sind über eine Haftstrafe hinaus, konsequent in Sicherungs-  
193 verwahrung zu nehmen.

194 Da dieser Deliktsbereich ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellt, ist eine öffentliche Diskussion  
195 und eine flächendeckende Aufklärung notwendig.

### 196 2.2.2.3 Politischer Extremismus

197 Politischer Extremismus stellt mit seinen antidemokratischen Ideologien eine Gefahr für unseren Ver-  
198 fassungsstaat dar. Er bedroht unsere Freiheit und Lebensweise. Linksextremismus, Rechtsextremismus  
199 und Islamismus sind deshalb in gleicher Weise und gleichem Umfang zu bekämpfen.

200 Die gewaltsame Austragung von Konflikten anderer Länder darf nicht auf deutschem Boden stattfinden.

201 Extremistische Propaganda, Fahnen und Symbole müssen verboten und jede Finanzierung von extre-  
202 mistischen Aktivitäten unterbunden werden. Ausländische Extremisten und Gefährder sind konsequent  
203 abzuschieben, und mit einem dauerhaften Einreiseverbot zu belegen. Über die Einstufung „extremis-  
204 tisch“ hat ein Gericht zu entscheiden.

### 205 2.2.2.4 Kriminalstatistik

206 Wir fordern Mut zur Wahrheit in der Kriminalitätsstatistik. Das heißt eine Kriminalstatistik, welche ehr-  
207 lich, eindeutig und umfassend die Realität darstellt. Der Bürger hat ein Anrecht auf alle Zahlen und Fak-  
208 ten. So muss eine eindeutige Differenzierung von Tatverdächtigen vorgenommen werden: Mehrfache  
209 Staatsbürgerschaften sind zu erfassen und entsprechend auszuweisen.

## 210 2.2.3 Polizei

### 211 2.2.3.1 Einsatzkräfte schützen

212 Wir wollen diejenigen schützen, die für den Schutz anderer sorgen.

213 Die Polizei soll mit einer Ausstattung, die der Sicherheitslage und den gestiegenen Anforderungen an  
214 den täglichen Dienst entspricht, ausgerüstet und regelmäßig weitergebildet werden.

215 Die Polizei muss in die Lage versetzt werden, sich selbst und andere wirksam gegen gewaltsame Angriffe  
216 zu schützen. Für Ausschreitungen bei Demonstrationen und Großveranstaltungen muss die Polizei mit  
217 wirkungsvollen Distanzmitteln ausgerüstet werden, um Gewalttäter von sich und friedlichen Demonst-  
218 ranten fernzuhalten.

### 219 **2.2.3.2 Attraktivität und Anerkennung steigern**

220 Um qualifizierte junge Menschen und Seiteneinsteiger für den Polizeiberuf zu begeistern, bedarf es ei-  
221 ner besseren Bezahlung und attraktiver Sozialleistungen. Nur so kann die Polizei im Werben um die  
222 besten Köpfe mit der freien Wirtschaft konkurrieren.

### 223 **2.2.3.3 Staatsangehörigkeit**

224 Die deutsche Staatsbürgerschaft sowie die uneingeschränkte Identifikation eines jeden Bewerbers mit  
225 den rechtsstaatlichen Grundsätzen Deutschlands, müssen zwingende Voraussetzung bei der Einstellung  
226 in den Polizeidienst sein.

## 227 **2.3 Justiz**

228 Die Justiz ist der Garant für Rechtsprechung ohne Ansehen der Person. Darauf wollen wir vertrauen.

### 229 **2.3.1 Unabhängige Justiz**

#### 230 **2.3.1.1 Selbstverwaltung stärken**

231 Um eine politische Einflussnahme zu vermeiden, sollen Staatsanwälte, ebenso wie Richter, nicht mehr  
232 vom Justizministerium eingestellt werden. Die Unabhängigkeit der Justiz muss durch eine Selbstverwal-  
233 tung gestärkt werden.

#### 234 **2.3.1.2 Weisungsfreie Staatsanwälte, unabhängige Richter**

235 Staatsanwälte müssen, wie Richter, weisungsungebunden und unabhängig sein. Staatsanwälte sollen  
236 dem Justizminister generell nicht berichtspflichtig sein.

#### 237 **2.3.1.3 Ausreichendes Personal und angemessene Ausstattung**

238 Die Funktions- und Leistungsfähigkeit unserer Justiz bei der Bearbeitung von Straf-, Zivil- und Verwal-  
239 tungsverfahren, kann nur mit mehr Personal und moderner Technik nachhaltig gesteigert werden. Wir  
240 fordern daher eine signifikante Aufstockung des Personals bei Richtern, Staatsanwälten und Verwal-  
241 tungsangestellten; ebenso die Ausstattung mit schnellem Internet und den Ausbau des elektronischen  
242 Rechtsverkehrs. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Verfahrensdauer bei Gericht erheblich ver-  
243 kürzt wird und Fristen gewahrt bleiben.

## 244 **2.4 Verfassungsschutz**

245 Als Teil der Sicherheitsarchitektur des Landes trägt der Verfassungsschutz zum Schutz der freiheitlich  
246 demokratischen Grundordnung bei.

### 247 **2.4.1 Objektiver Verfassungsschutz**

#### 248 **2.4.1.1 Verfassungsschutz gewährleisten und vor Missbrauch schützen**

249 Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) hat in unserer Gesellschaft eine wichtige Funktion. Um diese  
250 Funktion erfüllen zu können, muss es unabhängig arbeiten können. Versuche der Beeinflussung des LfV  
251 im parteipolitischen Interesse, müssen deshalb entschieden unterbunden werden.

252 Wir fordern, dass die Einstufung als Verdachtsfall und die Beobachtungen durch den Verfassungsschutz  
253 erst dann öffentlich werden, wenn ein Gericht aufgrund der vorgelegten Erkenntnisse die Genehmigung



254 dazu erteilt. Eine fallbezogene Einflussnahme auf den Verfassungsschutz seitens der Politik lehnen wir  
255 ab.

256 Der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz darf kein politischer Beamter sein!

#### 257 **2.4.1.2 Informationsgewinnung und Zusammenarbeit**

258 Personal und Ausstattung des LfV müssen den Anforderungen gerecht werden. Ein effektiver Informa-  
259 tionsaustausch mit allen Verfassungsschutzämtern in Deutschland und den Dienststellen des Staats-  
260 schutzes der Polizei ist zu gewährleisten.

#### 261 **2.4.1.3 Extremismusbekämpfung**

262 Jede Form des Extremismus ist vom Verfassungsschutz gleichermaßen zu erfassen und zu beobachten.  
263 Schwerpunktsetzungen haben anhand objektiver Kriterien zu erfolgen und sind entsprechend zu be-  
264 gründen.

#### 265 **2.4.1.4 Verfassungsschutzbericht**

266 Die Statistiken im Verfassungsschutzbericht sind für alle Formen des Extremismus in einheitlicher und  
267 vergleichbarer Form zu erstellen. Fehlende Angaben in der Statistik sind zu erklären.

## 268 **2.5 Katastrophenschutz**

269 Der Katastrophenschutz ist ein unverzichtbarer Teil der Inneren Sicherheit. Im Katastrophenschutz sind  
270 die Feuerwehren, die Hilfsorganisationen und das THW tätig. Sie sind der Garant für Hilfe in jeder Not.

### 271 **2.5.1 Handlungsfähiger Katastrophenschutz**

#### 272 **2.5.1.1 Warnsysteme und Präventionsmaßnahmen**

273 Katastrophenwarnungen und -alarmierungen sind engmaschig zu gewährleisten. Neben Radio- und  
274 Fernsehdurchsagen und elektronischen/digitalen Warnsystemen, wie zum Beispiel Warn-Apps, ist mit  
275 einem flächendeckenden Sirenenwarnsystem sicherzustellen, dass tatsächlich jeder Bürger gewarnt  
276 wird.

#### 277 **2.5.1.2 Schutzräume und Bunker**

278 Das Land Hessen verfügt derzeit über keine ausreichenden Schutzräume und Bunker. Bei den wenigen  
279 noch vorhandenen Anlagen ist nicht bekannt, ob und mit welcher Vorlaufzeit sie nutzbar sind bzw. nutz-  
280 bar gemacht werden können.

281 Bestehende Schutzräume und Bunker sind instand zu setzen und bei der Erstellung von öffentlichen  
282 Neubauten/Mehrzweckanlagen mit einzuplanen. Die Bevölkerung darf im Falle von Kriegs-, Terror- oder  
283 Anschlagshandlungen nicht länger schutzlos den Ereignissen ausgeliefert sein. Den Bau von privaten  
284 Schutzräumen wollen wir fördern.

#### 285 **2.5.1.3 Hilfe im Katastrophenfall**

286 Feuerwehren, Hilfsorganisationen und das Technische Hilfswerk stellen die Einheiten und Einrichtungen  
287 zur Verfügung, die nach einer Katastrophe erforderlich sind. Sie sind mit modernem Gerät und Technik  
288 auszustatten und mit Fortbildungen und regelmäßigen Übungen weiter zu qualifizieren.

#### 289 **2.5.1.4 Notfallfonds**

290 Für schnelle und unbürokratische Hilfe bei Schadensereignissen, wie z. B. bei einer Flutkatastrophe,  
291 wollen wir einen zweckgebundenen Notfallfonds einrichten.

## 292 2.6 Ehrenamt

293 Die zahlreichen, zumeist auf kommunaler Ebene ehrenamtlich Tätigen, sei es im Bereich der freiwilligen  
294 Feuerwehren, der rettungsdienstlichen Einheiten und des Technischen Hilfswerkes, die im Katastro-  
295 phenschutz tätig sind, sowie die in den kommunalpolitischen Gremien verdienen höchste gesellschaft-  
296 liche Anerkennung.

297 Die steuerfreien Ehrenamtszuschüsse und die Aufwandsentschädigungen sind an die steigenden Le-  
298 benshaltungskosten anzupassen.

## 299 2.7 Datenschutz

300 Datenschutz soll vor einer unerlaubten Erhebung, Verarbeitung und Weitergabe personenbezogener  
301 Daten schützen. Jeder hat das Recht, über seine persönlichen Daten selbst zu bestimmen.

### 302 2.7.1 Unabhängiger Datenschutz

303 Für uns sind freiheitliche Grundwerte und das informationelle Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen  
304 unverhandelbar. Wir setzen uns für die Stärkung und die Unabhängigkeit des hessischen Datenschutz-  
305 beauftragten ein. Dieser muss seine Kontrollaufgabe für Wirtschaft und öffentliche Verwaltung in glei-  
306 chem Maß weisungsfrei in seiner Zuständigkeit wahrnehmen können. Hierzu bedarf es einer fachge-  
307 rechten Personal-, Geld- und Sachmittelausstattung.

#### 308 2.7.1.1 Cybersicherheit

309 Die Digitalisierung schreitet voran. In diesem Zusammenhang ist Cybersicherheit auch in Hessen von  
310 großer Bedeutung. Wir unterstützen deshalb eine nachhaltige Förderung der IT-Sicherheitsforschung  
311 an hessischen Hochschulen und privaten Forschungseinrichtungen.

## 312 3 Familie als positives Leitbild

### 313 3.1 Liebe und Werte erhalten die Gesellschaft

314 Die Familienpolitik der Altparteien ist gescheitert. Dies zeigt sich insbesondere an der demographischen  
315 Krise. Mit durchschnittlich 1,5 Kindern pro Frau gehört das Geburtenniveau in Deutschland seit vielen  
316 Jahren zum niedrigsten weltweit. Die deutsche Bevölkerung vergreist zunehmend und stirbt langsam  
317 aus. Zuwanderung ist als Mittel zur Beendigung der demographischen Krise ungeeignet. Es gelingt  
318 Deutschland erkennbar nicht, qualifizierte, integrationswillige Einwanderer zu gewinnen. Die Einwan-  
319 derung erfolgt zum weit überwiegenden Teil in die Sozialsysteme. Geboten ist vielmehr eine aktivie-  
320 rende, geburtenfördernde Bevölkerungspolitik. Ziel dieser Politik muss es sein, die Geburtenrate der  
321 einheimischen Bevölkerung mittelfristig signifikant zu erhöhen.

322 Der Schutz der traditionellen Familie als Keimzelle der Gesellschaft muss wieder in das Zentrum der  
323 politischen Aufmerksamkeit gerückt werden. Sie ist eine einzigartige Gemeinschaft der Fürsorge, Liebe  
324 und Solidarität, Schule der Menschlichkeit und Fundament unserer Gesellschaft und Kultur. In ihr sind  
325 Mutter und Vater in dauernder Verantwortung für die gemeinsamen Kinder verbunden. Familien zu  
326 fördern, heißt die Zukunft unserer Gesellschaft zu sichern. In der Pflege und Erziehung von Kindern die-  
327 nen die Familien dem Gemeinwesen. Hierfür gebührt ihnen der Dank und die Anerkennung der Gemein-  
328 schaft. Der Staat ist aufgerufen, in der einheimischen Bevölkerung für Kinderreichtum zu werben und  
329 wirkungsstarke ökonomische Anreize dafür zu setzen.

330 Alle, die Verantwortung für Kinder tragen, sollen die notwendige Unterstützung erhalten. Steuerliche  
331 Entlastung von Familien und erhöhter Schutz ungeborenen Lebens müssen Bestandteil einer aktiven  
332 Bevölkerungspolitik sein. Planbarkeit, Sicherheit und Bestandskraft sind für Familien unerlässlich. Junge

333 Familien haben nur dann die Kraft und die Zeit, sich für (mehrere) Kinder zu entscheiden, wenn sie  
334 finanziell abgesichert sind. Hier liegt ein Verantwortungsbereich der Politik, kinder- und familienfreund-  
335 liche Strukturen zu schaffen und es bedarf gerade hier zahlreicher sozial-, steuer- und rentenrechtlicher  
336 Korrekturen. Wir möchten Alternativen zur bisherigen Familienpolitik der Altparteien aufzeigen und  
337 letztlich eine Kehrtwende in der Familienpolitik Deutschlands durchsetzen, in der das Kindeswohl von  
338 zentraler Bedeutung ist.

339 Kinder haben ein Recht auf Schutz und Aufmerksamkeit. Wir setzen uns daher für eine gezielte gesell-  
340 schaftliche Aufwertung des Erfolgsmodells Familie und der Rolle der Mutter ein. Das bewährte bürger-  
341 liche Ideal, eine Ehe einzugehen, Kinder zu erziehen und ihnen Zeit und Zuwendung zu schenken, bean-  
342 sprucht gerade in der demographischen Krise des deutschen Volkes Gültigkeit und Aktualität. Getrennt-  
343 lebende Eltern („Alleinerziehende“) dürfen nicht benachteiligt werden.

## 344 **3.2 Familienbild**

345 Die Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern, ist die Keimzelle unserer Gesellschaft und muss  
346 vom Staat geschützt und gefördert werden. Eine intakte Familie bietet vor allem den Kindern einen  
347 geschützten Raum der Liebe und Geborgenheit. Sie ist ein fester Anker in den Stationen des Lebens, von  
348 der Geburt an, über die Schulzeit, das Berufsleben, die Gründung einer eigenen Familie bis hin zum  
349 Ruhestand und Lebensende. Es ist dabei unerheblich, ob das Zusammenleben zwei oder mehr Genera-  
350 tionen umfasst, die sich gegenseitig unterstützen und fördern. In einer unbeständigen Zeit und einer  
351 auseinanderbrechenden Gesellschaft bedeutet Familie, einen festen Anlaufpunkt, also ein Zuhause zu  
352 haben. Wir brauchen in Deutschland und vor allem in Hessen eine Willkommenskultur für Kinder, da  
353 gerade unser Flächenland unter den Auswirkungen einer verfehlten Familienpolitik leidet. Damit in Hes-  
354 sen auch künftig die Freizeitstätten allen Altersgruppen Lebensfreude bereiten, müssen staatliche Ver-  
355 waltungsstrukturen mehr für Familien leisten. Statt abertausende Euros an Steuergeld für ideologischen  
356 Unsinn wie „Gleichstellungsbeauftragte“ auszugeben, soll diese Stelle durch einen „Familienbeauftrag-  
357 ten“ ersetzt werden. Dessen Aufgabe soll die stete Prüfung und Weiterentwicklung von Familienfreund-  
358 lichkeit sein. Neue gesetzliche Regelungen und Verordnungen müssen durch die Ministerien und Ver-  
359 waltungsebenen daraufhin geprüft werden, ob Familien dadurch stärker belastet werden. Hessen kann  
360 nur zum Familienland werden, wenn jegliche Anstrengung unternommen wird, Familien zu entlasten  
361 und zu unterstützen. Dazu gehört auch die Überarbeitung bestehender Gesetze, um die Familienfreund-  
362 lichkeit dauerhaft zu gewährleisten.

## 363 **3.3 Schutz des ungeborenen Lebens**

364 Eine unerwartete Schwangerschaft kann, je nach Lebenssituation, schnell zu vielschichtigen Problemla-  
365 gen für Frauen und werdende Mütter führen. Vor diesem Hintergrund werden in Deutschland jährlich  
366 circa 100.000 Abtreibungen vorgenommen, wobei davon im Jahr 2021 über 8.150 auf Hessen entfielen.

367 Trotz Konfliktberatungen entscheiden sich viele betroffene Frauen für eine Abtreibung - aus einer Not-  
368 situation heraus. Genau diesen Frauen und Familien wollen wir helfen, die Entscheidung nicht auf eben  
369 dieser Grundlage treffen zu müssen. Deshalb werden wir eine breit aufgestellte Unterstützungsstruktur  
370 für ungewollt Schwangere schaffen.

371 Soweit keine medizinischen oder kriminologischen Gründe für die Beratung ursächlich sind, fordern wir,  
372 dass den zu beratenden schwangeren Frauen und werdenden Vätern die Angebote von Ultraschallun-  
373 tersuchungen ihres ungeborenen Kindes verpflichtend zu unterbreiten sind. Die anerkannten Schwan-  
374 gerschaftskonfliktberatungsstellen sind weiterhin gesetzlich dazu zu verpflichten, bei jeder Schwanger-  
375 schaftskonfliktberatung den schwangeren Frauen und werdenden Vätern ein gesondertes schriftliches  
376 Verzeichnis der in ihrem Fall individuell möglichen Unterstützungsleistungen organisatorischer und fi-  
377 nanzieller Art (einschließlich der jeweiligen Anlaufstelle) zu übergeben.

### 378 **3.4 Frühkindliche Bindung**

379 Wichtig für die seelische und soziale Entwicklung von Kindern unter drei Jahren ist in erster Linie eine  
380 verlässliche Bindungsperson (im Idealfall Mutter und / oder Vater). Gerade kleine Kinder haben ein  
381 Recht auf Schutz und Aufmerksamkeit - und auf eine Erziehung im Kreis der Familie und nicht in Ganz-  
382 tagskrippen. Wir sind deshalb gegen die einseitige staatliche Bevorzugung der frühkindlichen Fremdbe-  
383 treuung. Der Staat muss die elterliche Betreuung genauso finanziell unterstützen wie Kitas und Tages-  
384 mütter. Eltern, die ihre Kleinkinder selbst betreuen, erleben die Entwicklung ihrer Kinder unmittelbar,  
385 vermitteln ihnen Herzensbildung und erhalten damit die körperliche und seelische Gesundheit ihrer  
386 Kinder.

### 387 **3.5 Schluss mit der skandalösen Frühsexualisierung**

388 Unter dem Deckmantel der Toleranz nehmen linke Ideologen die Seelen unserer Kinder ins Visier. So  
389 wird beispielsweise, im Rahmen eines Aktionsplanes der Landesregierung, mittels eines sogenannten  
390 Kita- Koffers, der „Normalitätsbegriff der Familie ein Stück weit hinterfragt“, wie die Verantwortlichen  
391 selbst freimütig erklären. In Hessen wird dies stark durch die Grünen vorangetrieben.

392 Ziel dieser Kampagnen ist es, mehr Akzeptanz für Homo- und Transsexuelle bei den Jüngsten im Kinder-  
393 garten- oder Grundschulalter einzuwerben. Dies geht zu weit! Die Hoheit über die Bewertung und Ein-  
394 ordnung von Lebensmodellen und Formen der Sexualität liegt so lange bei den Eltern, und bei nieman-  
395 dem sonst, bis die Kinder ein eigenes Interesse an diesen Themen entwickeln. Die AfD lehnt jede Form  
396 der Frühsexualisierung und jedwede Agitation von Kleinkindern und Grundschulern ab. Deshalb werden  
397 wir alle staatlichen Kampagnen und Programme einstellen, die eine frühsexualisierte Vereinnahmung  
398 von Kindern zum Ziel haben.

### 399 **3.6 Elternrechte in die Landesverfassung**

400 Befeuert durch die Vereinten Nationen wurden, neben der Landtagswahl, im Jahre 2018 Kinderrechte  
401 in der Verfassung verankert. Das klang für den Wähler wohl gut, da diese u.a. mit der Abschaffung der  
402 Todesstrafe aus der Hessischen Verfassung verbunden war (Omnibusverfahren).

403 Jedoch verbirgt sich nichts Anderes dahinter, als der Versuch des Staates als Sachwalter der Kinder-  
404 rechte aufzutreten, um dadurch in das Familienleben eingreifen zu können und den Eltern die Erzie-  
405 hungshoheit streitig zu machen.

406 Dies kann im schlimmsten Fall bis zur Kindesentziehung führen. Um die Rechte der Kinder gegen einen  
407 übergriffigen Staat zu schützen, wollen wir deshalb die Elternrechte in die Landesverfassung schreiben.  
408 Wir werden uns für einen neuen Absatz 1a im Artikel 11 der Verfassung des Landes Hessen einsetzen,  
409 der da lauten soll: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuerst  
410 ihnen obliegende Pflicht.“ Dies wird auch durch den Artikel 6 des GG gedeckt.

### 411 **3.7 Linke Agitation gegen Familien und politische Beeinflussung beenden**

412 Linke Parolen wie „Still loving Volkstod“, Aufrufe zum „Geburtenstreik“, Werbung für einen Schwanger-  
413 schaftsabbruch bis zum neunten Monat oder gar die Diskreditierung und Umdeutung von Lebensschüt-  
414 zern als Fundamentalisten greifen immer mehr Raum. Hier werden wir uns mit aller Kraft einsetzen, um  
415 dies wieder rückgängig zu machen. Der linke Zeitgeist zersetzt mehr und mehr das traditionelle Leitbild  
416 von Familien und verunsichert Kinder bzw. Jugendliche. Um dem entgegenzusteuern, fordern wir, dass  
417 Institutionen, die dem Gemeinwesen schaden, keine steuerlichen und finanziellen Vorteile genießen  
418 dürfen. Der Gesetzgeber ist aus dem Grundgesetz zum Schutz der Familie verpflichtet. Daher kommen  
419 dem ungeborenen Leben und den Familiengründungen für Verfassung, Staat und Gesellschaft beson-

420 dere Bedeutungen zu. Wir fordern deshalb weiterhin, dass man dem Wert der Familie für unsere Ge-  
421 sellschaft und Kultur, durch die Hervorhebung ihrer positiven Aspekte, im Rahmen des Programmauf-  
422 trags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks besser gerecht wird. Ebenso muss die strikte Neutralität von  
423 Sozialarbeitern, Erziehern und Lehrern im Rahmen ihrer Tätigkeit gewährleistet sein. Die Arbeit mit Kin-  
424 dern und Jugendlichen soll deren Schulung und Charakterbildung im Sinne einer selbstbestimmten Per-  
425 sönlichkeit dienen. Hier ist kein Platz für politische Einflussnahmen und Indoktrination (Belehrung).

### 426 **3.8 Geburten honorieren – Baby-Willkommengeld einführen**

427 Die Entscheidung zur Familiengründung darf in Deutschland nicht mehr vom Geldbeutel abhängen. Ein  
428 Kind darf kein Armutsrisiko sein. Neben einem Begrüßungsgeld in angemessener Höhe, muss eine in-  
429 länderfreundliche Landesregierung auch für spürbare Entlastungen von Familien sorgen, gerade jetzt,  
430 in Zeiten einer existenzbedrohenden Energiekrise. In Hessen wurden im Jahre 2021 gerade einmal  
431 61.000 Kinder geboren. (Anmerkung – Geburten von Deutschen und Migrant\*innen-Kindern)

432 Dieses Geburtendefizit muss dringend ausgeglichen werden, um unseren Wohlstand und unsere Kultur-  
433 tradition zu erhalten. Als Anreiz für mehr Kinder werden wir ein Baby-Begrüßungsgeld für jedes Kind  
434 einführen, um so diejenigen zu unterstützen, die Mut zu Kindern und Verantwortung als Eltern bewei-  
435 sen.

436 Die Zugangsvoraussetzung ist die deutsche Staatsbürgerschaft und ein fester Erstwohnsitz beider Eltern  
437 in Hessen seit mindestens einem Jahr. Die Summe wird in zwei Raten überwiesen. Die erste Hälfte des  
438 Geldbetrages wird nach der angezeigten Geburt und die andere Hälfte zum vollendeten dritten Lebens-  
439 jahr des Kindes ausbezahlt.

### 440 **3.9 Freier Eintritt für Familien**

441 Hessen ist mit seinen Denkmälern, Burgen, Schlössern und Kirchen reich an Kultur. Zum Erhalt unserer  
442 Kultur gehört auch, die nächste Generation an unsere historischen Schätze heranzuführen. In den Fa-  
443 milien wird Geschichte erlebt und weitergegeben. In der Familie werden Traditionen bewahrt. In den  
444 Familien diskutiert man über die Vergangenheit. Viele Eltern wollen ihren Kindern unsere kulturellen  
445 Errungenschaften vor Ort erlebbar machen, werden dabei allerdings oftmals durch hohe Eintrittspreise  
446 abgeschreckt.

447 Wir fordern deshalb kostenlosen Eintritt in Museen, Burgen, Schlössern, Kulturdenkmälern für Kinder  
448 und Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr in Begleitung eines Erziehungsberechtigten.

### 449 **3.10 Für kostenfreie Kitaplätze und Schulessen**

450 Egal ob Rente oder Umlagen im Gesundheitswesen - ohne Kinder und damit zukünftige Beitragszahler  
451 werden diese Solidarsysteme der Vergangenheit angehören. Deshalb ist es unabdingbar, dass das Ge-  
452 meinwesen den Mehrwert von Kindern anerkennt und einen Rahmen schafft, damit die einseitige fi-  
453 nanzielle Belastung gerecht verteilt wird. Wir fordern, dass Krippen und Kindergärten ab dem ersten  
454 Kind kostenlos sind. Auch die Mittagsverpflegung muss für alle Kinder selbstverständlich kostenfrei da-  
455 zugehören. Für alle Schulen ist die Mittagsverpflegung ebenfalls kostenfrei. Die Mahlzeiten müssen aus-  
456 gewogen, schmackhaft und nahrhaft sein. Ein kindgerechter Betreuungsschlüssel, sowie gut ausgebil-  
457 detes Betreuungspersonal, muss hierbei sichergestellt werden.

### 458 **3.11 Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

459 Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu realisieren, tritt die AfD für die Ergreifung von Maßnah-  
460 men ein, die diese Vereinbarkeit ermöglichen. Insbesondere Mütter dürfen keine Benachteiligung er-  
461 fahren, wenn sie sich dafür entscheiden, ihre Zeit für drei bis vier Jahre pro Kind in die Kindererziehung

462 zu investieren. Eine gerechte und schnelle Wiedereingliederung in den Beruf muss von den Arbeitge-  
463 bern als selbstverständlich angesehen werden.

464 Die AfD Hessen fordert:

- 465 • Förderung der betriebsinternen / betriebsnahen Kinderbetreuung im Ü3-Bereich
- 466 • Verstärkte Flexibilisierung der täglichen Arbeitszeit, insbesondere für junge Familien
- 467 • Verstärkte Flexibilisierung, um erwerbsmäßige Arbeit verstärkt auch von zu Hause aus erledigen  
468 zu können

### 469 **3.12 Vereinbarkeit von Familie und Studium**

470 Um die Vereinbarkeit von Familie und Studium zu stärken, fordern wir den Ausbau des Kita-Angebots  
471 an hessischen Hochschulen. Zudem setzen wir auf Hilfen und Beratung während des Studiums und der  
472 Ausbildung, z.B. durch Kreditgewährung, Wohnungssuche, Kinderbetreuung, Kinderzuschuss beim BA-  
473 föG und anderes sowie auf die flexible Ausgestaltung des Studien- und Ausbildungsverlaufs und die er-  
474 leichterte Möglichkeit zum Fernstudium.

### 475 **3.13 Die Familie als starker Pfeiler im Alter**

476 Eine wichtige Säule im Alter ist die Familie. Verschiedene Generationen können sich unterstützen und  
477 voneinander lernen. Eine starke Familie verhindert Einsamkeit bzw. altersbedingte Ausgrenzung und  
478 sichert Unterstützung sowie Hilfe bei Einschränkungen und Krankheit. Somit ist die Stärkung der Familie  
479 in finanzieller und gesellschaftlicher Weise immer ein positiver Beitrag zu einem würdevollen und ge-  
480 borgenem Leben im Alter. Dieses unterstützen wir von der AfD Hessen klar und deutlich.

### 481 **3.14 Erhalt christlicher Bräuche**

482 Umfragen zeigen, dass immer weniger Kinder und Jugendliche die Bedeutung und Herkunft vieler christ-  
483 licher Bräuche und Traditionen kennen. Deshalb werden wir für die Beibehaltung und Förderung solch  
484 pädagogisch wertvoller, abendländischer und christlicher Bräuche an allen Kitas sorgen.

## 485 **4 Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien**

### 486 **4.1 Bildung**

487 Bildung ist ein zentraler Wert unseres Gemeinwesens.

488 Der Erwerb von Bildung ist ein lebenslanger Prozess zur allumfassenden Persönlichkeitsentwicklung ei-  
489 nes Menschen. Dabei fühlen wir uns den damals zukunftsweisenden und auch heute noch bewährten  
490 Reformen Wilhelm von Humboldts verpflichtet. Dessen Bildungskonzept beinhaltet die schrittweise  
491 Ausgestaltung mentaler, kultureller und lebensorganisatorischer Fähigkeiten. Der Bildungserwerb befä-  
492 higt den Menschen dazu, verantwortungsvoll die ihm zugewiesenen Rechte und Pflichten gegenüber  
493 der Gemeinschaft wahrzunehmen.

494 Das hessische Schulsystem hat die Aufgabe, den staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag zu erfüllen.  
495 Die Bildung und Erziehung unserer Kinder werden in unserem Gemeinwesen gemäß Grundgesetz (Arti-  
496 kel 6 und 7) in vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule gewährleistet.

497 Die schöpferische Fortentwicklung unserer deutschen Kulturnation erfordert ein qualitativ hochwertig-  
498 es Bildungssystem. Dies muss allen Bürgern in jeder Lebensphase ermöglichen, ihre Bedürfnisse hin-  
499 sichtlich Aus-, Fort- oder Weiterbildung zu erfüllen. Das Angebot und der Erwerb von Bildung sind somit  
500 im Grundsatz frei von ökonomisch- kommerziellen Betrachtungen auszugestalten. Bildung ist keine  
501 Ware!

502 Die Unterrichtsinhalte werden durch den Wertekanon des Grundgesetzes bestimmt und folgen den  
503 Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses.

#### 504 4.1.1 Ausgangslage in Hessen

505 Die hessische Bildungspolitik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte ist durch gravierende Fehlentwick-  
506 lungen gekennzeichnet:

- 507 • eklatanter Lehrermangel und eine daraus resultierende mangelhafte Unterrichtsversorgung,
- 508 • Lern- und Leistungsrückstände auch aufgrund der politisch verordneten unverhältnismäßigen  
509 Corona-Maßnahmen sowie einer unregulierten Migrationspolitik,
- 510 • prekäre Lehrer-Angestelltenverhältnisse,
- 511 • marode Schul- und Hochschulgebäude und
- 512 • ein sich nur schleppend vollziehender Ausbau der digitalen schulischen Infrastruktur sind nur  
513 • einige der beobachtbaren Wirkungen.

514 Diese Entwicklungen sind die Folge jahrzehntelanger, unterdurchschnittlicher Bildungsinvestitionen des  
515 Landes Hessen.

516 Der Kernbereich der Bildung ist inzwischen von einer Gleichheitsideologie durchdrungen. Diese hat das  
517 Anforderungsniveau deutlich gesenkt und den Leistungsgedanken entwertet.

518 Die inflationäre Vergabe guter und sehr guter Zensuren soll darüber hinwegtäuschen.

519 Einseitige Orientierung an sogenannten "Bildungsstandards" sowie "Kernkompetenzen" führte zur Ver-  
520 nachlässigung des Erwerbs von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schüler:

521 Auszubildende, die den Flächeninhalt eines Rechteckes nicht bestimmen können und Studienanfänger,  
522 welche mit den Inhalten der deutschen Literaturklassiker nichts anzufangen wissen, sind betrübliche  
523 Resultate einer verfehlten bildungspolitischen Schwerpunktsetzung.

524 Eine grundsätzliche Gegensteuerung ist daher dringend erforderlich!

525 Durch eine Vielzahl parlamentarischer Initiativen wirkt die AfD-Fraktion im Hessischen Landtag seit 2019  
526 auf die Verantwortungsträger für die hessische Bildungspolitik diesbezüglich ein.

#### 527 4.1.2 Für ein leistungsorientiertes, durchlässiges und differenziertes Schulsystem!

528 Ein leistungsorientiertes, sozial und fachlich durchlässiges, sowie differenziertes System aus verschiede-  
529 nen Schulformen wie Grund-, Real- als auch praxisorientierter Mittelstufenschule, Gymnasium, Förder-  
530 und beruflicher Schule bietet die beste Gewähr für die Bildungserfolge unserer Schüler.

531 Dieses kann jedoch nur dann seine Wirkung vollumfänglich entfalten, wenn die Rahmenbedingungen in  
532 finanzieller, personeller, sächlicher und räumlicher Hinsicht erfüllt werden. Das bedeutet: ausreichend  
533 viele qualifizierte Lehrerpersönlichkeiten, vollumfängliche Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln und  
534 kleine, möglichst leistungshomogene Lerngruppen.

535 Zugleich ist das Bildungsniveau der hessischen Schulen an den jeweils Bestplatzierten auf europäischer  
536 Ebene auszurichten.

537 Die praxisorientierte Mittelstufenschule muss zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit unserer Schul-  
538 absolventen ausgebaut und aufgewertet werden. Demgemäß ist die Zulassung zum Gymnasium über  
539 landesweit einheitliche Aufnahmeprüfungen zu regeln.

540 Das Abitur muss wieder als Ausweis der allgemeinen Studierfähigkeit gelten; Hauptschulabschluss und  
541 Mittlere Reife müssen vollumfänglich zu qualifizierter Berufsausbildung im bewährten dualen System  
542 befähigen.



### 543 4.1.3 Inklusion? Mit Augenmaß und immer im Interesse der Kinder!

544 Alle Schüler haben das Recht auf individuelle Förderung!

545 Nur Förderschulen garantieren die adäquate Beschulung junger Menschen mit körperlichen, geistigen,  
546 sensorischen, sprachlichen, sozial-emotionalen oder allgemeinen Lernbehinderungen. Die in Hessen ge-  
547 übte Praxis, Förderschulen zu schließen, erfährt deshalb unsere strikte Ablehnung! Dahinter verbergen  
548 sich lediglich Motive zur Kosteneinsparung.

549 Bei Förderschulpädagogen handelt es sich um hochqualifizierte Lehrkräfte, die ihre verantwortungsvol-  
550 len pädagogischen Aufgaben in spezialisierten Förderschulen weit angemessener erfüllen können als in  
551 heterogenen Regelschulklassen.

552 Eine primär ideologisch motivierte Beschulung von Kindern mit den oben genannten Beeinträchtigun-  
553 gen an Regelschulen, führt zu einer unzureichenden Förderung der Kinder mit sonderpädagogischem  
554 Förderbedarf. Darüber hinaus sind eine Absenkung des Lernerfolges des gesamten Klassenverbandes  
555 und eine signifikante Überforderung der Regelschul-Lehrkräfte die Folgen. Zudem bieten ausgewiesene  
556 Förderschulen optimale räumliche und sächliche Voraussetzungen, um eine umfängliche Entwicklung  
557 der Schüler mit Förderbedarf gewährleisten zu können.

558 Wenn der Grad der Beeinträchtigung eines Schülers eine erfolgreiche reguläre Beschulung erwarten  
559 lässt und optimale Lern- und Förderbedingungen vorliegen, spricht nichts gegen eine Inklusion in den  
560 Regelunterricht.

### 561 4.1.4 Starke Lehrer für starke Schüler!

562 Unsere Schulen benötigen heute, mehr als früher, Lehrerpersönlichkeiten. Denn nur diese sind in der  
563 Lage, mittels ihrer Vorbildfunktion, auf die Verhaltensweisen der Schüler einwirken zu können. Eine na-  
564 türliche Autorität des Lehrers fördert dessen Akzeptanz und bewirkt bei den Schülern bessere Umgangs-  
565 formen, weniger Unterrichtsstörungen sowie den behutsamen Umgang mit den Gemeinschaftseinrich-  
566 tungen.

567 Vor dem Hintergrund eines erodierenden gesellschaftlichen Zusammenhaltes ist der Erwerb von Ge-  
568 meinschaftsgeist eines der vornehmsten Ziele schulischer Erziehung.

569 Schüler, deren Verhalten hierdurch nicht korrigiert werden kann, sind durch den Lehrer im Einverneh-  
570 men mit der Schulleitung, zwecks Erhalt des Schulfriedens, zeitnah mit wirksamen Sanktionen zu bele-  
571 gen. Lehrer benötigen hierzu die Rückendeckung ihrer Schulleitungen und Schulämter. Hierzu wird un-  
572 sererseits eine geeignete Anpassung schulrechtlicher Bestimmungen angestrebt.

573 Zur Behebung des herrschenden Lehrermangels muss Hessen wieder attraktiver für angehende Lehrer  
574 werden. Hierzu werden wir im Sinne einer effizienten Berufsvorbereitung den Praxisanteil in den Lehr-  
575 amtsstudiengängen erweitern, um vom Studienbeginn an eine regelmäßige Überprüfung der metho-  
576 disch-didaktischen Inhalte in der schulpraktischen Anwendung zu gewährleisten. Um dieses Vorhaben  
577 zu realisieren, ist die Regelstudienzeit für alle Lehramtsstudiengänge in Hessen auf 10 Semester zu ver-  
578 einheitlichen. Zudem sind die schulischen Pflichtpraktika angemessen zu vergüten.

579 Um den Einstieg in den Lehrerberuf zu vereinfachen, wollen wir den Bewerbungsprozess beschleunigen  
580 und entbürokratisieren, um potenzielle qualifizierte Kandidaten nicht aufgrund langer Wartezeiten von  
581 ihrem Berufswunsch abzuhalten.

582 Wir setzen uns für die Entwicklung und Umsetzung von qualitativ hochwertigen Quereinsteigerverfah-  
583 ren ein.

584 Den Schulen ist zur Besetzung von offenen Lehrerstellen ein angemessener Ermessensspielraum zu ge-  
585 wahren.



586 Die Praxis der Kettenarbeitsverträge und der Entlassung in Ferienzeiten wird beendet! Honorararbeits-  
587 verträge sind nach spätestens einem Jahr in reguläre Angestelltenverhältnisse zu überführen.

588 Zur Entlastung der Lehrer von Verwaltungsaufgaben werden wir die Einstellung von Schulverwaltungs-  
589 assistenten vorantreiben, damit jene sich auf ihre Kernaufgaben - Lehren und Erziehen - konzentrieren  
590 können.

#### 591 **4.1.5 Für eine ideologiefreie Schule – „Beutelsbacher Konsens“ stärken!**

592 Schule muss politisch neutral sein: Schule ist kein Ort für politische Propaganda! Lehrer müssen den  
593 Schülern geistigen Freiraum einräumen, um die Ausbildung individueller politischer Positionierungen zu  
594 gestatten. Im Sinne der Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses ist sicherzustellen, dass Schüler ihre  
595 politischen Ansichten zu den Unterrichtsgegenständen ohne Furcht vor Sanktionen durch Lehrer oder  
596 Mitschüler darlegen können.

597 Dies bedeutet, dass der Austausch objektiver Fakten und begründeter Meinungen zu einem im Unter-  
598 richt behandelten Sachverhalt jederzeit gewährleistet sein muss.

599 Eine Neuinterpretierung des Beutelsbacher Konsens lehnen wir ab.

#### 600 **4.1.6 Drei Säulen für eine anspruchsvolle Ganztagsbetreuung**

601 Die AfD bekennt sich in Fragen der Ganztagsbetreuung zur Wahlfreiheit der Eltern. Die Entscheidung für  
602 oder gegen eine Ganztagsbetreuung darf schulformübergreifend keine Frage des Einkommens sein!  
603 Wer seine Kinder im familiären Umfeld betreuen will, dem ist ein finanzieller Ausgleich zu gewähren.

604 Eltern, welche sich zu einer freiwilligen schulischen Ganztagsbetreuung ihrer Kinder entschieden haben,  
605 ist zu garantieren, dass diese in pädagogisch hochwertiger Form erbracht wird. Dies ist in Hessen derzeit  
606 jedoch eine Ausnahmeerscheinung. Schulen sind keine Kinderaufbewahrungsstätten!

607 Wir fordern daher:

- 608 • qualifiziertes, schulisches Personal in ausreichender Anzahl und
- 609 • anspruchsvolle, künstlerisch-kulturelle sowie sportliche Programme mit systematischer Einbin-  
610 dung von Eltern und Vereinen.

611 Für eine kostenlose pädagogisch-hochwertige Ganztagsbetreuung sind ausreichend finanzielle Mittel  
612 im Landeshaushalt bereitzustellen.

#### 613 **4.1.7 Altersgemäße Sexualerziehung statt Frühsexualisierung!**

614 Sexualerziehung steht im Spannungsfeld zwischen dem Recht der Eltern, dem Persönlichkeitsrecht des  
615 Kindes und dem staatlich normierten Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule. Sexualerziehung ist  
616 dementsprechend als sinnvolles Zusammenwirken von Elternhaus und Schule auszugestalten.

617 Der gegenwärtige, seit 2016 verbindliche, Lehrplan zur Sexualerziehung geht weit über seinen Vorgän-  
618 ger aus dem Jahr 2007 hinaus. Das Wertesystem von Ehe, Elternschaft und Familie soll durch das Kon-  
619 zept der „Sexualität der Vielfalt“ ersetzt werden. Das lehnen wir ab!

620 Während der frühere Lehrplan auf Toleranz und Respekt (Duldung und Achtung) gegenüber den ver-  
621 schiedenen sexuellen Lebensformen abzielte, wird in seiner aktuellen Fassung die explizit positive Wert-  
622 zuschreibung (Akzeptanz) für diese eingefordert.

623 Diese Neuausrichtung verletzt sämtliche Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses. Der Äußerung be-  
624 rechtigter Kritik an dieser Vorgehensweise, wird oftmals mit dem Vorwurf der „Menschenfeindlichkeit“  
625 begegnet.

626 Der ausdrückliche Hinweis im derzeit gültigen Lehrplan darauf, dass Sexualerziehung für alle Schüler  
627 verbindlich und nicht an die Zustimmung der Eltern gebunden sei, untergräbt das grundgesetzlich ga-  
628 rantierte Erziehungsrecht der Eltern nach Artikel 6 Absatz 2 Satz 1 unseres Grundgesetzes und ist dem-  
629 nach zu streichen.

630 Die AfD steht für einen alle Fächer übergreifend indoktrinationsfreien Unterricht und bekennt sich ge-  
631 rade im sensiblen Bereich der Sexualerziehung zu einer zurückhaltenden Behandlung der zugehörigen  
632 Unterrichtsgegenstände.

633 Wir wenden uns entschieden gegen eine Frühsexualisierung in Kindertagesstätten und Schulen! Für die  
634 AfD ist die unter staatlichem Schutz (Artikel 6 Abs. 1 GG) stehende Ehe und Familie als Keimzelle unseres  
635 Volkes die Grundlage des Gemeinschaftslebens.

636 Der Begriff der Akzeptanz im gegenwärtig verbindlichen hessischen Lehrplan zur Sexualerziehung (vgl.  
637 Ministererlass vom 19. August 2016) ist im Hinblick auf den Umgang mit alternativen Lebensmodellen  
638 und sexuellen Orientierungen daher durch die Begriffe Toleranz und Respekt zu ersetzen.

#### 639 **4.1.8 NEIN zum bekenntnisorientierten Islamunterricht! Für einen christlichen Religionsunter-** 640 **richt und neutralen Ethikunterricht!**

641 Christlicher Religionsunterricht und konfessionsfreier Ethikunterricht sind Unterrichtsfächer an unseren weiter-  
642 führenden Schulen. Welche Unterrichtsform jeweils gewählt wird, obliegt der Eigenverantwortlichkeit der Schulen  
643 im Einvernehmen mit der Elternschaft.

644 Zugleich wenden wir uns gegen jede politische und religiöse Einflussnahme durch islamische Moschee-Verbände  
645 wie Ahmadiyya oder DITIB an unseren Schulen.

646 Darüber hinaus sprechen wir uns aufgrund seiner integrationshemmenden Wirkung gegen das Angebot eines be-  
647 kenntnisorientierten Islamunterrichts aus.

648 Wir fordern einen wahlobligatorischen christlichen Religionsunterricht, der bei entsprechenden Schülerzahlen  
649 eine Konfessionswahl vorsehen kann.

650 Ein fundierter, konfessionsfreier Ethikunterricht ist ein sinnvolles alternatives und rechtlich ausreichendes Ange-  
651 bot, welches den Bedürfnissen aller Religionsgemeinschaften an unseren staatlichen Schulen Rechnung trägt.

#### 652 **4.1.9 Für mehr Berufsvorbereitung an Regelschulen**

653 Eine reine Verschulung der Berufsvorbereitung und Ausbildung lehnen wir als nicht zielführend ab.

654 Der Erwerb handwerklicher Fähigkeiten und Fertigkeiten, sowie problemorientierten technisch-kon-  
655 struktiven Denkens, sind unerlässlich für einen erfolgreichen Übergang in Berufsausbildung und Stu-  
656 dium.

657 Berufsvorbereitende Bildung und Erziehung muss für alle Bildungsabschlüsse – etwa im Rahmen der  
658 Arbeitslehre und des Werkunterrichts – eine größere Rolle spielen. Hierzu ist ein enges Zusammenwir-  
659 ken der Regelschulen mit Ausbildungswerkstätten und berufsbildenden Einrichtungen, im Rahmen ei-  
660 nes neu auszugestaltenden und in allen Schulformen verpflichtend anzubietenden Werk- und Arbeits-  
661 lehreunterrichtes, anzustreben.

662 Regelmäßige Unternehmenspraktika müssen über die bisherigen zwei Pflichtveranstaltungen hinaus in  
663 allen Bildungsgängen zu einem festen Bestandteil des schulischen Alltags in Hessen werden.

664 Nur im engen Verbund mit Handwerk und Industrie kann eine praxisorientierte Ausbildung gewährleis-  
665 tet werden.

#### 666 4.1.10 Berufliche Bildung

667 Das Prinzip der Dualen Ausbildung ist der Grundpfeiler des wirtschaftlichen Erfolgs Deutschlands. Nicht  
668 umsonst ist es ein echter „Exportschlager“ und wird von immer mehr Ländern weltweit adaptiert. Die  
669 Verzahnung von theoretischer Ausbildung in der Berufsschule und der Vermittlung von praktischem  
670 Wissen im Betrieb garantiert der deutschen Volkswirtschaft hochqualifizierte Fachkräfte in allen Berufs-  
671 zweigen.

672 Dieses System gilt es auf jeden Fall zu erhalten und auszubauen!

673 Die AfD stellt sich gegen die geplante inhaltliche Schwerpunktbildung und Reduzierung von Berufsschul-  
674 standorten in Hessen! Nur durch ein breites Ausbildungsangebot an jeder Schule bleiben für die Auszu-  
675 bildenden kurze Wege zwischen Wohnort, Betrieb und Schule erhalten. Ein breites schulisches Angebot  
676 an Fachrichtungen und Schwerpunkte garantiert in der jeweiligen Region den Bestand und die Neuan-  
677 siedlung entsprechender Unternehmen.

678 Im Gegensatz zu einem Hochschulstudium ist die Qualifizierung zum Handwerks- und Industriemeister  
679 kostenpflichtig. Die AfD möchte diese Ungleichbehandlung beenden und setzt sich für kostenfreie Meis-  
680 terlehrgänge ein, wenn im Anschluss die berufliche Profession in Hessen ausgeübt wird. Meisterprämien  
681 und -boni reichen offenkundig nicht aus und Hessen liegt im Bundeslandvergleich mit 1.000 Euro Meis-  
682 terprämie am unteren Ende der Bandbreite. Hier muss Hessen mehr tun und als ersten Schritt zur Spit-  
683 zengruppe aufschließen und die Meisterprämie auf 4.000 Euro erhöhen.

684 Der Lehrermangel macht auch vor den Berufsschulen nicht halt! Die AfD setzt sich für die Einführung  
685 eines Qualifizierungsstudiums für interessierte Handwerks- und Industriemeister ein, damit diese auf  
686 diesem Weg die Lehrbefähigung für die Berufsschule erwerben können.

#### 687 4.1.11 Digitalisierung: Auf jeden Fall, aber mit Augenmaß!

688 Die AfD erkennt die Chancen der Digitalisierung.

689 In einer immer stärker durch Computereinsatz geprägten Umwelt kann Schule nicht mehr ausschließlich  
690 auf analoge Wissensvermittlung setzen. Die politisch ergriffenen Maßnahmen zur Pandemieeindäm-  
691 mung haben der Landespolitik die erheblichen Versäumnisse in dieser Hinsicht vor Augen geführt; un-  
692 sere osteuropäischen Nachbarn sind uns in der Digitalisierung des Bildungsbereiches weit voraus.

693 Eine stabile und schnelle W-LAN-Anbindung sollte in allen Klassenräumen in Hessen eine Selbstver-  
694 ständlichkeit sein.

695 Wir setzen uns dafür ein, Schüler ab der Jahrgangsstufe 5 im Rahmen der Lernmittelfreiheit zuzahlungs-  
696 befreit mit einem einheitlichen Tablet-Computer auszustatten sowie die Computer- und Softwareaus-  
697 stattung für Lehrer in den Schulen zu vereinheitlichen. Die Einheitlichkeit erleichtert die Unterrichtsge-  
698 staltung sowie die Wartung der digitalen Endgeräte.

699 In den weiterführenden Schulen muss ein verpflichtender Informatikunterricht eingeführt werden, der  
700 grundlegende Programmierkenntnisse, Softwarebeherrschung und insbesondere den Erwerb von kriti-  
701 scher Medienkompetenz abdeckt. Diese Kenntnisse sind für den Erfolg im künftigen Berufsalltag unab-  
702 dingbar.

703 Gleichzeitig betonen wir mit Nachdruck den Wert der klassischen Wissensvermittlung im Grundschul-  
704 bereich. Hier soll vornehmlich die fehlerfreie Beherrschung der grundlegenden Kulturtechniken Lesen,  
705 Schreiben und Rechnen erworben werden, wobei pädagogisch wertvolle digitale Lernprogramme hier-  
706 bei angemessene Anwendung finden können.

707 Das „Schulportal Hessen“ ist in dieser Hinsicht weiter auszubauen, um Lehrern und Schülern jederzeit  
708 Zugriff auf digitale Schul- und Sachbücher, Lernprogramme sowie kostenlose und datenschutzrechtlich  
709 unbedenkliche Videokonferenz-, Text- und Bildbearbeitungsprogramme zu ermöglichen.

#### 710 **4.1.12 Hochschulen**

711 Die soziale Herkunft eines Menschen darf nicht allein über seine Befähigung oder Möglichkeit zur Auf-  
712 nahme eines Hochschulstudiums entscheiden. Die Autonomie von Hochschulen und Universitäten muss  
713 erhalten bleiben. Daher ist die dem Innenministerium unterstellte „Hessische Hochschule für öffentli-  
714 ches Management und Sicherheit“ nicht als wissenschaftliche Hochschule anzuerkennen.

715 Um eine weitere Überakademisierung unserer Gesellschaft zu verhindern, müssen an hessischen Hoch-  
716 schulen Eignungstests vor der Zulassung zu einem Studiengang eingeführt werden. Diese sind nach dem  
717 Leistungsprinzip zu gestalten. Denn ein hoch entwickeltes und rohstoffarmes Industrieland wie Deutsch-  
718 land braucht hoch qualifizierten akademischen Nachwuchs und somit erfolgreiche Studienabschlüsse,  
719 vor allem in MINT-Fächern. Damit wird auch die hohe Studienabbrecherquote gesenkt.

720 Auch die BAföG-Förderung mit einer Mischung aus Stipendium und rückzahlbarem Kredit ist der richtige  
721 Weg, um die Studien- und Berufswahl zu steuern. Der Abschluss „Diplom- Ingenieur“ gilt immer noch  
722 weltweit als ein deutsches Qualitätsmerkmal und ist unbedingt zu erhalten. Hessischen Hochschulen  
723 muss es möglich sein, entsprechende Studiengänge mit diesem Abschluss anzubieten. Die Aufweichung  
724 durch Bachelor- und Masterstudiengänge führt zwar zu mehr Abschlüssen, hebt aber nicht den Nutzen  
725 für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Hessen. Diesen Forderungen muss die unbedingte Stär-  
726 kung der Hochschulautonomie sowie die Einschränkung despolitischen Einflusses auf die hessischen  
727 Hochschulen vorausgehen.

728 Ebenso muss sichergestellt werden, dass die Hochschulen frei von wissenschaftsfeindlichen Ideologien  
729 wie Gender-Mainstreaming oder Cancel Culture bleiben. Hochschulen müssen ein Ort sein, an dem sich  
730 Wissenschaft, Lehre und Forschung im Rahmen des Grundgesetzes frei entfalten können. Studenten,  
731 die Studiengänge mit natur- und ingenieurwissenschaftlichen sowie medizinischen Schwerpunkten be-  
732 legen, müssen bei der Förderung besonders berücksichtigt und unterstützt werden. Die Förderung von  
733 ideologisch aufgeladenen Studiengängen wie „Gender Studies“ lehnen wir ab. Sie leisten keinen Beitrag  
734 für unsere Volkswirtschaft und führen oft sogar zu persönlicher Unzufriedenheit und Frustration junger  
735 Menschen.

736 Zudem fordern wir die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer. Gerade in Hessen stu-  
737 dieren u.a. viele Chinesen, die das erworbene Wissen nach dem Studium mit in ihre Heimat nehmen.  
738 Der wirtschaftliche Druck Chinas auf Europa, Deutschland und Hessen darf nicht dadurch verstärkt wer-  
739 den, dass wir in Hessen unsere eigene Konkurrenz ausbilden. Um dem wirksam entgegen wirken zu  
740 können, sind die erzielten Einnahmen aus den Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer vollständig in  
741 den hessischen Universitäten zu investieren. So können Universitäten Studenten, die nach ihrem Stu-  
742 dium in Deutschland bleiben, besser ausbilden und dazu beitragen, unsere Wirtschaftskraft zu erhalten.  
743 Dies wäre zudem ein wirksamer Beitrag gegen den Fachkräftemangel.

#### 744 **4.1.13 Schluss mit der Gender-Ideologie**

745 Die Gender-Ideologie verfolgt politische Ziele und muss in der praktischen Umsetzung gestoppt und  
746 ersatzlos gestrichen werden. Die Methoden der Gender- Forschung widersprechen den Kriterien ideo-  
747 logiefreier Wissenschaft.

748 Dies bedeutet, dass die gezielte Förderung von Gender-Professuren und -Forschungsprojekten beendet  
749 werden muss. Ebenso darf das „Gendern“ nicht zur Beurteilung von Studienleistungen herangezogen  
750 werden. Zumal auch der „Rat für deutsche Rechtschreibung“ sowie 71% der Deutschen das Gendern

751 ablehnen und sowohl in Schrift als auch in Sprache als falsch erachten. Die Gender-Bestrebungen stellen  
752 vielmehr einen unzulässigen Eingriff in unsere Sprachkultur und unsere Traditionen dar.

753 Zudem konnte bisher kein Studiengang im Bereich Gender einen erkennbaren Nutzen für die Gesell-  
754 schaft oder Wirtschaft erbringen.

755 Somit sind sämtliche Förderungen dieser Studiengänge unverzüglich einzustellen, bestehende Gender-  
756 Professuren nicht mehr neu zu besetzen und laufende Gender-Forschungsprojekte auslaufen zu lassen.

757 Die eingesparten finanziellen Mittel sind vollumfänglich in MINT-Bereiche zu investieren. Hiermit stellen  
758 wir ein weiteres effektives Mittel im Kampf gegen den herrschenden Fachkräftemangel zur Verfügung.

759 Die AfD Hessen fordert die sofortige Abschaffung der sogenannten geschlechtergerechten Sprache in  
760 Wort und Schrift. Die entsprechende Nutzung hat in allen Behörden, sowie im öffentlich-rechtlichen  
761 Rundfunk zu unterbleiben. Die Verwendung der Gender-Sternchen sorgt nicht für einen Abbau von Dis-  
762 kriminierung, sondern verunstaltet die deutsche Sprache und Texte jeder Art - ob geschrieben oder  
763 gesprochen.

## 764 4.2 Deutsche Leitkultur statt Multikulturalismus

765 Die deutsche Leitkultur fußt auf den Werten des Christentums, der Aufklärung und des Humanismus.  
766 Hierzu bekennen wir uns als AfD ohne Wenn und Aber.

767 Die Kulturhoheit des Landes Hessen ist hervorzuheben. Daraus resultiert die konsequente Ablehnung  
768 ideologischer Vorgaben durch Förderprogramme des Bundes oder der EU. Um künftigen Generationen  
769 ein Leben mit diesen Werten zu ermöglichen, braucht es staatliche Anreize zur Bewahrung dieses kul-  
770 turellen Erbes. Hierbei darf politische Korrektheit keinerlei Rolle spielen. Die derzeit herrschende Ein-  
771 seitigkeit in Kunst und Kultur darf nicht zum Maßstab werden.

772 Besonders bei der Betrachtung und Bewertung historischer Künstler und deren Werke ist es unerläss-  
773 lich, diese im geschichtlichen Kontext zu bewerten. Der immer weiter ausartende Multikulturalismus  
774 bedroht unsere kulturellen Errungenschaften (z.B. Aufklärung, Gleichberechtigung von Mann und Frau,  
775 freie Religionsausübung).

776 Besonders die Bildung von Parallelgesellschaften ist hier kritisch zu betrachten und muss klar als Prob-  
777 lem benannt werden. Schwammige Integrationsmaßnahmen, die ins Leere laufen, sind ersatzlos zu  
778 streichen.

779 Die AfD Hessen setzt sich gemeinsam mit der Bevölkerung für den Erhalt der deutschen kulturellen  
780 Identität als Leitkultur ein.

## 781 4.3 Bedeutung der deutschen Sprache

782 Die deutsche Sprache ist eines unserer wichtigsten Kulturgüter überhaupt.

783 Die dient uns als Identitätsmerkmal und ist unter allen Umständen zu erhalten.

784 Ebenso ist Sprache immer einer gesellschaftlichen Entwicklung unterlegen. Diese muss allerdings auf  
785 natürlichem und sinnvollem Wege geschehen. „Gendergerechte“ Sprachvorgaben, die das Verstehen  
786 der Sprache teils erschweren bis unmöglich machen, sind ebenso abzulehnen wie auch die sogenannte  
787 „politisch korrekte Sprache“.

788 Eine staatliche Einmischung in die Entwicklung der deutschen Sprache muss unterbunden werden. Der  
789 weiteren „Ver-Englischung“ der deutschen Sprache muss entgegengewirkt werden. Ebenso ist in Schu-  
790 len wie auch in Hochschulen, Wert auf Deutsch als Lehrsprache zu legen. Sprachkurse in Einwanderer-  
791 sprachen sind abzulehnen, und das Erlernen der deutschen Sprache als Pflicht zur Teilnahme an Lehr-  
792 veranstaltungen zu fordern.

793 Von Migranten, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, ist zu fordern, dass diese die deutsche Spra-  
794 che in Wort und Schrift beherrschen. Eine Verweigerung des Erlernens unserer Landessprache stellt  
795 eine deutliche Integrationsverweigerung und letzten Endes eine Missachtung unseres Landes dar.

#### 796 **4.4 Kulturpolitik**

797 Ideologisch einseitig geprägte Kultureinrichtungen werden von der Schwarz-Grünen Landesregierung  
798 mit hohen finanziellen Förderungen unterstützt. Manche Einrichtungen standen schon wegen der akti-  
799 ven Zusammenarbeit mit Linksextremisten im Fokus des hessischen Verfassungsschutzes, erhalten aber  
800 dennoch weiterhin Landesmittel.

801 Andere Institutionen und Vereine, die sich dem Erhalt der deutschen Sprache und Kultur widmen, er-  
802 halten hingegen kaum bis gar keine Förderungen. Dadurch nimmt der Staat starken Einfluss auf die po-  
803 litische Bildung und das Kulturleben in Hessen. Diese Einflussnahmen und einseitigen Bevorteilungen  
804 sind sofort zu beenden.

805 Uns als AfD ist bewusst, dass viele kulturelle Institutionen und Vereine auf staatliche Förderung ange-  
806 wiesen sind. Allerdings muss seitens der Landesregierung gefordert und sichergestellt werden, dass  
807 diese Institutionen und Vereine politisch neutral bleiben.

808 Ebenso ist das kulturelle und geistige Erbe des früheren Mittel- und Ostdeutschlands ein unverzichtba-  
809 rer Bestandteil der hessischen Kultur. Hessen hatte mit fast 270 km innerdeutscher Grenze einen direk-  
810 ten Bezug zum Unrechtsstaat DDR. In dieser Zeit flohen viele Mittel- und Ostdeutsche nach Hessen und  
811 fanden hier eine neue Heimat. Nicht wenige wurden allerdings auch Opfer der Minenfelder, Selbst-  
812 schussanlagen und des Schießbefehls, der vom sozialistischen Regime erlassen wurde. Diese Opfer und  
813 deren Schicksale dürfen nicht in Vergessenheit geraten.

814 Ebenso historisch wichtig, und derzeit vernachlässigt, sind die ehemaligen Ostsiedlungsgebiete (z.B. Ost-  
815 preußen und Schlesien). Diese Teile der jüngeren deutschen Geschichte müssen im neu einzuführenden  
816 Schulfach „Heimatkunde“ verbindlich in den hessischen Schulunterricht aufgenommen und behandelt  
817 werden. Ebenso muss an hessischen Hochschulen verstärkt die Geschichte und Kultur der Deutschen zu  
818 dieser Zeit gelehrt werden.

#### 819 **4.5 Dauerndes Ruherecht für Bundeswehrsoldaten**

820 Die Gefallenen der beiden Weltkriege genießen das ewige Ruherecht. Dies würdigt ihren Mut und ihr  
821 tragisches Opfer in angemessener Weise. Gleichzeitig sind ihre Gräber der Welt eine Mahnung, am Frie-  
822 den festzuhalten.

823 Wir finden, dass eine Demokratie, die auch heute von ihren Soldaten den Einsatz des eigenen Lebens  
824 verlangt, ihrer gedenken sollte.

825 Mutwillige Zerstörungen von Soldatengräbern und Ehrenmalen sind nicht hinzunehmen. Entsprechende  
826 Stätten sind schnellstmöglich wieder in Stand zu setzen. Diese Gräber sollten vor allem denjenigen eine  
827 Mahnung sein, welche die Verantwortung tragen, wenn sie heute Soldaten in Einsätze entsenden und  
828 diese im schlimmsten Fall das höchste Opfer für unser Vaterland und unsere Freiheit bringen. Eine Um-  
829 widmung der Ehrenmalen in Mahnmale lehnen wir ab.

830 Die AfD sieht viele der Auslandseinsätze kritisch, an denen Deutschland sich derzeit beteiligt.

831 Ein Mensch aber, der als Soldat in treuer Pflichterfüllung sein Leben gibt, darf nicht schlechter gestellt  
832 sein als einer, der dies zu Zeiten der Weltkriege tat. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass für  
833 Ehrengräber von Bundeswehrsoldaten, deren Tod bei oder infolge einer besonderen Auslandsverwen-  
834 dung eingetreten ist, ebenfalls das dauernde Ruherecht gilt.

835 Die Kosten hierfür soll nicht der Friedhofsträger, sondern die öffentliche Hand tragen.

## 836 4.6 Aufgaben der Medien und des Internets

837 Die AfD tritt für eine vielfältige und zensurfreie Medienlandschaft ein, die alle Informationen und Mei-  
838 nungen zulässt. Eine öffentlich-rechtliche Berichterstattung muss frei von politischen und ideologischen  
839 Einflüssen sein. Die Rundfunkanstalten sind aufgefordert, sich streng an die Vorgaben des Medien-  
840 staatsvertrages zu halten, um eine ausgewogene lokale, regionale und nationale Meinungsbildung als  
841 Fundament einer pluralistischen Gesellschaft zu ermöglichen. Das Internet als Plattform für Information  
842 und Kommunikation muss, abgesehen von strafrechtlich relevanten Beiträgen, frei von jeglicher Zensur  
843 sein.

## 844 4.7 Reform der öffentlich-rechtlichen Medien

845 Die AfD fordert tiefgreifende Reformen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, welche zum  
846 Ziel haben, den Rundfunkbeitrag abzuschaffen und einen kostenfreien "Grundfunk" in der Größenord-  
847 nung von ca. einem Zehntel des jetzigen Programmumfangs zu ermöglichen. Die Aufgabe des "Grund-  
848 funks" ist es, dem Bürger flächendeckend neutrale und qualitativ hochwertige Inhalte anzubieten, wel-  
849 che sich aus den Sparten Information, Kultur, Bildung und regionalem Sport zusammensetzen. Die In-  
850 halte des "Grundfunks" sind frei von Werbung und finanzieren sich aus den Abgaben von Konzernen,  
851 die audiovisuelle Inhalte verbreiten und Streaming Dienste auf dem deutschen Markt anbieten.

## 852 5 Zuwanderung, Asyl und Staatsangehörigkeit

853 Einwanderung und Asylgewährung haben seit 2015 eine neue Dimension erreicht. Ungeachtet der Ge-  
854 setzeslage wurde eine nicht zu rechtfertigende Masseneinwanderung nie gekannten Ausmaßes zuge-  
855 lassen.

856 Die individuellen Schutz- und Asylgarantien im Grundgesetz wurden 1949 für verfolgte Einzelpersonen  
857 geschaffen. Gleiches gilt für die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951. Beide Regelungen rechtfertigen  
858 nicht eine dauerhafte Masseneinwanderung in unser Land. Wir fordern, Art. 16 a Absatz II (GG) und die  
859 Regelungen der Dublin III Konvention konsequent umzusetzen.

### 860 5.1 Grenzen schützen, Asylmissbrauch und illegale Zuwanderung beenden

861 Mit weltweit einzigartigen Sozialleistungen hat man einen beispiellosen Asylansturm ausgelöst, der kein  
862 Ende nimmt. Ein Asylantragssteller erhält im Fall eines positiven Bescheides zwar nur eine temporäre  
863 Aufenthaltsgenehmigung. In der Praxis führt sie jedoch fast immer zum dauerhaften Verbleib in  
864 Deutschland. Darum sind Versuche, die Grenzen unseres Landes illegal zu überwinden sowie Einreisen  
865 aus sicheren Drittstaaten, konsequent zu unterbinden. Die Bundesregierung muss zusammen mit den  
866 Landesregierungen die illegale Einwanderung mit wirksamen Grenzkontrollen stoppen und alle Ausrei-  
867 sepflichtigen sofort abschieben.

### 868 5.2 Der UN-Flüchtlingspakt und der UN-Migrationspakt sind abzulehnen

869 Bisherige Bundesregierungen forcieren seit Jahren die von UN und EU geplante Ersetzungsmigration.  
870 2018 wurde der Globale Flüchtlingspakt (Global Compact for Migration) für sichere, geordnete und re-  
871 guläre Migration, sowie der Globale Pakt für Flüchtlinge von der UN-Vollversammlung beschlossen. Die  
872 Umsetzung dieser Vereinbarung bedeutet in letzter Konsequenz, dass ein EU-Land eigene, nationale  
873 Interessen nicht vor die Interessen von Einwanderern stellen kann. Dies lehnen wir ab.

### 874 5.3 Zuwanderung muss sich an nationalen Interessen orientieren

875 Qualität und Quantität von Einwanderung selbst zu bestimmen, ist unverzichtbarer Teil staatlicher Sou-  
876 veränität. Wir wollen selbst entscheiden, wer zu uns kommt.



877 Die Anwerbung von Fachkräften aus Drittländern ist als Ultima Ratio zu betrachten. Benötigte ausländische  
878 Arbeitskräfte sollen vorrangig aus den uns kulturell nahestehenden europäischen Nachbarländern  
879 kommen.

880 Der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Deutschland muss durch entsprechende Maßnahmen  
881 entgegengewirkt werden. Hier ist auch Hessen in der Pflicht, durch attraktive Lebens- und Arbeitsbe-  
882 dingungen die einheimische Bevölkerung im Land zu halten. Die Diskrepanz zwischen einer hohen Ar-  
883beitslosigkeit bei gleichzeitig beklagtem Fachkräftemangel, ist durch die Verbesserung von Schul- und  
884 Ausbildungsqualität sowie die Einbindung einer möglichst großen Zahl von einheimischen Arbeitslosen  
885 in den Arbeitsmarkt zu begegnen.

#### 886 **5.4 Keine weitere Einwanderung in die Sozialsysteme**

887 Das hohe Niveau der deutschen Sozialleistungen zieht aus anderen EU-Staaten, vor allem aber aus Dritt-  
888 staaten, Armutszuwanderer an. Die Freizügigkeit in der EU und das Asylrecht werden missbraucht, um  
889 Zugang zu unserem Sozialsystem zu erlangen. Abschiebungen, selbst in EU-Länder, werden verhindert,  
890 Duldungen sind die Regel. Wir stehen für ein Ende des Missbrauchs des Asylgrundrechts.

891 Die AfD Hessen priorisiert stattdessen die Errichtung von Auffangzentren außerhalb der EU-Staaten. Um  
892 den Anreiz der Einwanderung in die Sozialsysteme zu beenden, werden Geldleistungen an Asylbewer-  
893 ber, soweit dies rechtlich zulässig, durch Sachleistungen ersetzt. Die Belastung des deutschen Steuer-  
894 zahlers muss auf ein Minimum reduziert werden. Deshalb sind Asylbewerber im Rahmen des Möglichen  
895 an den Kosten des Verfahrens, der Unterbringung und Versorgung zu beteiligen.

896 Unbegleitete minderjährige Ausländer“ (UMA) sind häufig bereits volljährig. Sie machen falsche Alters-  
897 angaben, um den Schutzstatus als Minderjährige zu erlangen und so in den Genuss von Betreuungslei-  
898 stungen zu kommen. In diesem Fall missbrauchen sie das Ausländer- und Asylrecht, haben folglich kein  
899 Anrecht auf Asyl und müssen daher umgehend abgeschoben werden.

900 Die AfD fordert deshalb, dass alle zur Verfügung stehenden medizinischen Möglichkeiten verpflichtend  
901 angewandt werden, um das wahre Alter der UMA festzustellen. Unbegleitete minderjährige Ausländer  
902 dienen ferner als Eintrittskarte zum späteren Nachzug ihrer Familien. Allein in Hessen entstehen pro  
903 unbegleitetem minderjährigem Ausländer Kosten von monatlich ca. 8.500 Euro (Stand 2019).

#### 904 **5.5 Sichere Identifizierung von Migranten ermöglichen**

905 Alle Behörden, die mit Asylverfahren zu tun haben, müssen mit technischen Geräten zur Feststellung  
906 der Identität ausgestattet werden. Wir fordern für Hessen eine zentrale digitalisierte Registrierung der  
907 erhobenen Daten in Kooperation mit dem Bundesministerium des Innern.

908 Die AfD fordert die Schaffung der rechtlichen und technischen Voraussetzungen, um allen zuständigen  
909 Behörden länderübergreifend die Möglichkeit zu geben, zweifelsfrei festzustellen, ob eine Person schon  
910 andernorts unter abweichenden Daten registriert ist. Falsche Angaben oder eine Verweigerung der Mit-  
911 arbeit bei der Feststellung der Identität, müssen zu einer umgehenden Abschiebung führen.

912 Asylbewerber, die bei Straftaten mit einer Haftstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wurden oder  
913 Reisen in ihr Heimatland unternehmen, haben ihren Schutzstatus als Asylbewerber verwirkt und sind  
914 ebenfalls abzuschieben. Zur Absicherung der Abschiebung sind, insbesondere für straffällige Ausreise-  
915 pflichtige, Abschiebehaftplätze bereitzustellen.

#### 916 **5.6 Abschiebung forcieren**

917 Alle rechtskräftig Ausreisepflichtigen müssen unverzüglich abgeschoben werden. Kirchenasyl und ver-  
918 gleichbare Verhinderungen von Abschiebungen sind zu unterbinden. Krankheitsbedingte Abschiebehin-  
919 dernisse sind nur mit amtsärztlicher Bescheinigung anzuerkennen. In diesem Zusammenhang dürfen



920 Gesetzesverstöße nicht dadurch belohnt werden, dass die Täter dennoch nach Jahren in den Genuss  
921 eines Daueraufenthaltsrechtes kommen.

922 Die AfD fordert die Streichung der §§ 25a und 25b des Aufenthaltsgesetzes. Es darf keine Bekanntgabe  
923 von Abschiebeterminen an außerstaatliche Organisationen erfolgen. Ländern, die eine Rücknahme ihrer  
924 Staatsangehörigen, deren Asylantrag in Deutschland abgelehnt wurde, verweigern, ist jede weitere fi-  
925 nanzielle Unterstützung zu streichen. Ländern, die zur Aufnahme von abgelehnten staatenlosen Asylbe-  
926 werbern bereit sind, ist hingegen eine finanzielle Unterstützung zu gewähren.

## 927 **5.7 Kommunale Unterbringung und Familiennachzug**

928 Die Anzahl der unterzubringenden Asylsuchenden überfordert die Leistungsfähigkeit der Kommunen.  
929 Deshalb sollen diese ihre Aufnahmekapazität für Flüchtlinge und Asylbewerber eigenverantwortlich  
930 festlegen. Darüber hinaus sollen nur Asylbewerber zugewiesen werden, welche eine rechtlich sichere  
931 Bleibeperspektive haben. Darüber hinaus fordert die AfD die vollständige Finanzierung aller Aufwen-  
932 dungen durch den Bund.

933 Die Asylbewerber werden nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Städte und Gemeinden verteilt, die  
934 diese unterbringen und verpflegen müssen. Die Standorte von Unterkünften sind so auszuwählen, dass  
935 der soziale Frieden vor Ort nicht gefährdet wird. Während des Zeitraums der Asylüberprüfung sind die  
936 Asylbewerber bevorzugt in zentralen Aufnahmeeinrichtungen unterzubringen.

937 Die AfD Hessen lehnt jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge und Asylbewerber nach Deutschland ab,  
938 da die deutschen Sozialsysteme diese Lasten nicht mehr tragen können und die Kommunen überfordert  
939 sind. Des Weiteren setzen wir uns für die Förderung der Familienzusammenführung im Herkunftsland  
940 ein. Hessen ist weder Heimat noch Siedlungsgebiet für illegale und ausreisepflichtige Einwanderer.

## 941 **5.8 Rückkehr vor Bleiberecht**

942 Assimilation ist grundsätzlich möglich, fordert jedoch von den Einwanderern die Erlernung der deut-  
943 schen Sprache in Wort und Schrift in einem angemessenen Zeitraum, die Achtung und gelebte Bejahung  
944 unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung und unserer Kultur, sowie die Sicherung des eigenen Lebens-  
945 unterhalts.

946 Eine Einbürgerung darf nur am Ende einer erfolgreichen Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt  
947 erfolgen. Integrationsunwillige Migrantinnen, welche bewusst in einer Parallelgesellschaft leben möchten,  
948 sind bis hin zur Abschiebung zu sanktionieren.

949 Anstelle von Integrationsmaßnahmen, die zu einem hohen Prozentsatz scheitern, befürwortet die AfD  
950 Hessen, Flüchtlingen Kenntnisse und Qualifikationen zu vermitteln, die sie bei einer Rückkehr in ihre  
951 Heimatländer anwenden können.

952 Eine organisierte Remigration (Rückführung) ist dringend anzustreben und gemeinsam mit Bund, Län-  
953 dern und Kommunen zu organisieren. Dies gilt für alle ausreisepflichtige Ausländer.

## 954 **5.9 Staatsbürgerschaft durch Abstammung**

955 Wir verlangen bei Einbürgerung eine eindeutige Zuwendung zu unserem Land, weswegen die AfD die  
956 Doppelten Staatsbürgerschaft als ungeeignet ansieht. Bei Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit  
957 soll die bisherige abgegeben werden.

958 Bei schwerer Kriminalität muss, im Einklang mit Verfassung und Rechtslage, der Entzug der Staatsbür-  
959 gerschaft geprüft werden, sofern der Betreffende dadurch nicht staatenlos wird.

960 Die AfD Hessen lehnt den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft durch Geburt in Deutschland (ius  
961 soli) ab. Eine solche Regelung passt nicht zum bewährten Rechtssystem Deutschlands und verstärkt ne-  
962 gative gesellschaftliche Entwicklungen auch in Hessen. Die AfD will das Geburtsortsprinzip beenden und  
963 zu den Regeln zurückkehren, die vor den Änderungen im Jahr 2000 bestanden (ius sanguinis) und wie  
964 es in zahlreichen europäischen Staaten gilt.

965 Deutschland ist unsere Heimat und hat eine eigene, gewachsene Kultur, auf die wir stolz sind. Ihr Vor-  
966 rang ist von Zuwanderern anzuerkennen. Eine soziokulturelle Kernschmelze mit und durch Parallel- und  
967 Gegengesellschaften in unserem Land ist zu verhindern.

## 968 5.10 Transparenz bezüglich der Schattenseiten der Migration

969 Es gibt bei Migranten Unterschiede in der Fähigkeit und/oder in der Bereitschaft zur Integration oder  
970 gar zur Assimilation je nach Herkunft bzw. kultureller Prägung.

971 Dies vorausgesetzt fordert die AfD eine umfassende Transparenz bezüglich der Integration von Migran-  
972 ten aus den einzelnen Herkunftsländern. Dabei geht es vor allem um statistische Erhebungen und re-  
973 gelmäßig veröffentlichte Auswertungen für die Bereiche Arbeitsmarkt, Transferleistungen, Bildung und  
974 Kriminalität.

975 Zusätzlich fordert die AfD umfassende Erhebungen und Auswertungen, die darüber informieren, in wel-  
976 chem Ausmaß bestimmte Gruppen von Migranten dazu beitragen, unseren Wohlstand zu mehren oder  
977 aber Wohlstandsverluste bewirken. Hierzu verweisen wir auf Dänemark, wo das Finanzministerium re-  
978 gelmäßig ermittelt, in welchem Ausmaß die verschiedenen Zuwanderer Gruppen Transferleistungen  
979 und öffentliche Güter in Anspruch nehmen und in welchem Ausmaß diese Gruppen selbst zu deren  
980 Finanzierung mittels Steuern und Abgaben beitragen.

981 Die Erkenntnisse über die erheblichen Wohlstandsverluste durch Migranten aus den kulturfremden  
982 Asylherkunftsländern haben in Dänemark maßgeblich zu einem Paradigmenwechsel in der Asyl- und  
983 Flüchtlingspolitik geführt. Und dies getragen von einem breiten parteiübergreifenden Konsens.

984 Die AfD strebt derartiges auch für Deutschland an und betrachtet hierfür faktenbasierte und tabufreie  
985 Analysen als eine notwendige Voraussetzung. Das Ausblenden der Wirklichkeit und die Tabuisierung der  
986 Schattenseiten der ungesteuerten Zuwanderung muss ein Ende haben. Wir fordern mehr Real- und we-  
987 niger Moralpolitik.

## 988 5.11 Der Islam gehört weder zu Deutschland noch zu Hessen

989 Der Islam ist nicht nur Religion, sondern zugleich Glaube, Gesetz, Politik und Herrschaft. Islam heißt  
990 (AUCH) Unterwerfung. Der Islam hat unsere Geschichte und Kultur nicht geprägt. Er ist als politische  
991 Religion mit seinem Scharia-System aus dem Frühmittelalter und den darin enthaltenen Rechtsnormen  
992 mit unserem abendländischen Staatsverständnis nicht vereinbar und darf in keiner Weise Anwendung  
993 in der deutschen Rechtsprechung finden!

994 Kritik am Islam und der schleichenden Islamisierung wird vielerorts von Politik und Medien im Keim  
995 erstickt. Dabei wird die in Deutschland garantierte Religionsfreiheit als Argument vorgeschoben.

996 Im Artikel 4 Absatz 1 und 2 des Grundgesetzes heißt es dazu: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens  
997 und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die ungestörte  
998 Religionsausübung wird gewährleistet.“

999 Wie jedes andere Grundrecht kann auch die Religions- und Weltanschauungsfreiheit mit anderen  
1000 Grundrechten kollidieren. Im Fall des Islam halten wir diese sogenannte „Normenkollision“ in vielen  
1001 Aspekten für gegeben.

1002 Die AfD Hessen sagt Nein zu Verschleierung, Kopftuch, Scharia, Minarett und Muezzinruf.

1003 Der Muezzin-Ruf verbreitet den Alleinherrschaftsanspruch des Islam über alle Lebensbereiche der Men-  
1004 schen und muss deshalb unterbunden werden! Eine Kritik am Islam ist, wie jede andere Religionskritik,  
1005 durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung legitimiert.

1006 Scharia-Gerichte, Paralleljustiz oder Rechtsbrüche, wie z.B. Kinderehen oder Vielehen nach islamischem  
1007 Recht, sind entschieden zu unterbinden. Die Vollverschleierung von Frauen in der Öffentlichkeit soll,  
1008 genau wie das Tragen eines Kopftuches im öffentlichen Dienst (Neutralitätsgebot des Staates) und bei  
1009 Kindern unter 14 Jahren auch in öffentlichen Einrichtungen verboten werden.

## 1010 **6 Finanzen**

1011 Hessen gehört im Finanzkraftausgleich zu den finanzstärksten Bundesländern; unter den einzahlenden  
1012 Ländern trug es im Jahr 2021 mit 566 Euro pro Kopf nach Bayern die höchste Belastung. Dennoch haben  
1013 die hessischen Kommunen je Einwohner unter allen Flächenländern die höchsten Geldschulden.

### 1014 **6.1 Schuldenbremse einhalten!**

1015 Die AfD steht für einen ausgeglichenen Staatshaushalt und die strikte Einhaltung der Schuldenbremse.

1016 Auf allen Ebenen von der EU bis zu den Kommunen verstärkt sich seit Jahren der Trend zur hemmungs-  
1017 losen Verschuldung. So ist auch Hessen überschuldet: Die reinen Staatsschulden des Landes betragen  
1018 zum Ende des Jahres 2021 43,97 Mrd. Euro, mitsamt den Verbindlichkeiten gegenüber der WIBank je-  
1019 doch bereits 50,54 Mrd. Euro. Das sind mehr als 8.000 Euro pro Kopf. Mit ihrer ausufernden Verschul-  
1020 dung gefährdet die Landesregierung den Wohlstand der zukünftigen Generationen in Hessen. Die aktu-  
1021 elle Wirtschaftskrise und die steigenden Zinsen verschärfen die Finanzsituation noch weiter. Um diesem  
1022 Trend zu begegnen, tritt die AfD Hessen dafür ein, alle Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen.

1023 Als die Schuldenbremse im Jahr 2020 erstmals angewendet werden sollte, hat die Landesregierung sie  
1024 sofort ausgesetzt. Damit die Schuldenbremse aber ihre volle Wirkung entfalten kann, darf sie nur in  
1025 Ausnahmesituationen ausgesetzt werden. Die AfD Hessen setzt sich dafür ein, dass der Landtag mit  
1026 Zwei-Drittel-Mehrheit eine außergewöhnliche Notsituation oder Naturkatastrophe feststellen muss, be-  
1027 vor die Schuldenbremse ausgesetzt wird. Dieses Zwei-Drittel-Mehrheitserfordernis soll in die Hessische  
1028 Verfassung aufgenommen werden. Darüber hinaus sollen bei der Schuldenbremse neben der Nettokre-  
1029 ditaaufnahme künftig auch andere Fehlbeträge, beispielsweise aus dem Anstieg ungedeckter Pensions-  
1030 verpflichtungen des Landes, aus Verbindlichkeiten gegenüber der WIBank und aus Nebenhaushalten  
1031 berücksichtigt werden. Zudem fordern wir eine verbindliche Regelung zur Tilgung der Altschulden.

### 1032 **6.2 Transparenz bei den Finanzen**

1033 Wir setzen uns für eine höhere Transparenz bei der Finanzierung öffentlicher Vorhaben ein. Deshalb  
1034 wollen wir keine als Sondervermögen getarnten Schuldentöpfe zulassen. So konnte die AfD bereits in  
1035 der ablaufenden Wahlperiode mit einer Klage vor dem Hessischen Staatsgerichtshof das verfassungswidrige  
1036 „Corona-Sondervermögen“ der schwarz-grünen Koalition erfolgreich verhindern.

1037 Wir sind grundsätzlich gegen öffentliche Investitionen in Form öffentlich-privater Partnerschaften  
1038 (ÖPP). Wiederholt haben Rechnungshöfe festgestellt, dass diese zu teuer sind, beispielsweise bei der  
1039 Finanzierung von Krankenhäusern. Die Privatisierung von Einrichtungen zur öffentlichen Daseinsvor-  
1040 sorge darf nur durch Bürgerentscheide entschieden werden.

1041 Wir fordern die Überprüfung der Mechanismen zur Schaffung von Transparenz bei der Vergabe öffent-  
1042 licher Aufträge. Skandale wie in der AWO in Frankfurt am Main und Wiesbaden dürfen sich nicht wie-  
1043 derholen.

### 1044 **6.3 Subventionsabbau**

1045 Wir fordern den Abbau von Subventionen: Das intransparente Subventionswirrwarr in Hessen muss mit  
1046 allen Fördermaßnahmen, Prozessen und Institutionen auf den Prüfstand gestellt werden.

### 1047 **6.4 Verschwendung von Steuergeld ahnden**

1048 Während schon kleine Steuervergehen konsequent verfolgt werden, bleibt die Verschwendung von  
1049 Steuermitteln in der Regel ohne Folgen. Wir fordern, Steuerverschwendung konsequenter aufzudecken  
1050 und zu ahnden.

### 1051 **6.5 Bessere Finanzausstattung für Land und Kommunen**

1052 Die AfD Hessen setzt sich dafür ein, die Länder und Kommunen (bürgernahe Ebenen) mit mehr Geld  
1053 auszustatten. Hierzu bedarf es einer Neuverhandlung der Verteilung staatlicher Mittel zwischen Bund,  
1054 Ländern und Gemeinden. Der finanzielle Spielraum der Gemeinden ist dabei so auszuweiten, dass die  
1055 verwaltungsaufwändige Grundsteuer abgeschafft werden kann.

1056 Wir sind für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und wollen die finanziellen Fördermaß-  
1057 nahmen des Landes zurückfahren. Stattdessen sollen die zweckfreien Zuweisungen innerhalb des kom-  
1058 munalen Finanzausgleichs auf Kosten der gebundenen Zuweisungen erhöht werden. Außerdem dringen  
1059 wir darauf, dass bei der Übertragung zusätzlicher Aufgaben an Städte und Gemeinden stets das Land  
1060 die gesonderten Ausgaben zu tragen hat (Konnexitätsprinzip).

### 1061 **6.6 Abschaffung der Grunderwerbsteuer und Straßenbaubeiträge**

1062 In einer modernen, dynamischen und gleichzeitig alternden Gesellschaft ist es nicht sinnvoll, Wohnungs-  
1063 wechsel der Bevölkerung durch steuerliche Belastungen zu behindern. Insbesondere in Zeiten von Woh-  
1064 nungsknappheit benachteiligt die Grunderwerbsteuer Arbeitnehmer, die berufsbedingt den Wohnort  
1065 wechseln. Die AfD fordert deshalb die Abschaffung der Grunderwerbsteuer auf selbstgenutzten Wohn-  
1066 raum und wird sich auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen.

1067 Die AfD Hessen setzt sich für eine komplette Abschaffung der Straßenbaubeiträge in allen hessischen  
1068 Kommunen ein.

## 1069 **7 Soziales**

### 1070 **7.1 Soziale Marktwirtschaft aus Überzeugung**

1071 Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards. Die  
1072 soziale Marktwirtschaft ist darauf ausgerichtet, das wirtschaftliche Eigeninteresse des Einzelnen der ge-  
1073 samten Gesellschaft, und die Solidarität der Gemeinschaft im Bedarfsfall wiederum dem Einzelnen zu-  
1074 gutekommen zu lassen. Den freien Markt schätzen wir als unverzichtbares Instrument für die Erwirt-  
1075 schaftung und Verteilung von Ressourcen und Gemeinschaftsgütern für den einzelnen Bürger. Gleich-  
1076 wohl müssen dem Marktwirken dort Schranken gesetzt werden, wo es den Interessen der Menschen  
1077 und der Gemeinschaft zuwiderläuft. Diese Wirtschaftsordnung ist die Grundlage einer freien, demokra-  
1078 tischen Gesellschaft. Sie ist am besten geeignet, Wohlstand zu sichern und sozialen Ausgleich herbeizu-  
1079 führen.

### 1080 **7.2 Vollbeschäftigung ist die beste Sozialpolitik**

1081 Der Staat muss die Rahmenbedingungen schaffen, die es allen Bürgern ermöglichen, sich frei zu entfal-  
1082 ten und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dies schließt explizit diejenigen mit ein, die ein ausrei-  
1083 chendes Auskommen aus eigener Kraft nicht erwirtschaften können. Die AfD steht für die Bewahrung

1084 des sozialen Friedens und für den Erhalt der Solidargemeinschaft. Wir wollen Eigeninitiativen fördern  
1085 und stärken, indem wir Bürger und Unternehmen in die Lage versetzen, wirtschaftlich erfolgreich tätig  
1086 zu sein. Wir wollen die Menschen unterstützen, die dies zeitweilig oder auf Dauer nicht können, und wir  
1087 wollen diejenigen, die sich trotz guter Chancen dem Arbeitsmarkt entziehen, immer wieder motivieren,  
1088 diese Haltung zu ändern.

### 1089 **7.3 Die Arbeitslosenhilfe / Bürgergeld**

1090 Arbeitslosigkeit kann jeden treffen. Die Pflicht der Gemeinschaft besteht darin, dem Einzelnen im Falle  
1091 der Erwerbslosigkeit den Weg zurück in die Arbeitswelt zu eröffnen und ihn bis zur möglichst zeitnahen  
1092 Rückkehr in den Job, vorübergehend wirtschaftlich aufzufangen. Dieser Pflicht entsprechend ist das Bür-  
1093 gergeld darauf ausgerichtet, tatsächlich hilfebedürftigen Personen im Falle der Erwerbslosigkeit den  
1094 Wiedereinstieg ins Arbeitsleben durch entsprechende Hilfsangebote zu ermöglichen. Die Zeit bis zum  
1095 Antritt einer neuen Erwerbstätigkeit ist durch die Gewährung von Geld- und Sachleistungen zu überbrü-  
1096 cken.

### 1097 **7.4 Zweckgebundene Gewährung im Sinne der Solidargemeinschaft**

1098 Diese gesetzlich verankerte Zweckbestimmung des Bürgergeld-Bezugs wird in der Praxis jedoch syste-  
1099 matisch konterkariert: So wird durch eine ausbleibende Unterscheidung zwischen tatsächlich politisch  
1100 Verfolgten und reinen Wirtschaftsflüchtlingen eine Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme  
1101 und ein dauerhafter Verbleib im sozialstaatlichen Leistungsbezug nicht nur befördert, sondern gar be-  
1102 lohnt. Entsprechendes gilt für inländische Leistungsempfänger, die nicht beabsichtigen, den Transfer-  
1103 leistungsbezug durch den Antritt einer Erwerbstätigkeit jemals zu beenden. Im Sinne einer verantwor-  
1104 tungsvollen Sozialpolitik, wie sie in der gesetzlichen Ausgestaltung des SGB-II-Bezuges ihren Ausdruck  
1105 gefunden hat, sind derartige Missstände nicht länger hinnehmbar.

### 1106 **7.5 Angemessene Gewährung von SGB II-/SGB XII-Leistungen**

1107 Die horrenden Preissteigerungen, wie sie infolge der teilweise völlig verfehlten Außen- und Wirtschafts-  
1108 politik der Bundesregierung herbeigeführt worden sind, drohen weite Teile der Bevölkerung in Armut  
1109 zu stürzen. Um die wirtschaftlichen Härten für die tatsächlich bedürftigen Teile der Bevölkerung zumin-  
1110 dest teilweise auszugleichen, tritt die AfD Hessen dafür ein, dass die Regelsätze im Bürgergeld- wie auch  
1111 im Sozialhilfebezug durch entsprechende Eingaben gegenüber dem Bund und ggf. durch eine Gewäh-  
1112 rung von freiwilligen Leistungen auf Landesebene an die tatsächlichen Preisentwicklungen angepasst  
1113 werden.

1114 Die AfD Hessen fordert:

- 1115 • Umgehende Ausweisung bzw. Abschiebung bestandskräftig ausreisepflichtiger Ausländer an-  
1116 stelle der Gewährung weiterer Sozialleistungen an nicht bleibeberechtigte Personen.
- 1117 • Gewährung von Bürgergeld- und Sozialhilfe-Leistungen unter strenger Beachtung der tatsächli-  
1118 chen Bedürftigkeit und der gesetzlich verankerten Sanktionsmöglichkeiten.
- 1119 • Adäquate Bemessung der Regelsätze im Bürgergeld- und Sozialhilfe-Bezug unter Berücksichti-  
1120 gung der tatsächlichen Preisentwicklung.

### 1121 **7.6 Aufwertung von Berufsbildern im sozialen Bereich**

1122 Deutschland verzeichnet vor allem in den Pflege- und Erziehungsberufen seit Jahren einen immensen  
1123 Mangel an Arbeitskräften. So werden voraussichtlich bis zum Jahr 2030 bundesweit 230.000 Erzieher  
1124 und 186.000 Pflegekräfte fehlen. Dieser Missstand ist allem voran den schlechten Arbeitsbedingungen,  
1125 wie z. B. geringer Entlohnung bei gleichzeitiger massiver körperlicher und psychischer Belastung sowie

1126 einem niedrigen gesellschaftlichen Ansehen der betreffenden Berufsbilder geschuldet. Die Problematik  
1127 in den betroffenen Berufssparten, sind durch weitere Verfehlungen während der Corona-Pandemie,  
1128 wie vor allem der Einführung der „einrichtungsbezogenen Impfpflicht“, noch verstärkt worden. Auch  
1129 die mangelnde Bereitschaft seitens der Bundesagentur für Arbeit, potenzielle Interessenten aus den  
1130 Reihen der SGB-II-Leistungsbezieher, zu Pflege- und Erziehungskräften weiterzubilden bzw. umzuschu-  
1131 len, sorgt nicht für Entlastung. Die Arbeit von Erziehern und Pflegekräften ist systemrelevant. Ein Mangel  
1132 an Arbeitskräften in den betreffenden Berufssparten und die ihm zugrundeliegenden Missstände sind  
1133 nicht länger hinnehmbar! Die AfD Hessen tritt für eine massive Verbesserung der Arbeitsbedingungen  
1134 und die Aufwertung der betroffenen Berufsbilder ein.

## 1135 **7.7 Stärkung des Weiterbildungs- und Umschulungsangebotes bei gleichzeitig** 1136 **stärkerer Kontrolle**

1137 Bei der Behebung des Arbeitskräftemangels in „Mangelberufen“ wie auch der Bekämpfung von Arbeits-  
1138 losigkeit im Allgemeinen kommt dem Weiterbildungs- und Umschulungswesen eine Schlüsselfunktion  
1139 zu: Der Mangel von Arbeitskräften in „Mangelberufen“ ist unter anderem auch der fehlenden Bereit-  
1140 schaft seitens der Bundesagentur für Arbeit geschuldet, potentiell interessierte Personen aus den Rei-  
1141 hen von SGB-II-Leistungsbeziehern, die ihre Bereitschaft zur Übernahme einer Pflege- oder Erzie-  
1142 hungstätigkeit erklärt haben, zu Pflege- und Erziehungskräften weiterzubilden bzw. umzuschulen. Hier-  
1143 mit wird den potentiell interessierten SGB-II-Leistungsbeziehern der Eintritt in eine Erwerbstätigkeit und  
1144 der Austritt aus der Transfermittelabhängigkeit zu Lasten der öffentlichen Kassen verwehrt und dem  
1145 Erziehungs- und Pflegemarkt dringend benötigte Arbeitskräfte vorenthalten - ein Missstand, dem die  
1146 AfD entschieden entgegentritt. Die AfD Hessen fordert einen massiven Ausbau des Weiterbildungswes-  
1147 ens, begleitet von einer Förderung der Umschulung und Weiterbildung für potentiell interessierte Be-  
1148 zieher von SGB-II-Leistungen.

1149 Der Ausbau des Weiterbildungswesens ist zudem durch eine umfassende staatliche Kontrolle der An-  
1150 bieter entsprechender Maßnahmen zu begleiten. In den vergangenen Jahren haben Anbieter von Wei-  
1151 terbildungsmaßnahmen bisweilen vermehrt enorme Vergütungen für die vermeintliche Erbringung von  
1152 Weiterbildungsmaßnahmen bezogen, die von ihnen tatsächlich gänzlich nicht oder nicht im geschulde-  
1153 ten Umfang erbracht wurden, Stichwort: AWO-Skandal. Dieser missbräuchlichen Verwendung staatli-  
1154 cher Mittel zulasten des Steuerzahlers ist konsequent der Riegel vorzuschieben! Dies gilt erst recht,  
1155 wenn es sich bei den Anbietern der Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen um parteizugehö-  
1156 rige oder parteinahe Institutionen handelt, wonach sich die Vergütung der gänzlich nicht oder nicht im  
1157 geschuldeten Umfang erbrachten Leistungen als Subventionierung parteizugehöriger und parteinaher  
1158 Institutionen darstellt.

## 1159 **7.8 Arbeitsmarktintegration von Menschen mit körperlichen und geistigen Behin-** 1160 **derungen**

1161 Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen sind vollwertige Mitglieder unserer Gesell-  
1162 schaft. Um diesem Stellenwert Ausdruck zu verleihen, und um den Betroffenen ein ihrer Würde ange-  
1163 messenes Leben in zumindest teilweiser finanzieller Selbstständigkeit zu ermöglichen, spricht sich die  
1164 AfD-Hessen dafür aus, Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen verstärkt in den Ar-  
1165 beitsmarkt zu integrieren.

1166 Die Erwerbstätigkeit von Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen begegnet in der  
1167 Praxis jedoch vielfältigen Problemen: So sind für eine angemessene Ausbildung und Betreuung meist  
1168 nicht ausreichend qualifizierte Fachleute vorhanden. Zudem wird oftmals ein derart geringes Arbeits-  
1169 entgelt erzielt, dass sie weiterhin auf den Bezug von Transferleistungen angewiesen sind. Als Folge ist  
1170 ein finanzieller Gewinn bei der Verrichtung einer Erwerbstätigkeit für die Betroffenen in der Regel nicht



1171 zu verzeichnen. Vor diesem Hintergrund ist darauf hinzuwirken, dass die Ausbildungs- und Arbeitsver-  
1172 gütung bei der Berechnung der Gewährung von Aufstockungs-Leistungen für Personen mit geistigen  
1173 oder körperlichen Behinderungen als Freibetrag bis zu einer gewissen Höhe unberücksichtigt bleibt, so  
1174 dass den betroffenen Personen ein spürbarer Anteil am Arbeitsentgelt als persönliche Motivation ver-  
1175 bleibt.

1176 Die AfD Hessen fordert:

- 1177 • Die vermehrte Rekrutierung von Ausbildern und Betreuern für Menschen mit körperlichen oder  
1178 geistigen Behinderungen.
- 1179 • Die Anhebung der Ausbildungs- und Arbeitsvergütungen für Menschen mit körperlichen oder  
1180 geistigen Behinderungen unter Gewährung höherer Freibeträge im Transferleistungsbezug.
- 1181 • Die Ausweitung, Fortführung und punktuelle Vertiefung des sog. „Perspektivprogramms zur  
1182 Verbesserung der Arbeitsmarktchancen“.
- 1183 • Die staatliche Begünstigung von Ausbildungs- und Beschäftigungsbetrieben, insb. durch eine  
1184 Ausweitung der sog. Ausgleichsabgabe.

## 1185 **7.9 Arbeit im ländlichen Raum**

1186 Der ländliche Raum als Hort kultureller Traditionen und einer weitgehend intakten Natur stellt für viele  
1187 Menschen in Hessen den von ihnen bevorzugten Lebensraum dar. Korrespondierend hiermit ist zu ge-  
1188 währleisten, dass ein Arbeitsleben im ländlichen Raum durch den Aus- und Aufbau sowie den Erhalt  
1189 einer intakten Infrastruktur ermöglicht und sichergestellt wird. Nicht nur als regionaler Arbeitgeber,  
1190 sondern auch als Form einer tradierten, vielfach über Jahrzehnte und Jahrhunderte gewachsenen Regi-  
1191 onalkultur sind des Weiteren kleinere und mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum zu un-  
1192 terstützen. Für deren Stärkung tritt die AfD Hessen ein.

## 1193 **7.10 Keine Umgehung der Sozialversicherungspflicht durch Auslagerung und Ein- 1194 gehung von Werkverträgen**

1195 Der vielfach zu verzeichnenden Tendenz, sich der gesetzlichen Sozialversicherungspflicht durch eine  
1196 Auslagerung oder den Abschluss von Werkverträgen zu entziehen, ist durch eine verstärkt durchzuset-  
1197 zende Pflicht zu regulären Arbeitsverträgen entgegenzuwirken. Auf diesem Wege wird erreicht, dass  
1198 Arbeitnehmern der ihnen gebührende Sozialversicherungsschutz tatsächlich zu Teil wird, und die Sozi-  
1199 alversicherungen, insbesondere die gesetzliche Rentenversicherung, durch eine Einzahlung der betrieb-  
1200 lichen Beiträge gestärkt werden.

## 1201 **7.11 Stärkung von Engagement und Teilhabe**

1202 Die AfD-Hessen weiß, dass die Gesellschaft auf das Engagement und die Lebenserfahrung älterer Men-  
1203 schen angewiesen ist. Deswegen ist eine Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens für  
1204 unsere Senioren zu ermöglichen. Teilhabe und Partizipation stellen präventive Maßnahmen gegen die  
1205 Vereinsamungstendenzen im Alter dar. Die AfD-Hessen nimmt Kommunen in die Pflicht, Teilhabe durch  
1206 die Gründung von Seniorenbeiräten zu gewährleisten und auf ältere Menschen zugeschnittene Bil-  
1207 dungsmaßnahmen in den kommunalen Einrichtungen anzubieten. Wir fordern, dass Maßnahmen für  
1208 ältere Menschen gefördert und entsprechend finanziell unterstützt werden. Teilhabe in den kulturellen  
1209 Bereichen ist besondere Wichtigkeit zuzumessen.

## 1210 **7.12 Eigenständiges Leben im Alter**

1211 Senioren wünschen sich auch im Alter, noch ein eigenständiges Leben führen zu können. Die AfD-Hes-  
1212 sen fordert deshalb, auch im Hinblick auf den demographischen Wandel, eine Änderung der Gesetzes-  
1213 lage, damit die Errichtung von altersgerechten Wohnräumen und Wohnumfeldern gefördert werden

1214 kann. Eingeschränkte Mobilität erfordert die Verantwortungsübernahme durch die Kommunen. Mög-  
1215 lichkeiten für ein selbstbestimmtes, barrierefreies und altersangepasstes Wohnen sind hier notwendig  
1216 und sorgen für würdevolles Altwerden im sozialen Gefüge.

### 1217 **7.13 Stärkung ehrenamtlicher Tätigkeiten**

1218 Senioren sind - über ihr Arbeitsleben hinaus – oft stark im Ehrenamt engagiert. Die AfD Hessen fordert  
1219 eine größere Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements, wie z. B. im Vereinswesen, bei Tafeln,  
1220 in der Altenpflege oder bei Hospizdiensten durch Senioren, weil es maßgeblich die Lücken im öffentli-  
1221 chen Leben schließt und massiv Ausfälle kompensiert. Deshalb muss eine Schaffung von Programmen  
1222 und Maßnahmen erfolgen, die diese Arbeit würdigt, z.B. durch Aufwandsentschädigungen oder Wege-  
1223 geld.

### 1224 **7.14 Schutz des ungeborenen Lebens**

1225 Die AfD Hessen steht klar für den Schutz ungeborenen Lebens. Dies muss in der Schwangerschaftskon-  
1226 fliktberatung vordringlichstes Ziel sein. Es stellt zwar eine besondere Verpflichtung dar, dennoch ist Op-  
1227 fern von Vergewaltigungen oder Missbrauch ein reibungsloser Zugang zu Möglichkeiten des Schwan-  
1228 gerschaftsabbruchs zu gewähren. Schwangere Frauen in sozialen Konfliktsituationen sollten ebenfalls  
1229 eine unbürokratische Beratung über Alternativen zum Schwangerschaftsabbruch erhalten. Erst nach ei-  
1230 ner intensiven Schwangerschaftskonfliktberatung erhalten Frauen Informationen zu Ärzten und Kran-  
1231 kenhäusern, wo ein Schwangerschaftsabbruch vorgenommen werden kann. Beratende Ärztinnen und  
1232 Ärzte sowie Institutionen dürfen nicht diskriminiert werden, ebenso wenig wie schwangere Frauen, die  
1233 diese Leistungen in Anspruch nehmen. Ein leichtfertiger Umgang mit dem Abbruch einer Schwanger-  
1234 schaft muss klar verhindert werden.

### 1235 **7.15 Frauen in der Arbeitswelt**

1236 Die AfD Hessen lehnt Geschlechterquoten im Studium oder in der Arbeitswelt generell ab, da Quoten  
1237 leistungsfeindlich sind. Die AfD Hessen vertritt dagegen die Meinung, dass Quoten kein geeignetes Mit-  
1238 tel zur Gleichberechtigung von Mann und Frau darstellen. Auch die Einrichtung spezieller Frauenstudi-  
1239 engänge lehnen wir ab. Ein falsch verstandener Feminismus schätzt einseitig Frauen im Erwerbsleben,  
1240 nicht aber Frauen, die „nur“ Mutter und Hausfrau sind. Diese erfahren häufig geringere Anerkennung  
1241 und werden finanziell benachteiligt. Die AfD Hessen fordert, dass die Frau selbst bestimmt, ob sie be-  
1242 ruflich erfolgreich, konstant beschäftigt oder lieber Hausfrau / Mutter sein möchte. Nichtsdestotrotz  
1243 darf die Frau, die zugunsten der Familie keinem Beruf nachgeht, keine Benachteiligung erfahren und  
1244 soll in Hinblick auf ihre Versorgung während der Kinderbetreuung und schließlich im Rentenalter nicht  
1245 in die Armut abrutschen. Eine gute Grundsicherung, auch ohne ausgeübten Beruf, muss gewährleistet  
1246 werden.

### 1247 **7.16 Prostitution**

1248 Frauen, die freiwillig der Prostitution nachgehen, müssen in ihren Arbeitnehmerinnenrechten gestärkt  
1249 werden. Zudem müssen die Bundesvorgaben des Prostitutionsschutzgesetzes diskriminierungsfrei und  
1250 praxistauglich umgesetzt werden. Die AfD Hessen möchte Zwangsprostitution entschieden bekämpft  
1251 wissen.

### 1252 **7.17 Lohnunterschiede und Alleinerziehung**

1253 Der Prozess gesellschaftlicher Entwicklung zeigt, dass Männer wie Frauen mittlerweile vermehrt zu ge-  
1254 schlechteruntypischen Berufen greifen. Dieser Wandel ist natürlichen Ursprungs und kann auch nicht  
1255 erzwungen werden. Ein Abbau von Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen ist bei gleicher  
1256 Leistung zwingend notwendig, da hier die Verdienstmöglichkeiten bei gleicher Arbeit immer noch stark



1257 variieren. Im Bereich der Berufe, in denen der Frauenanteil in der Regel höher ist, z. B. Erziehung und  
1258 Pflege, sollte die Attraktivität durch Anhebung der Bezahlung gesteigert werden. Zudem wird gerade  
1259 diesen Berufssparten ein hoher Wert zugemessen. Dies sollte sich auch in Lohn und Gehalt niederschla-  
1260 gen. Alleinerziehende Frauen sind im Alltag besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt und benötigen be-  
1261 sondere Unterstützung. Zudem tragen sie ein hohes Armutsrisiko, was zumeist durch die Betreuungs-  
1262 zeiten verursacht wird. Daher sollte Ihnen Vorrang bei der Auswahl passender Betreuungsangebote und  
1263 Schulen gewährt werden.

## 1264 7.18 Frauen und Führungspositionen

1265 Frauen sind in Führungspositionen grundsätzlich unterrepräsentiert. Dies liegt oft an der sogenannten  
1266 „Teilzeitfalle“. Frauen können aufgrund familiärer Verpflichtungen nach einer Arbeitszeitreduzierung  
1267 nicht wieder unmittelbar in Vollzeit zurückkehren bzw. haben durch Elternzeit nur verzögert die Mög-  
1268 lichkeit, wieder beruflich ein- und aufzusteigen. Dies hat zudem negative Auswirkungen auf Einkommen,  
1269 Rente und soziale Absicherung. Hierzu ist es erforderlich, eine zügige und unbürokratische Umsetzung  
1270 und die Förderung flexibler Rückkehrmodelle, z. B. durch Telearbeit, zu fördern und es muss ein Ausbau  
1271 der Möglichkeiten der Kinderbetreuung erfolgen. Zudem sollten prekäre Arbeitsverhältnisse an Hoch-  
1272 schulen / befristete Arbeitsverträge zugunsten unbefristeter Stellen abgebaut werden. Frauenförder-  
1273 pläne sollten in Unternehmen und Behörden grundsätzlich als Orientierung zur Optimierung der Struk-  
1274 turen vorliegen, jedoch in keiner Weise zwingend zu erfüllen sein.

## 1275 7.19 Frauen in die Politik

1276 Die AfD Hessen fordert: Mehr Frauen in die Politik, ohne Parität und Zwang sowie eine Förderung von  
1277 Frauen, die sich in einer immer noch von Männern dominierten Struktur durch Kompetenz und Enga-  
1278 gement durchsetzen. Hierbei solle eine Förderung und Forderung von motivierten Frauen durch Wer-  
1279 bung und Integration in Organisationsstrukturen eine tragende Rolle spielen.

## 1280 7.20 Frauenfeindliche Quotenpolitik

1281 Nach Auffassung der AfD-Hessen fällt der Frau eine besondere Stellung in der Gesellschaft zu. Unabhän-  
1282 gig von jeglicher Ideologie ist sie Ursprung allen Lebens und von ihrer körperlichen Konstitution gegen-  
1283 über dem männlichen Geschlecht benachteiligt. Stetig von Gleichstellung zu sprechen und diese zu er-  
1284 zwingen ist falsch, da Frauen andere Bedürfnisse haben als Männer, sowohl gesellschaftlich als auch  
1285 persönlich. Gleichzeitig haben sich Frauen durch gesamtgesellschaftliche Umstände dahingehend ver-  
1286 ändert, dass sie vermehrt freiwillig in von Männern dominierte Berufe einsteigen und auch vermehrt  
1287 kinderlos eine berufliche Karriere anstreben. Dies geschieht ohne Zwang oder erzwungene Parität. Quo-  
1288 ten sorgen für Missachtung statt Akzeptanz bei männlichen Kollegen.

1289 Die AfD-Hessen fordert die Förderung von Frauen, die sich durch Leistung, Willen und Engagement im  
1290 Beruf durchsetzen können und wollen. Die AfD-Hessen stellt sich entschieden gegen Diskriminierung  
1291 von Frauen im Beruf und auch sonstigen gesellschaftlichen Strukturen. Wenn sich Frauen durch Leistung  
1292 und Kompetenz beweisen, statt quotenbesetzte Stellen aufzufüllen, schwindet auch eine geschlechts-  
1293 spezifische Diskriminierung.

## 1294 7.21 Chancen zugewanderter Frauen

1295 Integration ist keine ausschließliche Bringschuld des Landes, sondern auch eine Holschuld zugewander-  
1296 ter Frauen. Die AfD-Hessen möchte zugewanderten und geflüchteten Frauen gezielt Angebote zum Er-  
1297 lernen der deutschen Sprache unterbreiten. Zudem soll ihnen ein unkomplizierter Zugang zum Arbeits-  
1298 markt bei positiv beschiedenem Asylstatus bemessen an ihrer Qualifikation gewährt werden. Unkom-  
1299 plizierte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen nach sprachlicher Qualifikation sind ebenfalls anzubieten.

1300 Eine adäquate Kinderbetreuung während integrativer Maßnahmen (wie z. B. Deutschkurse) ist zu ge-  
1301 währleisten. Aus- und Fortbildung zum Erlernen eines Berufs sollen mittels angepasstem Betreuungs-  
1302 angebots für Kinder unterstützt werden.

## 1303 7.22 Seniorinnen stärken

1304 Ältere Frauen sind aktuell stärker von Altersarmut bedroht als Männer. Dies resultiert aus der Benach-  
1305 teiligung im Erwerbsleben bzw. einem Dasein als Hausfrau und Mutter und damit einhergehenden nied-  
1306 rigen Rentenansprüchen. Die AfD Hessen möchte durch eine Anpassung der Gehälter und kürzere Aus-  
1307 fallzeiten im Beruf durch attraktive Kinderbetreuungsangebote die Rentenansprüche zukünftiger Gene-  
1308 rationen sukzessive steigern. Das ehrenamtliche Engagement von Seniorinnen (Altenpflege, Hospiz-  
1309 dienst usw.) wird viel zu wenig wertgeschätzt und im Rentenalter entsprechend gewürdigt, obwohl es  
1310 maßgeblich die Lücken im öffentlichen Leben schließt und massiv Ausfälle kompensiert. Die AfD-Hessen  
1311 fordert die Schaffung von Programmen und Maßnahmen, die diese Arbeit entsprechend wertschätzt,  
1312 zum Beispiel durch Aufwandsentschädigungen oder Wegegeld würdigt.

## 1313 7.23 Diskriminierung von Frauen

1314 Die AfD-Hessen möchte die Diskriminierung von Frauen, wie bei jeder Form der Diskriminierung, auf  
1315 allen Ebenen bekämpfen. Im Berufsleben sind soziale Ansprechstellen vorzusehen, die für diskriminierte  
1316 oder von Mobbing betroffene Frauen Anlaufstelle sein können. Herabwürdigende Frauenbilder sowie  
1317 Verunglimpfungen jeder anderen Minderheit in der Öffentlichkeit sind zu verhindern und durch den  
1318 Arbeitgeber / entsprechende Verantwortliche in Führungspositionen zu bekämpfen und zu sanktionie-  
1319 ren.

## 1320 7.24 Gewalt durch Zuwanderung und patriarchale Strukturen

1321 Noch immer leben viele Frauen und Mädchen in patriarchalen Gesellschafts- und Familienverhältnissen  
1322 und erleben Zwang und Gewalt – angefangen bei verbalen Äußerungen, über körperliche Gewalt bis hin  
1323 zu Vergewaltigung und Mord. Die AfD Hessen fordert, dass entsprechende Aufklärungsprogramme in  
1324 Schulen und Vereinen angeboten werden, die einen Schutz vor Diskriminierung und Gewalt, das Recht  
1325 auf ein selbstbestimmtes Leben sowie eine eigene Existenzsicherung zum Ziel haben sollen. Die AfD  
1326 Hessen stellt fest, dass durch verstärkte Zuwanderung in den letzten Jahren nicht nur das Patriarchat  
1327 und veraltete Familienstrukturen den Weg zurück in unsere Gesellschaft gefunden haben, sondern auch  
1328 die Durchführung von Genitalverstümmelung bei Mädchen und Frauen. Hierzu fordert die AfD Hessen,  
1329 dass Präventionskonzepte fortgeführt und weiterentwickelt sowie Ärztinnen und Ärzte verpflichtet wer-  
1330 den, bei Feststellung solcher Verstümmelung, diese an die entsprechenden Behörden zu melden. Die  
1331 AfD Hessen möchte die Aufnahme von Mädchen und Frauen, die sich aus gewaltsamen Familien entzie-  
1332 hen wollen, sicherstellen. Daher ist es wichtig, Frauenhäuser und Interventions- und Beratungsstellen  
1333 baulich zu erneuern und auszubauen sowie weiter zu fördern.

## 1334 7.25 Sexueller Missbrauch

1335 Der sexuelle Missbrauch von Mädchen und weiblichen Jugendlichen ist weiterhin ein Tabuthema. Die  
1336 AfD Hessen fordert eine Verstärkung von Aufklärung und Präventivmaßnahmen, damit die Opfer Gehör  
1337 und vor allem Hilfe finden. Eine Sensibilisierung von Eltern und Erziehern / Lehrern ist zwingend erfor-  
1338 derlich. Dazu wird die AfD Hessen Programme entwickeln, die das Thema allgegenwärtig machen. Zu-  
1339 dem ist es notwendig, dass eine Sensibilisierung der Beratungskräfte im Bereich von sexualisierter Ge-  
1340 walt an behinderten Frauen erfolgt. So bedarf es auch der Förderung und des Ausbaus von Beratungs-  
1341 angeboten für Mädchen, die Opfer von Missbrauch geworden sind.

## 1342 7.26 Landeswohlfahrtsverband Hessen

1343 Der Hessische Landtag beschloss am 7. Mai 1953 das Gesetz über die Mittelstufe der Verwaltung und  
1344 den Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV), heute: Gesetz über den Landeswohlfahrtsverband Hes-  
1345 sen. Ziel war es, einen höheren Kommunalverband zu schaffen, der hessenweit für eine qualitativ gleich-  
1346 wertige Betreuung und Förderung kranker, behinderter und sozial benachteiligter Menschen sorgt. Trä-  
1347 ger des LWV-Hessen sind die Landkreise und kreisfreien Städte. Sitz des LWV-Hessen ist das Ständehaus  
1348 in Kassel. Zwar stellt der LWV durch die von den Landkreisen und kreisfreien Städten bereitgestellte  
1349 LWV-Umlage die qualitativ gleichwertige Betreuung von Menschen mit Behinderung in Hessen sicher,  
1350 aber nur zwischen dem 18. und 65. Lebensjahr. In den ersten 18 Lebensjahren und ab dem 65. Lebens-  
1351 jahr aufwärts sind die jeweiligen Kommunen für die Betreuung der Menschen mit Behinderung zustän-  
1352 dig. Schuld daran ist das in Hessen gewählte Lebensabschnittsmodell. Hat eine Person seit Ihrer Geburt  
1353 eine Einschränkung, macht sie in Ihrer Lebenszeit insgesamt drei Zuständigkeitswechsel mit. Zudem be-  
1354 stehen dadurch Doppelstrukturen und Bürokratieaufwände, die deutlich vereinfacht werden könnten.

1355

1356 Die AfD Hessen fordert:

- 1357 • Das Lebensabschnittsmodell muss in Hessen durch eine Änderung des Durchführungsgesetzes  
1358 im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes beendet werden.
- 1359 • Menschen mit Behinderung sollen dadurch ab Geburt bzw. ab Erwerb der Behinderung, bis zum  
1360 Lebensende durch den LWV aus einer Hand betreut und versorgt werden, denn nur so wird eine  
1361 hessenweit gleichwertige Versorgung und Betreuung von Menschen mit Behinderung sicherge-  
1362 stellt und teure, sowie für die Betroffenen verwirrende Doppelstrukturen vermieden.
- 1363 • In der neugestalteten Verbandsstruktur des LWV-Hessen sollen vermehrt Schwerbehinderte auf  
1364 Führungsebenen eingestellt werden, da diese wissen, wo die wirklichen Sorgen und Nöte sind.

## 1365 7.27 Barrierefreiheit

1366 Die Barrierefreiheit ist in Hessen vielerorts, besonders im öffentlichen Raum, speziell an Bus-, Tram- und  
1367 Bahnhaltstellen nicht gegeben und daher dringend verbesserungswürdig. Eine barrierefreie Umge-  
1368 bung im jeweiligen Wohnviertel ist nicht nur für Menschen mit Einschränkungen wichtig, sondern auch  
1369 für ältere Menschen. Besonders im Alter steigt die Anzahl an Einschränkungen und Behinderungen  
1370 durch Komorbiditäten, sodass auch unsere älteren Mitbürger durch eine verbesserte Barrierefreiheit in  
1371 Hessen in Würde altern können und dabei weiterhin mobil bleiben und am gesellschaftlichen Leben  
1372 besser teilhaben können.

1373 Die AfD Hessen fordert:

- 1374 • Es muss auf Landesebene ein finanzielles Sonderprogramm aufgelegt werden, welches die Kom-  
1375 munen bei der Umsetzung der Barrierefreiheit finanziell maßgeblich unterstützen soll.
- 1376 • Die Mittel sollen aus den von uns vorgeschlagenen, gestrichenen Positionen aus dem Haushalt  
1377 entnommen werden, die vorher maßgeblich für Personen ohne Bleibeperspektive eingeplant  
1378 waren.

## 1379 8 Wirtschaft

### 1380 8.1 Soziale Marktwirtschaft

1381 Die AfD steht für ein Wirtschaftssystem auf der Basis freier und offener Märkte mit funktionierendem  
1382 Wettbewerb. Hierdurch werden die Rahmenbedingungen geschaffen, auf deren Grundlage die Men-  
1383 schen ihre Fähigkeiten entfalten und ihre Bedürfnisse befriedigen können. Freiheit der Wissenschaft

1384 und Freiheit in der wirtschaftlichen Betätigung gehen einher mit einer freiheitlichen, demokratischen  
1385 Staatsverfassung, in der das deutsche Wirtschaftssystem in seiner Ausprägung als Soziale Marktwirt-  
1386 schaft geschaffen wurde. Es hat deutsche Unternehmen in vielen Branchen zu Weltmarktführern ge-  
1387 macht, die Basis für Deutschlands Exportstärke und Leistungsbilanzüberschüsse gelegt und den Bürgern  
1388 Wohlstand und Sicherheit gebracht. Diese bewährte Wirtschaftsordnung, zu der auch der uneinge-  
1389 schränkte Erhalt des Bargeldes gehört, wollen wir bewahren, wiederherstellen und – wo notwendig –  
1390 weiterentwickeln.

## 1391 8.2 Ausgangslage

1392 Hessens Aussichten haben sich in den letzten 5 Jahren deutlich verschlechtert. Die seit 2014 im Amt  
1393 befindliche schwarz-grüne Koalition setzt in vielen wichtigen Politikbereichen die falschen Akzente.

1394 Der demografische Wandel macht sich auf dem Arbeitsmarkt und im Sozialsystem zunehmend bemerk-  
1395 bar: weniger Erwerbstätige und fehlende Fachkräfte einerseits, steigende Rentnerzahlen andererseits.  
1396 Ungedeckte Verpflichtungen aus dem Sozialsystem und die staatliche Verschuldung – auch des Landes  
1397 Hessen – belasten die staatlichen Haushalte insbesondere durch steigende Zinsen. Gleichzeitig ist die  
1398 Infrastruktur vielerorts marode.

1399 Gemäß verschiedener Prognosen wird das Wahljahr 2023 von einer wirtschaftlichen Rezession geprägt  
1400 sein. Die Inflation – in 2022 zwischenzeitlich nahe 10 % und so hoch wie noch nie nach dem 2. Weltkrieg  
1401 – belastet die Verbraucher und den Konsum und macht finanzielle Planungen für Bürger und Unterneh-  
1402 men schwierig bis unmöglich.

1403 Die bereits 2021 und noch stärker 2022 gestiegenen Importpreise für Gas und Erdöl haben die deut-  
1404 schen Außenhandelsüberschüsse nahezu auf null gebracht, so dass der Euroraum eine negative Han-  
1405 delsbilanz hat mit negativen Auswirkungen auf den Außenwert des Euro. Durch den Krieg in der Ukraine  
1406 sind ca. ein Viertel der deutschen Energieimporte ausgefallen. Ersatzlieferquellen, die kurzfristig aufge-  
1407 tan werden konnten, führen zu bis zu verzehnfachten Preisen. Ob die in der Zukunft zur Verfügung ste-  
1408 henden Mengen den Bedarf, insbesondere für den Winter 2023/24 und die Winter darüber hinaus zu  
1409 akzeptablen Preisen decken können, ist nicht sichergestellt.

1410 Möglicher Ersatz, bspw. inländisches Fracking-Gas oder der Weiterbetrieb der sechs 2022 und 2023  
1411 abgeschalteten Kernkraftwerke, wird von der Bundesregierung verworfen. Bürger und Industrie sollen  
1412 mit eigenen Energiesparmaßnahmen die Situation retten, haben aber keine Sicherheit, ob das Gas zum  
1413 Heizen oder für die Produktion von Morgen und Übermorgen reichen wird.

1414 Unsicherheit der Energieverfügbarkeit, Energiekosten, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit ge-  
1415 fährden, eine inflationsgetriebene Zinsspirale und bedrohte Lieferketten: All dies reduziert die Planungs-  
1416 sicherheit für viele Unternehmen und Bürger, sodass Investitionen aufgeschoben oder hierzulande ganz  
1417 gestrichen werden.

1418 Bereits im November 2021 befürchteten 46 % der Teilnehmer einer DIHK-Umfrage den Verlust der  
1419 Wettbewerbsfähigkeit aufgrund bis dahin eingetretener Energiepreisteigerungen, und es kam zu ers-  
1420 ten Produktionseinschränkungen (Düngemittel, Aluminium). Nach Beginn des Ukraine-Krieges haben  
1421 sich die Energiekosten nochmal vervielfacht. Im Herbst 2022 gingen laut einer weiteren Umfrage der  
1422 DIHK nur noch 8 % der beteiligten Unternehmen mit positiven Erwartungen in das Wahljahr 2023. Und  
1423 der Chef des Verbandes der Chemischen Industrie berichtet, dass seine Branche im 3. Quartal 2022  
1424 einen Produktionsrückgang von 10 % zu verzeichnen hatte. Er sieht Deutschland auf dem Weg vom  
1425 Industrieland zum Industriemuseum.

1426 Wenn Produktionsbetriebe der energieintensiven Grundstoffindustrien, bspw. Produzenten diverser  
1427 Chemikalien, von Stahlerzeugnissen oder Papier, wegen untragbarer Energiekosten oder gar Stromab-  
1428 schaltungen wegbrechen, werden ganze Wertschöpfungsketten zerrissen mit weiteren Industrieverlus-  
1429 ten. Wenn durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie schon geschwächte, energieintensive mittel-  
1430 ständische Grundversorger wie Bäcker, Metzger oder auch Gaststätten in ländlichen Gemeinden wegen  
1431 zu hoher Energiepreise aufgeben müssen, verödet das Land in der Fläche.

1432 Deutschland muss sich auf die häuslicheren und sozialen Auswirkungen des demografischen Wan-  
1433 dels vorbereiten und die Schuldenfähigkeit durch eine kleiner werdende Erwerbsbevölkerung si-  
1434 cherstellen. Gleichzeitig eine unnötige und –was die Zielerreichbarkeit angeht– unsichere Energiewende  
1435 durchzuführen, die Industrieanlagen und Energie-Infrastruktur in mehrstelliger Milliardenhöhe entwer-  
1436 tet und ebenso teure Ersatzbeschaffungen erfordert, fügt dem Land aus unserer Sicht einen nicht zu  
1437 rechtfertigenden Schaden zu.

### 1438 **8.3 Sicherstellung Energieversorgung**

1439 Sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene wird in letzter Zeit die Energiewende forciert. Die Energie-  
1440 wende erfordert immense Investitionen, die preistreibend sind und durch Wirtschaft und Gesellschaft  
1441 getragen werden müssen. Insbesondere durch die Maßnahmen während der Corona-Pandemie, die die  
1442 Wirtschaft schwer belastet haben, halten wir einen weiteren finanziellen Kraftakt für ökonomisch fatal.  
1443 Wir als AfD Hessen setzen uns deshalb dafür ein, marktverzerrende Eingriffe zur Durchsetzung der Ener-  
1444 giewende grundsätzlich und gerade in der derzeitigen Krisensituation zu unterlassen.

1445 Um Strukturbrüche in Industrie und Mittelstand sowie Wohlstandsverluste bei den Bürgern zu verhinder-  
1446 n, halten wir es für die wichtigste Aufgabe der künftigen Landesregierung, für eine sichere Energie-  
1447 und Stromversorgung zu international konkurrenzfähigen Preisen zu sorgen. Zunächst ist sicherzustellen,  
1448 dass keine Ausstiegsbeschlüsse gefasst und keine Ausstiegstermine festgelegt werden, bevor nicht  
1449 Alternativquellen für die wegfallenden Energieressourcen garantiert sind. Das Land in eine Energieman-  
1450 gelsituation zu führen, wie geschehen, halten wir für grob fahrlässig. Die Landesregierung muss sich  
1451 deshalb dafür einsetzen, dass derartige Beschlüsse rückgängig gemacht werden. Hierzu ist der hessische  
1452 Einfluss insbesondere auf Bundesebene auszuüben, wo die auf diesem Gebiet wichtigsten Entscheidungen  
1453 gefällt werden.

1454 In Hessen will sich die AfD für den Erhalt und die Eingliederung in das Versorgungsnetz der bestehenden  
1455 oder auch neu gebauter Kraftwerke einsetzen (Gaskraftwerk Biblis).

### 1456 **8.4 Freier Wettbewerb**

1457 Zur Erzielung optimaler wirtschaftlicher Ergebnisse sieht die AfD einen funktionierenden Wettbewerb  
1458 als unverzichtbar an. Nur so können marktbeherrschende Stellungen und damit auch deren Missbrauch  
1459 systeminhärent verhindert werden. Die AfD Hessen wird deshalb auf eine aufgabenadäquate Ausstat-  
1460 tung der Landeskartellbehörde achten und das eingesetzte Instrumentarium überprüfen.

1461 Von Relevanz für einen fairen Wettbewerb auf den Märkten ist auch die wirtschaftliche Tätigkeit der  
1462 öffentlichen Hand. Die hessische Gemeindeordnung setzt den Städten und Gemeinden hier enge Gren-  
1463 zen. Diese Grenzen werden durch ausgelagerte kommunale Wohnungsgesellschaften, Tourismusförde-  
1464 rung, Großküchen und diverse andere wirtschaftliche Aktivitäten von Gebietskörperschaften ausgereizt,  
1465 wenn nicht überschritten. Das Subsidiaritätsprinzip und der Wettbewerbsgedanke werden damit zu Las-  
1466 ten der Steuerzahler verletzt. Die AfD Hessen wird sich dafür einsetzen, dass die Regelungen der HGO  
1467 zur Begrenzung staatlicher Wirtschaftstätigkeit strikt eingehalten werden.

## 1468 **8.5 Keine Planwirtschaft 2.0**

1469 Der Staat reglementiert und schränkt die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln immer  
1470 mehr ein. Der Modebegriff der „Nachhaltigkeit“ wird missbraucht, um die gesamte Wirtschaft mit den  
1471 Bürokratiemonstern namens „EU-Taxonomie“ und „Corporate Sustainability Reporting Directive  
1472 (CSRD)“ zu überziehen. Diese EU-Gesetzvorgaben befinden sich gerade in der Umsetzung und werden  
1473 in Verbindung mit dem Trojanischen Pferd der „sustainable finance“ bzw. „nachhaltigen Finanzwirt-  
1474 schaft“ schon sehr bald jedes Unternehmen betreffen, das auf Fremd- oder Eigenkapital angewiesen ist  
1475 oder Geschäftsbeziehung zu Unternehmen unterhält, die diesen Regeln unterworfen sind.

1476 Der Wirtschaft sollen umfangreiche Vorschriften und Berichtspflichten über soziale und umwelt- und  
1477 klimaschutzspezifische Kennwerte auferlegt werden, die die Vorschriften des Sozial- und Arbeitsrechts  
1478 sowie die Umweltschutzgesetzgebung überlagern und über diese hinausgehen.

1479 Durch die Taxonomie soll jede wirtschaftliche Tätigkeit auf einer Nachhaltigkeitskala bewertet werden,  
1480 um so zunächst alle Großunternehmen und perspektivisch jedes Unternehmen insgesamt mit einem  
1481 „Nachhaltigkeits-Score“ zu bewerten. Dieser entscheidet vorerst über die Finanzierungskosten und zu-  
1482 künftig darüber, ob überhaupt Kredite verfügbar sind oder nicht. Es gibt bereits Begehrlichkeiten, dieses  
1483 Instrumentarium um zusätzliche Kriterien zu erweitern, beispielsweise soziale. Der Staat maßt sich an,  
1484 zwischen „guten“ und „bösen“ Unternehmen zu unterscheiden und errichtet quasi ein „Sozialkreditsys-  
1485 tem“ für Unternehmen.

1486 Unternehmen und Unternehmer, die sich diesem technokratischen Nachhaltigkeitsregime nicht unter-  
1487 werfen, erfahren dadurch so starke Wettbewerbsnachteile, dass sie aus dem Markt gedrängt werden.  
1488 Für den Erfolg eines Unternehmens kommt es dann immer weniger auf Produktqualität, Kundenzufrie-  
1489 denheit und Innovativität an, sondern auf Prozesskonformität, Optimierung von Fördermitteln und  
1490 staatlich vergünstigte Finanzierungen.

1491 Auch wenn keine unmittelbare Einflussnahme oder Kommandowirtschaft vorliegt, entsteht in der  
1492 Summe ein umfassender Anreizmechanismus, der die Unternehmen in eine staatlich gewünschte Rich-  
1493 tung lenkt. Es droht eine Planwirtschaft 2.0 mit all den zu erwartenden Wohlstandsverlusten. Um den  
1494 negativen Effekten der Markteingriffe entgegenzuwirken, werden weitere staatliche Maßnahmen nötig.  
1495 Letztlich entwickelt sich daraus eine „Todesspirale des Sozialismus“!

1496 Die AfD Hessen tritt der EU-Taxonomie entgegen und lehnt die ausufernde Berichtsbürokratie, wie sie  
1497 durch die Corporate Sustainability Reporting Directive erzwungen werden soll, ab.

## 1498 **8.6 Bürokratie abbauen**

1499 Deutschland hat – gemessen am Energieverbrauch pro-erzeugter Einheit des Bruttosozialproduktes –  
1500 noch eine der effizientesten Industrien weltweit. Bei der inzwischen ausufernden Bürokratie, den viel-  
1501 fältigen Regulierungen und dem Personalumfang der beteiligten Behörden kann man auf Staatsseite  
1502 von Effizienz nicht mehr sprechen. Hierdurch wird auch die Standortqualität beeinträchtigt. Die AfD will  
1503 sich für ein investitions- und innovationsförderndes wirtschaftliches Umfeld einsetzen. Deshalb wollen  
1504 wir auf breiter Front deregulieren und Bürokratien abbauen. Rund 90.000 Vorschriften und Gesetze  
1505 verursachen in Deutschland ca. 45 Mrd. Euro Kosten pro Jahr. Dies belastet insbesondere kleine sowie  
1506 mittelständische Unternehmen und begünstigt Unternehmenskonzentrationen.

1507 Nicht zuletzt der demografische Wandel erfordert es, dass die Behörden effizienter werden und sich auf  
1508 das Wesentliche konzentrieren. Verwaltungsvorschriften und Gesetze müssen hinsichtlich Sinnhaf-  
1509 tigkeit, Kosten und Nutzen auf den Prüfstand gestellt und ggf. ersatzlos abgeschafft werden. Dies ist aus  
1510 unserer Sicht der erste Schritt bei der Digitalisierung, die dann kostengünstiger umgesetzt werden kann.  
1511 Weiterhin wollen wir kleinere Betriebe von Berichtspflichten, statistischen Auskunftsvorschriften und



1512 einengenden arbeitsrechtlichen Vorschriften entlasten. Hierzu wollen wir in Hessen Initiativen ergreifen  
1513 und unseren Einfluss auf Bundesebene geltend machen.

1514 Der Abbau der Bürokratie kann auch zu einer schlankeren Verwaltung beitragen und damit die hessi-  
1515 schen Haushalte entlasten. Von 2010 bis 2020 ist die Anzahl der Landesbediensteten um ca. 7 % auf  
1516 knapp 125.000 Beschäftigte gestiegen. Auf Gemeindeebene ist der Personalzuwachs noch stärker. Im  
1517 Hinblick auf die demografische Entwicklung strebt die AfD Hessen eine Umkehr dieser Entwicklung an.

## 1518 **8.7 Bedarfsgerechte Ausbildung**

1519 Der demographische Wandel reduziert nicht nur den Bevölkerungsanteil im arbeitsfähigen Alter. Er  
1520 führt auch zu einer Bedarfsverschiebung, was die Beschäftigtenzahlen in den verschiedenen Branchen  
1521 angeht. Vom Mangel an Handwerkern und insbesondere seit Corona vom Mangel an Pflegekräften wird  
1522 immer wieder berichtet. Seit Jahren wird von der Politik dagegen eine einseitige Fokussierung auf aka-  
1523 demische Ausbildungsgänge gelegt. Die Quote der Studienanfänger eines Jahrganges lag vor Corona  
1524 dann auch jahrelang auf historischen Höchstständen. Die AfD will die einseitige Favorisierung akademi-  
1525 scher Ausbildungsgänge beenden und das gesellschaftliche Ansehen nicht-akademischer Ausbildungs-  
1526 gänge stärken.

## 1527 **8.8 Dem Handwerk Zukunft geben**

1528 Der demografische Wandel mit den Bedürfnissen einer immer älter werdenden Gesellschaft und einem  
1529 steigenden Gesundheitsbewusstsein, die Entwicklung in Informations- und Kommunikationstechnolo-  
1530 gien sowie die Anforderungen an den Umweltschutz bieten dem Handwerk auch in Zukunft den oft  
1531 zitierten „goldenen Boden“.

1532 Materialengpässe, Arbeitskräftemangel, Nachfolge-Probleme in Betrieben und hohe Energiekosten ma-  
1533 chen insbesondere kleinen Unternehmen zu schaffen. Die Politik ist hier nicht nur gefordert, gedeihliche  
1534 Rahmenbedingungen für eine stabile, sichere Ertragslage zu schaffen, sondern auch die Perspektivlosig-  
1535 keit theoretischer universitärer Ausbildungsgänge aufzuzeigen, hinter denen keine adäquaten Berufs-  
1536 aussichten stehen.

1537 Die AfD setzt sich insbesondere dafür ein, dass beruflicher dualer Ausbildung die gleiche Wertschätzung  
1538 entgegengebracht wird wie einem akademischen Abschluss.

# 1539 **9 Verkehr, Wohnen und Infrastruktur**

## 1540 **9.1 Verkehr**

### 1541 **9.1.1 Individualverkehr bedeutet Freiheit**

1542 • Die Sicherstellung der individuellen Mobilität aller Bürger mit einem zukunftsfähigen Verkehrs-  
1543 konzept, das die Ausgewogenheit persönlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Interessen in  
1544 den Vordergrund stellt, ist das Kernanliegen der AfD Hessen. Die freie Wahl des Verkehrsmittels  
1545 ist für uns ein fundamentales Bürgerrecht.

1546 • Verbrennungsmotoren werden aufgrund ihrer Energiedichte noch über Jahrzehnte die Haupt-  
1547 quelle für Antriebskonzepte im Individualverkehr bleiben. Technologieoffen heißt für uns, dass  
1548 der Bürger mit seinen Mobilitätserfordernissen über die für ihn optimale Antriebsform ent-  
1549 scheidet und nicht der Staat.

1550 • Um dem Verkehrsaufkommen im Transitland Hessen zukunftssicher gerecht zu werden, fordern  
1551 wir den bedarfsgerechten Ausbau der Hauptverkehrsachsen A3, A45, A5 und A7 auf 6 Spuren  
1552 und in der Metropolregion Rhein-Main die A3 und A5 auf 8 Spuren.

1553 • Ein generelles Tempolimit auf den Bundesautobahnen lehnen wir genauso ab wie generelles

- 1554 Tempo 30 im innerstädtischen Bereich. Beide Verbote bringen nachweislich weder eine Reduk-  
1555 tion der Verkehrsunfälle noch eine nennenswerte Verringerung der Schadstoffe.
- 1556 • Der im Bundesverkehrswegeplan vorgesehene Ausbau der Bundesstraßen in Hessen ist zügig  
1557 umzusetzen. Die seit Jahren und Jahrzehnten geplanten Ortsumgehungen müssen umgehend  
1558 realisiert werden, um die vielen Staus und Umleitungen zu reduzieren und die Anwohner vor  
1559 Lärm und Schadstoffen zu schützen.
  - 1560 • Die zunehmende Aussperrung des Autos aus Hessens Innenstädten sehen wir als wirtschafts-  
1561 schädlich an. Wir sind gegen eine City-Maut und fordern die Reduzierung der Parkgebühren,  
1562 damit der Einzelhandel, die Gastronomie und andere Dienstleistungsgewerbe gefördert wer-  
1563 den. Der breitangelegte Umbau von Autofahrspuren in Fahrradwege in Hessens Städten muss  
1564 auf den Hauptverkehrsachsen umgehend gestoppt werden, in einzelnen Fällen rückgängig ge-  
1565 macht.
  - 1566 • Eine smarte Verkehrssteuerung durch elektronische Leitsysteme und Ampelanlagen soll den  
1567 Verkehrsfluss in Hessens Kommunen wieder zum Laufen bringen. Vollsperrungen und Baustel-  
1568 len müssen zeitlich gestrafft werden, damit der Verkehr möglichst wenig behindert wird.
  - 1569 • Jede Art von Fahrverbot ist mit einer freiheitlichen Verkehrspolitik nicht vereinbar. Deshalb  
1570 sprechen wir uns entschieden gegen Diesel- oder Motorradfahrverbote aus.
  - 1571 • Wir befürworten Radschnellwege entlang bestehender Bundesstraßen. Bei der Planung sind die  
1572 Baukosten in ein sinnvolles Verhältnis zum tatsächlich zu erwartenden Verkehr zu setzen.
  - 1573 • Fußgänger sind die zweitgrößte Gruppe im Individualverkehr. Sie sind durch eine abgestimmte  
1574 Planung und Durchführung von Fußgängerpassagen und Fahrradwegen vor den Gefahren eines  
1575 zunehmenden Radverkehrs konfliktfrei zu schützen.
  - 1576 • Die bessere Steuerung des Lkw-Güterverkehrs als wichtige logistische Komponente des Indust-  
1577 riestandortes Hessen hat eine hohe Priorität für uns, denn der Onlinehandel und die Überlas-  
1578 tung des Schienenverkehrs werden zukünftig für einen ansteigenden Güterverkehr auf der  
1579 Straße sorgen.
  - 1580 • Wir fordern ein Überholverbot für Lkws mit mehr als 7,5 Tonnen zwischen 6 und 22 Uhr auf  
1581 allen zweispurigen Autobahnen, um die Anzahl schwerer Verkehrsunfälle, die durch Lkws ver-  
1582 ursacht werden, zu verringern.
  - 1583 • Lkw-Fahrer müssen entlastet werden, indem sie bei Bedarf die notwendigen Ruhezeiten auch  
1584 tatsächlich einhalten können. Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir den schnellen Aus- und  
1585 Neubau von Autobahnraststätten und Parkplätzen mit einer dynamischen Parkplatzsteuerung  
1586 und entsprechenden elektronischen Anzeigetafeln.

### 1587 9.1.2 Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

1588 Dem ÖPNV kommt eine besondere Rolle zu, um die Anbindung ländlicher Regionen an die Ballungsge-  
1589 biete zu gewährleisten und den Siedlungsdruck unter anderem auf die Metropolregion Rhein-Main zu  
1590 reduzieren.

1591 Durch Ausbau zusätzlicher Schienentrassen und die Anschaffung weiterer Züge soll eine kürzere Taktung  
1592 im Fahrplan ermöglicht werden.

- 1593 • Zur Stärkung und Finanzierung der Infrastruktur ist es wichtig, dass die Verkehrsverbünde min-  
1594 destens zu 50 % kostendeckend arbeiten.
- 1595 • Die Reaktivierung ehemals stillgelegter Bahnstrecken im Regionalverkehr ist eine Option, falls  
1596 eine tägliche Auslastung von 20.000 Fahrgästen sichergestellt werden kann und falls die Reak-  
1597 tivierung der besseren Anbindung einer ländlichen Region an hessische Städte dient. Aus dem  
1598 gleichen Grund fordern wir den Ausbau des Busnetzes und der Ruftaxen.
- 1599 • Eine ökologisch sinnvolle Trendwende mit einer zunehmenden Verlagerung des Güterverkehrs



1600 auf die Schiene ist aufgrund der inzwischen sehr begrenzten Kapazitäten des hessischen Schie-  
1601 nennetzes, auch aus Sicht der Fachverbände, auf Jahre hinaus unrealistisch. Deshalb ist auch  
1602 hier eine Infrastrukturoffensive für einen Ausbau des Schienennetzes notwendig.

1603 • Wir befürworten das Ziel, den gesamten Bahnverkehr zu digitalisieren, um die optimalen Zug-  
1604 verbindungen digital zu steuern. Der im Bundesverkehrswegeplan genannte Deutschlandtakt  
1605 2030 und der geplante Frankfurter Fernbahnhof werden von uns unterstützt.

### 1606 9.1.3 Luftverkehr

1607 Wir möchten den Frankfurter Flughafen im internationalen Wettbewerb zu anderen europäischen  
1608 Drehkreuzen durch mehr Investitionen und attraktive Verkehrsanbindungen stärken. Der Flughafen soll  
1609 durch Modernisierung und den zügigen Ausbau des Terminal 3 bedarfsgerecht erweitert werden.

1610 Wir sind der Auffassung, dass mit dem Nachtflugverbot zwischen 23 und 5 Uhr ein guter Ausgleich wirt-  
1611 schaftlicher und umweltpolitischer Interessen getroffen wurde.

1612 In Richtung EU fordern wir bei den geplanten exzessiven Steuern und Abgaben im Rahmen von „Fit for  
1613 55“, die eine zusätzliche Belastung des deutschen Luftverkehrs von 20 Milliarden Euro bis 2035 mit sich  
1614 bringen, eine Entlastung von Fraport und Lufthansa.

### 1615 9.1.4 Schifffahrt

1616 Mit Rhein und Main fließen zwei für die Güterschifffahrt bedeutende Flüsse durch Hessen. Für Schütt-  
1617 gut, Gas, Öl und andere Güter ist die Schifffahrt das bevorzugte Transportmittel. Der Vorteil einer gut  
1618 ausgebauten Binnenschifffahrt soll durch entsprechende Investitionen in Zukunft stärker gefördert wer-  
1619 den. Der Ausbau und die Ertüchtigung der Umschlagterminals des kombinierten Verkehrs in Frankfurt  
1620 am Main und dem angrenzenden Mainz, ist in der Verzahnung zum Verkehrsträger Wasserwege zu for-  
1621 cieren.

## 1622 9.2 Bauen und Wohnen

1623 In Deutschland ist trotz teilweise leerem Leerstand in vielen Städten der Wohnungsmarkt sehr angespannt.  
1624 Hauptursachen sind fehlender Wohnungsneubau, Landflucht, die zunehmende Zahl der Ein-Personen-  
1625 Haushalte, sowie die ungezügelter und gesetzeswidriger Migration. Für untere und mittlere Einkommens-  
1626 gruppen ist es in angespannten Märkten zusehends schwierig, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

### 1627 9.2.1 Miet- und Preisstabilität durch Ausweitung des Angebotes

1628 Wenn in Teilmärkten die Nachfrage das Angebot bei Weitem übertrifft, kann zur Lösung der preis- und  
1629 mieten-treibenden Übernachfrage nur die Ausweitung des Wohnungsangebotes helfen. Hierzu benöti-  
1630 gen wir mehr bedarfsgerechten Neubau und dazu wiederum die beschleunigte Ausweisung von Bauland  
1631 und Schaffung von Baurecht. Aber nicht nur Bauland ist ein begrenzender Faktor. Die Möglichkeiten,  
1632 Baumaterialien zu beschaffen, wie z. B. Kies, sind genauso zu erweitern, wie die Möglichkeiten, Bau-  
1633 schutt zu entsorgen. Hier muss der Staat umgehend für Abhilfe durch beschleunigte Genehmigungen  
1634 sorgen.

### 1635 9.2.2 Senkung der Kosten

1636 Für breite Schichten werden Wohnungen nur erschwinglich, wenn neben dem Marktausgleich auch die  
1637 Kosten des Wohnens gesenkt werden. Die Baukosten müssen durch eine bedarfsgerechte Senkung der  
1638 völlig überzogenen Standards und Vorgaben reduziert werden.

1639 • Die AfD Hessen fordert die sogenannte CO<sub>2</sub>-Steuer ersatzlos zu streichen und den geforderten  
1640 Brand-, den Wärme- und den Schallschutz auf ein notwendiges Mindestmaß zurückzuführen.

1641 • Kosteneinsparpotenziale ergeben sich auch durch Standardisierung. Daher fordert die AfD Hes-

1642 sen eine bundesweite Vereinfachung und Vereinheitlichung des Baurechtes. Die Beschleunigung von Verfahren trägt ebenfalls zur Kostenreduktion bei. Hierfür muss Bürokratie abgebaut und die Digitalisierung bei den Genehmigungsprozessen ausgebaut werden.

1645 • Die Grunderwerbsteuer ist eine Immobiliensteuer, die es vielen Bürgern erschwert, nach Bedarf die Wohnform und den Wohnort zu wechseln, da mit jedem neuen Wohnungskauf diese Steuer anfällt. Die AfD fordert daher die ersatzlose Streichung dieser Steuer auf selbstgenutzte Wohngrundstücke, Häuser und Wohnungen. Maklergebühren sollen in Zukunft wie bei der Miete auch beim Kauf durch den Verkäufer getragen werden.

1650 • Die Grundsteuer belastet Mieter und Eigentümer. Sie ist eine Substanzsteuer, die ersatzlos zu streichen ist. Den Kommunen ist dafür ein Ausgleich zu verschaffen.

1652 • Viele Gemeinden und Städte können sich keinen Wohnungsneubau mehr leisten, weil damit der Bau und Betrieb von Kindergärten, Schulen und Straßen verbunden ist. Hier muss das Land für Entlastung sorgen.

### 1655 9.2.3 Freiheit durch Eigentum

1656 Wohneigentum befreit den Bürger von Mietzahlungen. Es trägt zum Vermögensaufbau bei. Es minimiert die Belastung durch den Faktor Wohnen im Alter. Die AfD will die Schaffung von Wohneigentum durch folgende Maßnahmen fördern:

1659 • Staatliche und kommunale Wohnungsunternehmen sollen dazu verpflichtet werden, ihre Wohnungsbestände der Mieterprivatisierung zuzuführen. Jeder Mieter soll das Recht erhalten, auf Grundlage noch zu definierender Rahmenbedingungen, die von ihm bewohnte Wohnung zu erwerben.

1663 • Einheimische sind in prosperierenden Ballungsräumen einem großen Wettbewerb durch auswärtige Konkurrenz um Wohnraum ausgesetzt. Dieser Entwicklung soll durch die Bevorzugung von Einheimischen bei der Vergabe von Grundstücken und Wohnungen nach dem Einheimischen-Modell entgegengewirkt werden.

1667 • Insbesondere für junge Familien bietet das Erbbaurecht einen Einstieg in das eigene Heim, da das Grundstück nicht gekauft werden muss und so die Anfangsbelastung minimiert wird.

1669 • Wohnungsbaugenossenschaften bieten breiten Schichten der Bevölkerung einen Einstieg in das Wohnungseigentum an. Daher sollen diese bei der Vergabe von Wohnbauland bevorzugt werden.

### 1672 9.2.4 Menschen statt Steine fördern

1673 Es ist unmöglich, den steigenden Wohnungsbedarf mit Sozialwohnungen zu decken. Der „Soziale“ Wohnungsbau führt zu Fehlbelegungen, da ein großer Teil der Bewohner im Laufe der Zeit nicht mehr anspruchsberechtigt ist. Wegen dieser Fehlbelegung und mangels ausreichender Sozialwohnungen ist die Mehrzahl der tatsächlich Anspruchsberechtigten unterversorgt.

1677 • Es ist daher viel sinnvoller, einkommensschwache Mieter bedarfsgerecht mit Wohngeld zu fördern. Die Förderung erfolgt hier nur solange die Bedürftigkeit besteht. So gibt es keine Fehlbelegung und die soziale Durchmischung ist gewährleistet. In Märkten, in denen das Wohngeld nicht ausreicht, um sich eine Wohnung zu sichern, ist den Bürgern zusätzlich ein Kommunales Wohngeld zu zahlen.

1682 • Bestimmte Problemstellungen lassen sich nicht mit marktwirtschaftlichen Mitteln lösen. Diese erfordern spezielle Lösungen. Belegrechte, die Städte von Wohnungsanbietern erwerben, können hier einen wesentlichen Beitrag leisten. Personengruppen, die trotz Wohngeld keine Wohnung finden, können somit mit Wohnraum versorgt werden.

1686 • Über Jahrzehnte hat der Staat zum Schaden der Bürger in den Wohnungsmarkt eingegriffen. Nun wird vermehrt versucht, dieses Staatsversagen durch weitere Regulierungen zu heilen, was

1688 aber nur zu noch mehr Versagen eines ohne staatliche Eingriffe funktionierenden Wohnungs-  
1689 marktes beiträgt. Die AfD lehnt daher Überregulierungen wie Mietpreisbremsen, Mietendeckel  
1690 und Privatisierungsverbote ab.

### 1691 9.3 Ländlicher Raum

1692 Der ländliche Raum umfasst ca. 80 % der Fläche Hessens, hier wohnt rund die Hälfte aller Hessen. Auf  
1693 dem Land bestehen noch gesunde Strukturen und ein starkes Heimatgefühl. Im ländlichen Raum gibt es  
1694 aber auch verstärkt Probleme, der sich die Politik aktiv annehmen muss, wenn man diese Strukturen  
1695 erhalten will.

1696 Die ländliche Bevölkerung wandert vermehrt in städtische Gebiete ab, da hier – insbesondere für gut  
1697 ausgebildete Arbeitskräfte – eine größere Attraktivität an Kultureinrichtungen, Bildungsmöglichkeiten  
1698 und Freizeitangeboten besteht. Die Politik muss daher dafür sorgen, dass zumindest alle anderen Rah-  
1699 menbedingungen für Unternehmen und für Bürger im ländlichen Raum optimiert sind.

#### 1700 9.3.1 Infrastruktur

1701 Für eine wissensbasierte Wirtschaft und Gesellschaft sind Kommunikationskanäle auf dem neuesten  
1702 Stand unabdingbar. Dies betrifft sowohl den Breitbandausbau wie auch die Mobilfunknetze. Gleiches  
1703 gilt für die Verkehrsinfrastruktur. Der öffentliche Nah- und Fernverkehr ist besser zu vernetzen und zu  
1704 takten. Neue Mobilitätsformen wie Ruftaxen sind zu prüfen. Lücken im Autobahnnetz sind flächende-  
1705 ckend zu schließen, Bundesstraßen bedarfsgerecht auszubauen.

#### 1706 9.3.2 Dienstleistungen

1707 Nicht jedes Dorf oder jede Kleinstadt kann sich eine komplette, soziale Infrastruktur leisten. Es gibt aber  
1708 heutzutage Möglichkeiten, diese Infrastruktur mobil anzubieten. Finanzdienstleistungen, Lebensmittel-  
1709 lieferungen oder selbst Büchereien können so zu den Bürgern kommen.

1710 Krankenhäuser sind in der Fläche nicht ausgelastet. Moderne Medizin benötigt eine höhere Spezialisie-  
1711 rung, um qualitativ hochwertige Leistungen erbringen zu können. Daher wird man sich auf medizinische  
1712 Zentren vor Ort beschränken, um von hieraus Notfälle zu bedienen und ansonsten an spezialisierte Kli-  
1713 niken weiterzuleiten.

1714 Schulen und Kindergärten sind, wenn irgend möglich vor Ort zu belassen, da hierauf die Zukunft des  
1715 ländlichen Raumes aufbaut. Dabei sind bestehende Normen wie Klassengrößen in Frage zu stellen. Lie-  
1716 ber eine Zwergschule im Ort als eine Normschule in weiter Entfernung.

1717 Auch über Neuansiedlungen ist nachzudenken. Dies können Verlegungen staatlicher Einrichtungen sein,  
1718 wie auch Neugründungen oder Auslagerungen von Universitäten oder deren Fachbereichen.

#### 1719 9.3.3 Baurecht

1720 Auch kulturelle Einrichtungen, wozu im ländlichen Raum z. B. auch ein Wirtshaus als Treffpunkt zählt,  
1721 müssen nach Möglichkeit erhalten bleiben. Aufgrund von überbordenden Brandschutzanforderungen  
1722 erleben wir seit Jahren ein Wirtshaussterben. Der soziale Mittelpunkt für das Gemeinschaftsleben fällt  
1723 so weg.

1724 Aber nicht nur Wirtshäuser, sondern ganze Altstadtkerne leiden unter einem überzogenen Denkmal-  
1725 und Brandschutz, der die Sanierung und den Erhalt dieser Gebäude unwirtschaftlich macht. Hier muss  
1726 durch größere Flexibilität Abhilfe geschaffen werden.

#### 1727 9.3.4 Heimat

1728 Der ländliche Raum ist durch eine hohe Selbstverantwortung und Selbstorganisation seiner Bürger ge-  
1729 prägt. Diese geschieht in Nachbarschaften, Vereinen, Kirchen oder anderen Organisationen wie der Feu-  
1730 erwehr.

1731 Sie errichten Bildungs- und Kultureinrichtungen und halten bestehende Strukturen aufrecht. Dafür brau-  
1732 chen sie Unterstützung und Rückhalt durch die Politik. Was sie nicht brauchen, sind immer neue Ein-  
1733 schränkungen und Vorgaben. Nur wenn das Heimatgefühl stärker ist als die Anziehungskräfte urbaner  
1734 Räume, werden die Menschen weiter im ländlichen Raum wohnen wollen. Daher gilt es, dieses Gefühl  
1735 durch die genannten Maßnahmen zu stärken.

### 1736 10 Klima, Energie und Digitalisierung

#### 1737 10.1 Klima- und Energiepolitik

1738 Unterbrechungsfreie und jederzeit verfügbare Energie zu international konkurrenzfähigen Preisen ist  
1739 essentiell für ein hochentwickeltes Industrieland. Hiervon hängen die Arbeitsplätze ab, welche sowohl  
1740 für den Wohlstands des Landes, als auch für die Sicherung des Renten- und Sozialsystems überlebens-  
1741 notwendig sind. Die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung der erforderlichen Energie muss die  
1742 Regierung schaffen. Diese Bedingungen haben sich an den Regeln der Marktwirtschaft zu orientieren  
1743 und nicht an ideologischen Verirrungen.

##### 1744 10.1.1 Kein Grund für Alarmismus beim Klimawandel

1745 Das Klima wandelt sich seitdem es die Erde gibt. So gab es in der Erdgeschichte Phasen mit höheren  
1746 CO<sub>2</sub>-Konzentrationen und niedrigeren Temperaturen und Phasen mit niedrigeren CO<sub>2</sub>-Konzentrationen  
1747 und höheren Temperaturen als heute. Gut ging es den Menschen insbesondere in den wärmeren Pha-  
1748 sen.

1749 Die zunehmende Inanspruchnahme der Natur durch den Menschen – Besiedlung, Kultivierung und Ur-  
1750 banisierung – bleibt nicht ohne Einfluss auf das Wetter und die aggregierte statistische Ansammlung  
1751 der Wetterdaten, die als „Klima“ bezeichnet wird. Trotzdem ist der Mensch und sein anthropogener  
1752 Einfluss auf die Umwelt nicht der einzige Einflussfaktor auf die Klimaentwicklung, welche von der Wis-  
1753 senschaft noch keineswegs vollständig verstanden wird.

1754 Die These, dass es insbesondere das durch Verbrennung entstehende CO<sub>2</sub> ist, welches die seit 150 Jah-  
1755 ren zu beobachtende Erwärmung verursacht, beherrscht die Politik. Diese, von vielen Klimawissen-  
1756 schaftlern bestrittene These ist für die Politik die Begründung, die Basis der industriellen Entwicklung  
1757 und des Wohlstandes auf der Welt, nämlich den Verbrauch von Gas, Kohle und Erdöl, durch staatliche  
1758 Maßnahmen – z.B. willkürliche Festsetzung von Grenzwerten und Preisverteuerungen – zurückzudrän-  
1759 gen. Der von der Politik eingeschlagene Weg führt dazu, dass eine sichere und kostengünstige Energie-  
1760 versorgung für Industrie und Privatverbraucher in naher Zukunft unmöglich wird.

1761 CO<sub>2</sub> ist kein Schadstoff, sondern ein lebensnotwendiges Spurengas mit einem Volumenanteil von 0,04%  
1762 der Erdatmosphäre. Ohne CO<sub>2</sub> gäbe es keine Photosynthese und somit auch keine Pflanzen- und Tier-  
1763 welt wie wir sie kennen. Weiterhin ist wissenschaftlich unumstritten, dass der menschliche Anteil am  
1764 globalen CO<sub>2</sub>-Umsatz in der Atmosphäre nur ca. 3 Prozent beträgt. Daher ist es auch nicht wissenschaft-  
1765 lich gesichert, dass die menschlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich für den Wandel des Klimas sind,  
1766 auch wenn immer wieder das Gegenteil behauptet wird.

1767 Wir lehnen daher den sogenannten "Klimaschutz" ab und befürworten sinnvolle Maßnahmen zur Kli-  
1768 mawandelanpassung und -resilienz. Gerade weil der Klimawandel in Teilen der Welt sehr destruktive  
1769 Auswirkungen hat, dürfen wir nicht länger Geld für sinn- und wirkungslosen "Klimaschutz" ausgeben.

1770 Nicht das Klima muss geschützt werden, sondern die Betroffenen – und zwar vor Ort!

1771 Die AfD Hessen fordert daher:

1772 • Ein Ende von unwirtschaftlichen und wirkungslosen Klimaschutzmaßnahmen.

1773 • Stattdessen Hilfen zur Anpassung an den Klimawandel für Betroffene.

1774 • Weniger Ideologie und mehr Wissenschaft im Klima-Diskurs.

### 1775 10.1.2 Die „Energiewende“ ist gescheitert - wir brauchen ein Ende der Wende

1776 Obwohl Kernenergie und Gas in der Taxonomie der EU gerade als „nachhaltige Technologien“ eingestuft  
1777 wurden, sieht die sogenannte „Energiewende“ vor, keine nuklearen oder fossilen Energieträger - also  
1778 Kohle, Gas oder Erdöl - mehr zur Energieversorgung einzusetzen. CO<sub>2</sub>-haltige Energieträger sollen durch  
1779 „erneuerbare Stromerzeuger“ wie Solaranlagen, Windkraftanlagen, Biomasse oder Wasserkraft etc. er-  
1780 setzt. Stromerzeugung aus fossilen Quellen und Kernkraft kann derzeit jedoch nicht ersetzt werden,  
1781 zumal der Strombedarf, beispielsweise durch Elektromobilität oder den Einsatz von Wärmepumpen,  
1782 deren vermehrten Einsatz die AfD kritisch sieht, deutlich steigen wird (Stichwort Sektorkopplung).

1783

1784 Von den „erneuerbaren Energien“ liefern insbesondere Solar- und Windkraftanlagen stark schwan-  
1785 kende Stromeinspeisung. So verachtfacht sich die Einspeiseleistung einer Windkraftanlage bei einer Ver-  
1786 doppelung der Windgeschwindigkeit. Nachts, wenn es bewölkt ist oder kein Wind weht, wird nichts  
1787 produziert und der Strombedarf muss aus anderen Quellen gedeckt werden.

1788 Als „Brückentechnologie“ bis ausreichend viele „erneuerbare Stromerzeuger“ ans Netz gebracht sein  
1789 sollen, galten ursprünglich die Kernkraftwerke. Doch diese sind mit dem historisch-falschen Ausstiegs-  
1790 beschluss vom Netz gegangen.

1791 Zur neuen Brückentechnologie wurden deshalb in Deutschland einseitig die Gaskraftwerke erkoren.  
1792 Durch die politisch gewollte Außerbetriebnahme von Kohle- und Kernkraftwerken sind diese heute  
1793 zwingend zur Deckung des Strombedarfs notwendig. Dass die enorm gestiegenen Gaspreise aktuell de  
1794 facto die Strompreise in Deutschland bestimmen, ist eine der konkreten Folgen dieser fehlgeleiteten  
1795 Politik. Der Kohleausstieg und der Ersatz durch Erdgas sind klimapolitisch außerdem sinnlos, weil die  
1796 Summe aus den direkten CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Verstromung, den indirekten CO<sub>2</sub>-Emissionen bei För-  
1797 derung, Transport und Lagerung und den Methan-Leckagen bei der Gasnutzung dazu führt, dass der  
1798 CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von amerikanischem Fracking- oder katarischem Flüssiggas größer ist als bei Lausitzer  
1799 Braunkohle. Es wird dadurch keine globale Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen erreicht, aber ein hoher  
1800 Milliardenbetrag für den Kohleausstieg ausgegeben.

1801 Strom und Gas sind in Deutschland so teuer, dass die Industrie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit  
1802 verliert und die Inflation angeheizt wird. Hätten wir ausreichend Kern- und Kohlekraftwerke zur Verfü-  
1803 gung, könnte die Gasverstromung praktisch verdrängt werden und wir hätten dramatisch niedrigere  
1804 Strompreise - ganz ohne planwirtschaftliche Markteingriffe, Strompreisdeckel und Milliarden Euro Steu-  
1805 erzahlergeld.

1806 Die AfD Hessen fordert daher:

1807 • Keine politisch motivierten Außerbetriebnahmen von betriebssicheren und grundlastfähigen  
1808 Kraftwerken.

1809 • Wiederinbetriebnahme und Neuerrichtung anhand von Sicherheits- und Umweltverträglich-  
1810 keitsprüfungen - ohne „politische Scheuklappen“.

1811 • Ausstieg aus dem Kohle-Ausstieg, da dieser klimapolitisch sinnlos und volkswirtschaftlich kata-  
1812 strophal ist.

1813 **10.1.3 Kein weiterer Ausbau der „Erneuerbaren“**

1814 Durch politische Fehlentscheidungen wurden grundlastfähige Kraftwerkskapazitäten reduziert und  
1815 gleichzeitig die volatile Einspeisung aus Windkraft- und Solaranlagen massiv erhöht. Die „volatilen Er-  
1816 neuerbaren“ erzeugen große Risiken für den Netzbetrieb, und es sind inzwischen mehr als 10.000 Netz-  
1817 eingriffe pro Jahr notwendig, um das Stromnetz stabil zu halten.

1818 Wir brauchen Kraftwerke, die stetig, planbar und unabhängig von Witterungseinflüssen Strom und ggf.  
1819 Wärme liefern (Grundlastfähigkeit). So wird das Stromnetz stabilisiert und Brownouts (die teilweise Ab-  
1820 schaltung von Verbrauchern und Teilnetzen) und schlimmstenfalls Blackouts (kompletter Netzausfall)  
1821 werden effektiv vermieden.

1822 Die Notwendigkeit von Bedarfsreduzierung durch „Lastabwurf“ (Zwangsabschaltung von Großverbrau-  
1823 chern) betrifft immer öfter auch energieintensive Industriebetriebe, deren Produktionsprozesse durch  
1824 Stromabschaltung unterbrochen werden. Die Unternehmen reagieren bereits durch Produktionsverla-  
1825 gerungen und dezidierte Aussagen, dass Investitionen für neue Produktionsanlagen nur noch im Aus-  
1826 land getätigt werden (z.B. BASF).

1827 Bei einem weiteren Ausbau der „Erneuerbaren“ würde Deutschland noch stärker zwischen Stromman-  
1828 gel und -überschüssen hin- und hertaumeln, die jeweils zu hohen Kosten müssten kompensiert werden,  
1829 und die Versorgungssicherheit wäre gefährdet.

1830 **Man muss festhalten: Die „Energiewende“ ist gescheitert!**

1831 **Der „kostenlose Strom“ aus Wind und Sonne führt zu den höchsten Gewerbestrompreisen der indust-**  
1832 **rialisierten Welt und gefährdet unsere Versorgungssicherheit.**

1833 Die AfD Hessen fordert daher:

- 1834
- Ausbaustopp für Windkraft- und Solaranlagen.
  - Windkraft- und Solaranlagen dürfen zukünftig nur noch „netzdienlich gefahren“ werden. Unge-  
1835 steuerte Maximaleinspeisung darf nicht länger Erlösmaximierung bedeuten. Einspeisevorrang  
1836 erhalten die „Erneuerbaren“ nur noch bei Planbarkeit und „Fahrplan-Einhaltung“.
  - Ein modernes und den Ansprüchen einer Industrienation angemessenes Sensorium und Be-  
1838 richtswesen für die Stabilität des Stromnetzes. Der SAIDI-Wert, der erst Unterbrechungen von  
1839 mehr als 3 Minuten erfasst, ist völlig unzureichend.
- 1840

1841 **10.1.4 Technologieoffene Forschung und Entwicklung muss Kernkraft miteinschließen**

1842 Nicht CO2-Emissionen sind der limitierende Faktor in der Energiepolitik, sondern Naturschutz und Res-  
1843 sourcenschonung. Aufgrund der millionenfach höheren Energiedichte müssen für eine sichere, günstige  
1844 und verlässliche Stromversorgung durch Kernkraftwerke auch nur Millionstel der Brennstoffmengen ab-  
1845 gebaut werden. Die Natureingriffe sind im Vergleich zu Öl-, Gas- und Kohleförderung verschwindend  
1846 gering.

1847 Wie fast jede Technologie hat auch Kernkraft grundlegende Risiken und mit radioaktiven Stoffen muss  
1848 sorgfältig umgegangen werden. Moderne Nukleartechnik bietet aber Lösungen, sowohl hinsichtlich si-  
1849 cherer Reaktordesigns, die einen GAU ausschließen, als auch bezüglich der Reduzierung und „Entschär-  
1850 fung“ des radioaktiven Mülls.

1851 Aus diesem Grund werden in vielen europäischen Ländern neue Kernkraftwerke errichtet. Deutschland  
1852 hingegen geht – mal wieder - einen einsamen Sonderweg.

1853 Die AfD Hessen fordert daher:

- 1854
- Weiterbetrieb aller sicheren und wirtschaftlichen deutschen Kernkraftwerke.



- 1855 • Neuerrichtung von Kernkraftwerken (Generation 3+4) und die Schaffung eines Ordnungsrahmens für innovative Techniken wie kleine, modulare Reaktoren (SMR), Thorium-, Dual Fluid-Reaktoren und Kernfusion.
- 1856
- 1857
- 1858 • Wiedereinstieg in Forschung und Entwicklung, um wieder Anschluss an die Weltspitze in Kernkraftkompetenz zu finden, qualifiziertes Personal auszubilden und dieses in unserem Land zu halten.
- 1859
- 1860

### 1861 10.1.5 Wasserstoff – Hype oder Hoffnungsträger

1862 Aus heutiger Sicht bietet Wasserstoff als Energieträger und Rohstoff großes Potenzial und sei es nur als  
1863 erstes Glied einer Umwandlungskette. Zur Technologieoffenheit gehört auch hier weitere Forschung  
1864 und Entwicklung. Wir lehnen jedoch den irrationalen „Wasserstoff-Hype“ ab. Auch die einseitige Fixie-  
1865 rung auf „grünen Wasserstoff“, also per Elektrolyse aus „erneuerbarem Strom“ gewonnenen Wasser-  
1866 stoff, lehnen wir ab, weil dadurch alternative Wasserstoffquellen von vornherein ausgeschlossen wer-  
1867 den.

1868 Wasserstoff ist auch keine Lösung des Stromspeicherproblems und kann also den massiven Ausbau der  
1869 „Erneuerbaren“ nicht rechtfertigen. „eFuels“, also synthetische Kraftstoffe, sollten nicht von vornherein  
1870 verworfen werden. Trotz der hohen Umwandlungsverluste entlang der Prozesskette darf nicht unter-  
1871 schätzt werden, dass der Großteil der bestehenden Infrastruktur, Anlagen und Endgeräte (Verbren-  
1872 nungsmotoren in PKW, LKW, Schiffen und Flugzeugen, Heizungen) weitergenutzt werden könnte. Auch  
1873 ein gleitender Übergang mit steigenden Wasserstoffanteilen ist nur so möglich.

1874 Die AfD Hessen fordert daher:

- 1875 • Technologie- und ergebnisoffene Begleitung von Wasserstoff- und Energiespeicher-Projekten  
1876 und kritische Reflektion der Ergebnisse.
- 1877 • Synthetische Treibstoffe müssen weiterverfolgt werden, um den dauerhaften Einsatz von Ver-  
1878 brennungsmotoren und der gesamten Infrastruktur zu ermöglichen.

### 1879 10.2 Technologiestandort Hessen

1880 Mit der differenzierten Hochschullandschaft und einer Vielzahl technologieorientierter Unternehmen  
1881 aus verschiedenen Branchen hat Hessen gute Chancen, sich als Technologiestandort weiterzuentwi-  
1882 ckeln. Voraussetzung ist, dass Hessen eine kluge Forschungsförderung betreibt und eine zeitgemäße  
1883 Infrastruktur, eine effektive Verwaltung und eine sichere Energieversorgung zu international wettbe-  
1884 werbsfähigen Kosten bereitstellt.

1885 Wir als Alternative für Deutschland stehen für Technologieoffenheit. Wir sehen den wissenschaftlichen  
1886 Fortschritt und die Bedürfnisse der Bürger als Treiber von Innovationen, nicht einen lenkenden Staat,  
1887 der gesellschaftspolitische oder wissenschaftlich nicht begründbare Ziele verfolgt. Wir stehen für eine  
1888 Innovationspolitik, die weder den Wirtschaftsstandort noch die Unternehmen oder die Bürger gängelt  
1889 oder finanziell schwächt.

1890 Weiterhin fordern wir, dass die Förderprogramme der Landesregierung durch politikunabhängige wis-  
1891 senschaftliche Gremien begleitet werden. So soll zukünftig sichergestellt werden, dass Steuerzahlergeld  
1892 auf diejenigen Fördermaßnahmen konzentriert wird, die zu den geringsten Kosten die politisch ge-  
1893 wünschten Ziele erreichen. In viel zu vielen Förderprogrammen fehlt diese systematische Erfolgskon-  
1894 trolle, und es findet daher unverantwortliche Geldverschwendung statt.

1895 Öffentliche Mittel und Steuerzahlergeld müssen im Zeitverlauf auf diejenigen Projekte mit maximaler  
1896 Effektivität konzentriert werden. Den ineffektiven Projekten hingegen, gehören die Mittel entzogen. Mit  
1897 diesen Grundsätzen will die AfD Hessen das derzeitige, vom Land finanzierte Förderinstrumentarium  
1898 auf Zweckmäßigkeit und Effektivität überprüfen und gegebenenfalls anpassen.



1899 Die AfD Hessen fordert daher:

- 1900 • Wissenschaftlicher Fortschritt und die Bedürfnisse von Bürgern und Unternehmern sollen die staatliche Förderung bestimmen und nicht die Eigeninteressen des „lenkenden Staates“ und der Parteien.
- 1901
- 1902
- 1903 • Bestehende und vor allem zukünftige Förderprogramme brauchen eine systematische Erfolgskontrolle und Konzentration der Mittel auf maximale Effektivität bei der Zielerreichung.
- 1904
- 1905 • Stärkere Beteiligung neutraler, partei- und politikunabhängiger Gremien bei Konzeption und Begleitung der Förderprogramme.
- 1906
- 1907 • Strikte Minimierung von „Mitnahmeeffekten“ bei der Investitionsförderung von Bürgern und Unternehmen.
- 1908

## 1909 10.3 Digitalisierung

1910 Digitalisierung betrifft nunmehr nahezu jeden Lebensbereich des Bürgers - sei es als Privatverbraucher,  
1911 Unternehmer oder als Arbeitnehmer. Deswegen hat es sich die Alternative für Deutschland zum Ziel  
1912 gesetzt, Sie mit

- 1913 • einem hochwertigen Ausbildungsangebot,
- 1914 • einem einfachen Zugang zu kommunalen Dienstleistungen,
- 1915 • dem Schutz Ihrer Daten und
- 1916 • der Abwehr von willkürlicher Zensur

1917 in Ihrem Alltag vollwertig zu unterstützen.

### 1918 10.3.1 Volle Internetabdeckung für jeden Bürger im täglichen Bedarf

1919 Breitbandiger Internet-Zugang über kabelgebundene und Mobilfunknetze wird immer mehr zur unverzichtbaren Infrastruktur und zu einem Teil der Daseinsvorsorge für Bürger und Unternehmen. Zwar werden auch staatlicherseits hohe Beträge investiert, aber im ländlichen Raum gibt es noch zu viele „weiße Flecken“, die geschlossen werden müssen.

1923 Das hessische Digitalministerium muss die privaten Netzbetreiber stärker in die Pflicht nehmen, denn ein Großteil der Mobilfunkförderung fließt in den urbanen Raum, obwohl die Nutzerdichte zur Amortisation der Investitionen dort ausreichend ist. So wird das Steuerzahlergeld auf die Erschließung des ländlichen Raums konzentriert, wo es auch hingehört.

1927 Im Festnetz ist heutzutage Glasfaser Stand der Technik und in Ballungsräumen bereits für viele erschwinglich. Aufgrund der guten „Kupfer-Infrastruktur“ in Deutschland ist Glasfaser jedoch nicht zwingend für einen breitbandigen Anschluss erforderlich und vielerorts wäre „ordentliches DSL“ schon ein gewaltiger Fortschritt. Daher muss ein pragmatischer und lokal angepasster Ausbaupfad gewählt werden, der möglichst vielen Bürgern und Unternehmen möglichst schnell Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s zur Verfügung stellt.

1933 Um perspektivisch den durch private Nachfrage getriebenen Netz- und Glasfaserausbau zu stärken, unterstützen wir aus Landesmitteln geförderte Gutscheine, um beispielsweise die Anschlusskosten für die Kunden deutlich zu reduzieren. So werden Anreize geschaffen und durch die steigende Nachfrage de facto eine Kofinanzierung der staatlichen Fördermittel erreicht.

1937 Die AfD Hessen fordert daher:

- 1938 • Konzentration der Mobilfunkförderung auf den ländlichen Raum.
- 1939 • Geförderte Gutscheine zur Stärkung der privaten Breitband-Nachfrage nutzen.
- 1940 • Fernziel Glasfaser unterstützen, aber kurzfristige Priorität lautet „Breitband für alle“ – auch über

- 1941 Kupfer.
- 1942 **10.3.2 Aufhebung von unberechtigter Zensur im digitalen Raum**
- 1943 Zensur im Internet muss unter allen Umständen verhindert werden, damit der Bürger von seinem Recht  
 1944 zur Meinungsäußerung frei Gebrauch machen kann. Zensur ist nur erlaubt, wenn tatsächlich eine  
 1945 schwere Straftat vorliegt.
- 1946 Das Internet als Medium der Kommunikation, Information und freier Meinungsäußerung darf nur  
 1947 rechtsstaatlich legitimerter und sehr eng begrenzter Zensur unterliegen. Auch die „private Zensur“  
 1948 durch die Plattformbetreiber selbst ist hochproblematisch und als „vorausseilender Gehorsam“ seit jeher  
 1949 eine der größten Gefahren bürgerlicher Freiheiten. Hier sind - jenseits von Bagatellgrenzen zum Schutz  
 1950 kleiner und privater Plattformen - auf Kosten der Plattformbetreiber durch die jeweiligen Datenschutz-  
 1951 behörden der Länder akkreditierte Ombudsleute als Schiedsstellen für von Zensur betroffene oder an-  
 1952 derweitig diskriminierte Nutzer zu schaffen. Die Selbstregulierung der Plattformen hat – entgegen aller  
 1953 Beteuerungen – bisher nicht funktioniert.
- 1954 Das Internet ist kein rechtsfreier Raum, und Straftaten sind zu verfolgen und strafrechtlich zu ahnden.  
 1955 Inhalte aus dem Internet, bei denen Straftaten vorliegen, sind den zuständigen Behörden oder der Po-  
 1956 lizei zu melden. Staatliche, anonyme Meldeplattformen sind dafür nicht geeignet und öffnen Willkür  
 1957 und Denunziation Tür und Tor. Internetseiten und Foren, welche zu schweren Straftaten gegen jegliche  
 1958 Bevölkerungs- und Meinungsgruppen aufrufen, sind sofort jegliche Förderungen zu entziehen und die  
 1959 rechtlichen Konsequenzen von den Betreibern zu tragen.
- 1960 Die AfD Hessen fordert daher:
- 1961 • Zensur darf in einem Rechtsstaat nur ultima ratio sein. „Woke“ politische Korrektheit darf nicht  
 1962 die Meinungsfreiheit übersteuern – das Strafrecht bietet genug Handhabe gegen „Hass und  
 1963 Hetze“.
  - 1964 • Selbstzensur der großen Plattformen muss durch externe Ombudsleute reguliert werden.
- 1965 **10.3.3 Digitalisierte Bürgerentscheide in Hessen einführen**
- 1966 Als Partei der Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie möchten wir uns für mehr direkte Bürgerbe-  
 1967 teiligung in Hessen einsetzen. Digitalisierung ist der Weg, um genau dies zu ermöglichen. Ohne große  
 1968 Hürden über die Eingabe seiner Personalausweisnummer hinaus, soll der Bürger Zugang zu diesem An-  
 1969 gebot erhalten und nach Schweizer Vorbild missbrauchssicher über die für ihn relevanten Themen ab-  
 1970 stimmen dürfen.
- 1971 Die AfD Hessen fordert daher:
- 1972 • Lebendige Demokratie und Bürgerbeteiligung durch digitale Bürgerentscheide stärken.
- 1973 **10.3.4 Die Zukunft liegt in modernen, effektiven und digitalen Behörden**
- 1974 Wir stehen für die Standardisierung digitaler, behördlicher Vorgänge und Formulare auf Grundlage des  
 1975 Online-Zugangsgesetzes (OZG). Dies dient der Entlastung, sowohl der Bürger, als auch der Kommunen  
 1976 bei der Durchführung behördlicher Vorgänge.
- 1977 Des Weiteren fordern wir die Einführung einer flächendeckenden digitalen Verwaltung auf Grundlage  
 1978 gesammelter, einheitlicher und nicht-personenbezogener kommunaler Daten, bspw. zur besseren Ent-  
 1979 scheidungsvorbereitung hinsichtlich des Einsatzes von Investitionen und Personal.
- 1980 Die AfD Hessen fordert daher:
- 1981 • Das OZG darf nicht zum digitalen „Potemkin’schen Dorf“ werden. Verwaltungsvorgänge müssen  
 1982 vollständig digitalisiert und nicht nur eine digitale Fassade errichtet werden.

### 1983 **10.3.5 Digitale Nähe statt Isolation**

1984 Die Covid-Heim-Studie der Charité hat gezeigt, dass die Besuchsverbote und der fehlende körperliche  
1985 Kontakt durch die Corona-Einschränkungen immense Folgen für die über 800.000 Bewohner stationärer  
1986 Altenheime in Deutschland hatten: Einsamkeit, Rückzug und Verwirrung, aber auch Aggressionen, Des-  
1987 orientierung sowie Depressionen haben eklatant zugenommen. Auch in Pflegeheimen und Hospizen  
1988 haben Bewohner unter der Isolation und dem unmöglichen Kontakt mit ihren Angehörigen physisch und  
1989 psychisch gelitten.

1990 Die AfD Hessen setzt sich dafür ein, dass in Alten- und Pflegeheimen sowie Hospizen digitale Endgeräte  
1991 zur Verfügung gestellt werden, die in Zeiten notwendiger Isolation über begleitete Video-Telephonie  
1992 die Nähe zur Familie erhalten aber auch außerhalb von Notstandsszenarien einen lebendigen Kontakt  
1993 zwischen Bewohnern und weit entfernt lebenden Angehörigen ermöglichen.

### 1994 **10.3.6 Förderung der Digitalisierung durch unabhängige Gremien**

1995 Wir setzen uns dafür ein, dass die Vergabe von Fördergeldern durch politik-unabhängige Gremien er-  
1996 folgt, die sich vorwiegend an wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Kriterien aus-  
1997 richten. Damit Hessen den Anschluss an die digitale Entwicklung nicht verliert, ist es erforderlich, dass  
1998 zusätzliche Fördergelder in die Erforschung und Entwicklung sowohl von relevanten Softwaretechnolo-  
1999 gien als auch digitaler Wirtschaftsgüter vergeben werden.

2000 Die AfD Hessen fordert daher:

- 2001 • „Mehr Ahnung statt Meinung!“ Der Staat kann niemals der große Innovator sein, schon gar  
2002 nicht im Digitalen. Externe Expertise muss eine starke Rolle bei der Fördermittelverwendung  
2003 spielen!

### 2004 **10.3.7 E-Sport fördern**

2005 Der Zwang zur Rundfunklizenz bei Streamern mit einem Erstwohn- und Streaming-Sitz in Hessen ist ab-  
2006 zuschaffen. Kreativität von jungen Leuten, sowie die Reichweite der von ihnen produzierten digitalen  
2007 Inhalte ist klar zu fördern, nicht einzuschränken!

2008 Die AfD Hessen fordert daher:

- 2009 • E-Sport (sportlicher Wettkampf mit Computerspielen) als offizielle Sportart anzuerkennen.

## 2010 **11 Landwirtschaft, Natur- und Tierschutz, Jagd und Forst**

### 2011 **11.1 Landwirtschaft und ländlicher Raum**

2012 Eines der wesentlichen Ziele der Landwirtschaft ist die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbaren  
2013 und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln. Der ländliche Raum als Ganzes ist gleichzeitig Erholungsge-  
2014 biet für die Bürger und Lebensraum vieler Pflanzen und Tierarten.

2015 Die Landwirtschaft steht derzeit durch Vorgaben der EU stark unter Druck. Green Deal, Dekarbonisie-  
2016 rung, Energiewende und der sogenannte "Globale Übergang zur Nachhaltigkeit" seien als Stichworte  
2017 genannt. In den nächsten Jahren ist wegen zunehmender Einschränkungen beim Pflanzenschutz, der  
2018 Düngung sowie der Erweiterung der ökologischen Landwirtschaft, mit massiven Ernteertragsrückgän-  
2019 gen zu rechnen. Die Ernährungssicherheit durch Eigenversorgung in Deutschland ist nicht mehr gewähr-  
2020 leistet.

2021 Die AfD setzt sich für eine eigenverantwortliche Bewirtschaftung des ländlichen Raumes unter Berücksich-  
2022 tigung kommunaler Anforderungen und des Naturschutzes ein. Einschränkungen seitens der EU ist  
2023 zu widersprechen.

### 2024 **11.1.1 Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft**

2025 Familienbetriebe handeln bereits seit Generationen nachhaltig. Sie werden zunehmend durch Fehlallo-  
2026 kation von Mitteln im Bereich der Energiepflanzen in ihrer Existenz bedroht. Mittlere und kleine Fami-  
2027 lienbetriebe sind die Basis zur Erhaltung der Landschaftspflege und der dörflichen Kultur; sie sind einem  
2028 rigorosen Verdrängungswettbewerb durch große kapitalstarke Agrarkonzerne ausgesetzt und durch Bo-  
2029 denspekulationen fachfremder Kapitalgesellschaften gefährdet.

2030 Die AfD fordert eine gezielte Förderung von familiären und mittelständischen Betrieben durch eine de-  
2031 gressive Flächenförderung.

2032 Die AfD lehnt die von der EU vorgeschlagenen Richtlinien zum Verbot von Pflanzenschutzmitteln in so-  
2033 genannten „empfindlichen Gebieten“ und zum verminderten Einsatz von Düngemitteln ab.

### 2034 **11.1.2 Stärkung der heimischen Winzerbetriebe im Rheingau und an der Bergstraße**

2035 Die AfD würdigt die Leistung unserer heimischen Winzer bzgl. Produktion hessischer Weine und der  
2036 Pflege der einmaligen Kulturlandschaften im Rheingau und an der Bergstraße.

2037 Das von der EU-Kommission vorgeschlagene Anwendungsverbot aller Pflanzenschutzmittel in sog. emp-  
2038 findlichen Gebieten mit den damit drohenden Konsequenzen für den Weinbau auch in den möglicher-  
2039 weise ausgedehnten Flächen mit Wiederherstellungsmaßnahmen, bzw. Schutzgebieten lehnt die AfD  
2040 komplett ab.

2041 Die herausragende Kulturlandschaft von Rheingau und Bergstraße muss außerdem durch ein Errich-  
2042 tungsverbot von Windkraftanlagen im sichtbaren Bereich dieser Landschaften geschützt werden.

2043 Die AfD Hessen fordert, die Staatsweingüter „Kloster Eberbach“ mit ihren Flächen zügig zu privatisieren.

### 2044 **11.1.3 Acker statt Administration**

2045 Landwirtschaftliche Betriebe, insbesondere kleine, familiengeführte Unternehmen, leiden unter über-  
2046 bordender Bürokratie und behördlichen Vorschriften; auch fehlende oder ungerechte Regelungen ge-  
2047 fährden die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe.

2048 Die AfD setzt sich insbesondere ein für:

- 2049 • eine Verschlinkung administrativer Anforderungen an kleine Betriebe, z.B. bei der Direktver-  
2050 marktung,
- 2051 • eine degressive Gestaltung kommunaler Abgaben, die sich naturgemäß auf verhältnismäßig  
2052 große Grundstücke beziehen,
- 2053 • eine Anpassung von Wirtschaftswegen im Hinblick auf die Breite moderner landwirtschaftlicher  
2054 Fahrzeuge sowie die Erleichterung zur Erlangung von straßenverkehrsrechtlichen Ausnahmege-  
2055 nehmigungen zum Befahren von öffentlichen Straßen,
- 2056 • beschleunigte Flurbereinigungsverfahren und eine Reform der derzeit ungerechtfertigten  
2057 Dopplung von Grunderwerbsteuer bei der Ausübung von Vorkaufsrechten oder Flächentausch.

### 2058 **11.1.4 Weniger Flächenstilllegungen**

2059 Die Stilllegung ertragreicher Flächen muss vermieden werden. Die Versiegelung ertragreicher Flächen  
2060 ist nur in gut begründeten Ausnahmefällen zu gestatten.

2061 Die AfD Hessen fordert den Erhalt ertragreicher Flächen für die Lebensmittelproduktion.

### 2062 **11.1.5 Landwirt über Generationen**

2063 Bäuerliche Betriebe, die über Generationen Äcker und Wiesen bewirtschaften, sind das Herzstück des  
2064 ländlichen Raums; ihrem Erhalt und ihrer Zukunft gilt unser besonderes Augenmerk.

2065 Die Politik muss jungen Leuten Perspektiven bieten und Rahmenbedingungen schaffen, die den Beruf  
2066 des Jungbauern und die Übernahme eines elterlichen Betriebs wirtschaftlich möglich und attraktiv ma-  
2067 chen.

2068 Die AfD Hessen wird sich einsetzen für

- 2069 • den Weiterbestand der 4 landwirtschaftlichen Fachschulklassen
- 2070 • ein verpflichtendes Betriebspraktikum im Rahmen des Studiums der Agrarwissenschaften
- 2071 • die Unterstützung der ca. 3.000 jungen Menschen, die in vielen Bereichen der Hessischen Land-  
2072 jugend aktiv sind
- 2073 • die Ausweitung des Angebotes „Bauernhof als Klassenzimmer“ durch eine verbesserte Förde-  
2074 rung von teilnahmeinteressierten Betrieben

#### 2075 **11.1.6 Pferdehaltung**

2076 Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Diskrepanz zwischen hessischem Baurecht und Naturschutzrecht  
2077 beseitigt und die Offenstallhaltung von Pferden erleichtert wird.

#### 2078 **11.1.7 Nitratdünger ist unverzichtbar**

2079 Die Versorgung der Landwirtschaft mit Nitratdünger ist gefährdet. Die Beschaffung war schon 2022,  
2080 wenn überhaupt, nur zu hohen Preisen möglich. Ein Ersatz durch Natürdünger ist nur eingeschränkt  
2081 realisierbar. Es liegt im Interesse des Landwirtes, eine optimale Düngung der Pflanzen durchzuführen;  
2082 die Politik muss dafür die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen.

2083 Die AfD Hessen fordert, Einschränkungen der bedarfsgerechten Düngung zu unterlassen.

#### 2084 **11.1.8 Kali- und Phosphatdünger**

2085 Ein Hauptlieferant von Kalidünger ist der Kalibergbau, hier in Hessen die Firma Kali und Salz. Der heimi-  
2086 sche Kalibergbau steht durch Umweltauflagen unter Druck. Phosphatdünger wird hingegen hauptsäch-  
2087 lich im Ausland ggf. mit entsprechenden Umweltschäden abgebaut. Eine Rückgewinnung aus organi-  
2088 schen Abfällen ist soweit wie technisch und wirtschaftlich möglich anzustreben.

2089 Die AfD fordert, die Umweltauflagen im Einvernehmen mit den Herstellern so zu gestalten, dass die  
2090 Kalidüngerproduktion in Deutschland weiterhin wirtschaftlich möglich bleibt. Das Recycling von Phos-  
2091 phat ist soweit wie wirtschaftlich möglich zu fördern.

#### 2092 **11.1.9 Biogasanlagen**

2093 Die Verwendung landwirtschaftlicher Abfälle wie Grünschnitt sowie kompostierbarer Abfälle aus den  
2094 Haushalten in Biogasanlagen ist sinnvoll. Die Verwertung von Nahrungsmitteln hingegen, die durch fehl-  
2095 geleitete Subventionen der EU ausgefördert ist, muss schrittweise reduziert werden.

2096 Die AfD fordert, die Verwertung von Lebensmitteln in Biogasanlagen nicht mehr zu fördern.

#### 2097 **11.1.10 Energieversorgung der Landwirtschaft**

2098 Landwirtschaftliche Betriebe benötigen Kraftstoff zum Betrieb von Geräten sowie für Heizungen für  
2099 Wohnräume und Ställe. Batteriebetriebene Fahrzeuge auf dem Acker sind schon wegen des Gewichtes  
2100 der Batterien nicht praxistauglich.

2101 Ein längerer Ausfall der Stromversorgung führt in landwirtschaftlichen Betrieben mit Viehhaltung zu de-  
2102 saströsen Verhältnissen bis hin zur existenziellen Bedrohung des Betriebes und der Gefährdung des Ti-  
2103 erwohls. Die in Rede stehende Besteuerung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen führt zu  
2104 einer Erhöhung von Kosten und damit letztlich zu einer Verteuerung von Lebensmitteln. Landwirte sind  
2105 als systemrelevant einzustufen; eine Privilegierung von landwirtschaftlichen Kraftfahrzeugen bei der  
2106 Kfz-Steuer ist daher gerechtfertigt.

2107 Die AfD fordert, jegliche Einschränkungen bei der Wahl der energetischen Versorgung von Landmaschi-  
2108 nen zu unterlassen.

2109 Landwirtschaftliche Betriebe sind im Bedarfsfall vorrangig mit elektrischer Energie zu versorgen. Die  
2110 Beschaffung von Notstromaggregaten und Kraftstofflagern soll gefördert werden.

2111 Die Befreiung von der Kfz-Steuer für Land- und Forstwirtschaftliche Fahrzeuge muss erhalten werden.

### 2112 **11.1.11 Nutztierhaltung**

2113 Die Tierhaltung ist Teil der Kreislaufwirtschaft. Fleisch auf dem Speiseplan hat in Deutschland Tradition.  
2114 Die in den letzten Jahren zunehmend propagierte vegetarische Lebensweise, oder gar der völlige Ver-  
2115 zicht auf tierische Lebensmittel, muss vom Verbraucher selbst entschieden werden. Jegliche Form von  
2116 Druck auf die Bürger lehnen wir ab.

2117 Nutztiere können für uns Menschen unverdauliche Pflanzen verwerten. Huftiere tragen zur Bodenver-  
2118 besserung bei. In Deutschland geschieht das z.B. bei der Deichsicherung und im Vertragsnaturschutz.

2119 Die AfD fordert die Unterstützung der nutztierhaltenden Betriebe. Die Bevorzugung vegetarischer Er-  
2120 nährung ist einzustellen.

### 2121 **11.1.12 Haltungs- und Herkunftsbezeichnung von Fleischimporten**

2122 In Deutschland gelten hohe Standards bei der Tierhaltung, was mit hohen Kosten bei den Erzeugern  
2123 verbunden ist. Dies führt zu einem Wettbewerbsnachteil der einheimischen gegenüber ausländischen  
2124 Tierhaltern und zu einer Täuschung der Verbraucher. Die AfD fordert eine eindeutige Haltungs- und  
2125 Herkunftsbezeichnung von Fleischimporten.

### 2126 **11.1.13 Keine Insektenbestandteile in unserer Nahrung!**

2127 Seit 2021 sind Lebensmittelzusätze aus Insekten zugelassen. Dabei sind Fragen bezüglich allergischer  
2128 Wirkung, Anreicherung von Schwermetallen, Krankheiten und Giftstoffen (aus der Insektennahrung)  
2129 nicht ausreichend geklärt. Außerdem wird eine vegetarische Ernährung dadurch erschwert.

2130 Die AfD fordert das Verbot von Insektenzusätzen in Lebensmitteln aus ethischen und gesundheitlichen  
2131 Gründen.

## 2132 **11.2 Umwelt und Trinkwasser**

2133 Trinkwassergewinnung ist kommunale Aufgabe. Ein Zusammenschluss zu Zweckverbänden dient der  
2134 Versorgungssicherheit.

2135 Seit einigen Jahren wird ein hoher Nitratgehalt im Trinkwasser thematisiert, wobei die Düngung in der  
2136 Landwirtschaft als Verursacher behauptet wird. Zweifel an dieser Behauptung sind jedoch angebracht,  
2137 da die meisten anderen EU-Länder dieses Problem offenkundig nicht haben. Zudem kann der Nitrat-  
2138 grenzwert hinterfragt werden, da z.B. Wintergemüse mit seinem vielfach höheren Nitratgehalt als ge-  
2139 sund erachtet wird. Teilweise kommen hohe Nitratwerte auch natürlich vor, z.B. in Weinanbaugebieten,  
2140 wo nicht gedüngt wird. Außerhalb von Trinkwassereinzugsgebieten können höhere Grenzwerte gelten.  
2141 Bei Überschreitung muss gezielt nach der Ursache gesucht werden.

2142 Umweltschutz, Trinkwasser und landwirtschaftliche Nutzung müssen gleichermaßen Berücksichtigung  
2143 finden und sich in einer Gesetzgebung niederschlagen, die neben einer gesunden Umwelt auch die Ver-  
2144 sorgung der Bevölkerung im Blick haben muss.

2145 Die AfD fordert, den Nitratgehalt nur im Einzugsgebiet von Trinkwasserquellen zu regulieren und bei  
2146 Überschreitung von Grenzwerten gezielt nach den Verursachern zu suchen, statt ganze Gebiete zu Ro-  
2147 ten Zonen zu erklären.

## 2148 **11.3 Natur- und Umweltschutz**

2149 Im Staatswald des Landes Hessen gelten die „Richtlinien für die Bewirtschaftung des Staatswaldes  
2150 (2018)“ und die „Naturschutzleitlinie 2022“. Beide schränken die naturnahe Bewirtschaftung in unzu-  
2151 lässiger Weise ein. Die AfD fordert eine grundlegende Überarbeitung beider Richtlinien im Sinne einer  
2152 ordnungsgemäßen Waldwirtschaft.

## 2153 **11.4 Verbraucherschutz**

2154 Der Schutz der Verbraucher ist für die AfD Hessen einer der zentralen Politikbereiche. Er ist eine Quer-  
2155 schnittsaufgabe und umfasst eine verbraucherfreundliche Wirtschaftspolitik genauso wie Teile der So-  
2156 zial-, Rechts-, Umwelt- und Gesundheitspolitik. Die AfD setzt sich für gut sichtbare und für Laien ver-  
2157 ständliche Deklarationen auf Konsumgütern ein.

## 2158 **11.5 Tierschutz**

2159 Die AfD fordert strenge Kontrollen zur Einhaltung der bestehenden Gesetze und Verordnungen.

### 2160 **11.5.1 Tierquälereiische Schlachtung**

2161 Den Handel, die Einfuhr von Fleisch aus tierquälereiischer Schlachtung, den Handel damit sowie die Wer-  
2162 bung dafür lehnt die AfD ab. Die Tötung von Nutztieren muss strengen Regeln unterliegen. Es ist nicht  
2163 hinnehmbar, dass Tiere unvollständig oder gar nicht betäubt geschlachtet werden. Betäubungsloses  
2164 Schlachten (rituelles Schächten, Halal-Schlachten usw.) ist ausnahmslos zu untersagen. Religiöse  
2165 und/oder kulturelle Gründe können keine Ausnahmen hiervon begründen.

### 2166 **11.5.2 Wolf und Biber**

2167 Der bestandserhaltende Zustand des Wolfes in Deutschland ist festzustellen.

2168 Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, einen Akzeptanzbestand mit Entnahmekoten festzulegen und  
2169 die ordnungsgemäße Bejagung des Wolfes rechtssicher zu ermöglichen.

2170 Das Monitoring der Wolfspopulation in Hessen muss deutlich verbessert werden, damit Wolfsbestände  
2171 realitätsgetreu beziffert und Entnahmekoten und -reviere seriös definiert werden können. Wolfsrisse  
2172 sollen künftig schneller und vollständig entschädigt werden; bei der Rissbegutachtung soll eine Beweis-  
2173 lastumkehr zu Gunsten der Geschädigten gelten.

2174 Der Biber breitet sich in Hessen stark aus. Als besonders geschützte Tierart darf er nicht beeinträchtigt  
2175 werden. Die AfD fordert die rasche Entwicklung von Konzepten, um betroffene Landnutzer schnell und  
2176 unbürokratisch zu entschädigen.

## 2177 **11.6 Jagd und Forst**

2178 Jagd als ökologisches Handwerk wird als legitime Form der Naturnutzung gefördert und erhalten. Die  
2179 AfD versteht Jagd als notwendiges Regulativ aufgrund wildbiologischer Erkenntnisse und land- bzw.  
2180 forstwirtschaftlicher Erfordernisse im Sinne des gestaltenden Naturschutzes. Die Bindung des Jagd-  
2181 rechts an Grund und Boden wird nicht infrage gestellt.

2182 Wir setzen uns dafür ein, dass keine weiteren Flächen im Staatswald stillgelegt werden.

2183 Die AfD missbilligt die FSC-Zertifizierung des Staatswaldes. Wir setzen uns dafür ein, wieder die bisherige  
2184 Zertifizierung (PEFC) zu übernehmen.

2185 Die AfD fordert, dass private und kommunale Waldbesitzer weiterhin bei der Wiederbewaldung ihrer  
2186 Wälder intensiv unterstützt werden.



## 2187 **12 Gesundheit**

2188 Die Coronakrise hat den Stellenwert der Gesundheit und die Schwächen des Gesundheitssystems deutlich gemacht. Gesundheit bedeutet psychische, physische und soziale Gesundheit. Ein gutes Gesundheitswesen bedeutet bestmögliche, wohnortnahe, zeitnahe Behandlung und Versorgung im Krankheitsfall, sowie menschenwürdige Betreuung im Pflegefall, auch im Krisenfall.

2192 Der demografische Wandel, der medizinisch-technische Fortschritt und Krisen durch Pandemien erfordern mehr denn je ein effizientes Gesundheitswesen. Eine reine ökonomisch oder politisch gesteuerte Ausrichtung medizinischer Versorgung darf dabei nicht maßgeblich den Einsatz medizinischer Leistungen bestimmen. Eine fürsorgliche, individualisierte Medizin steht vor der Ökonomie. Der Mensch muss stets im Mittelpunkt des Handelns stehen. Das Gesundheitswesen hat sich am Patienten, seiner unantastbaren Würde und an seinen Grundrechten auszurichten, die auch während Pandemien gelten.

2198 Die Aufklärung muss im Vordergrund stehen, um die Menschen in die Lage zu versetzen, adäquate eigenverantwortliche Entscheidungen zu treffen. Zwangsmaßnahmen über die Köpfe der Betroffenen hinweg sind nicht akzeptabel. Die finanziellen Ressourcen sind nicht unendlich. Ihre Verteilung und Nutzung muss immer transparent sein und stets kritisch begleitet werden.

### 2202 **12.1 Krankenhausversorgung**

#### 2203 **12.1.1 Erhalt kommunaler Krankenhäuser setzt bedarfsgerechte Krankenhausfinanzierung voraus**

2205 Der Erhalt kommunaler Krankenhäuser als Standortfaktor ist wichtiger Bestandteil der Kommunal- und Landespolitik. Wir setzen uns für den weitgehenden Erhalt und gegen eine Privatisierung der kommunalen Krankenhäuser sowie für eine bedarfsgerechte Finanzierung ein. Die Sicherstellung der Vorhaltung von Gesundheitseinrichtungen ist zentrale Aufgabe des Staates. Die AfD Hessen setzt sich dafür ein, dass die Landesregierung ihrer Verpflichtung zur fortlaufenden Finanzierung von Investitionen in die hessischen Plan-Krankenhäuser in voller Höhe nachkommt und darüber hinaus der aufgelaufene Investitionsstau abgebaut wird. Personalschlüssel und verpflichtende Personaluntergrenzen sind in der Finanzierung zu berücksichtigen. Energie und Sanierungskosten sind gesondert zu vergüten. Kinderkliniken sollen ein eigenständiges Investitionsbudget in der Krankenhausfinanzierung erhalten, mit einem 1,2-fachem Faktor der Regelbudgets für Krankenhäuser. Den Krankenhausentlastungstarifvertrag für Universitätskliniken begrüßen wir ausdrücklich und fordern einen an diesen angelehnten Tarifvertrag für alle Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft.

#### 2217 **12.1.2 Schutz der Patienten vor multiresistenten Keimen**

2218 Wir fordern die lückenlose Einführung von Tests in allen Krankenhäusern auf multiresistente Keime, um Komplikationen für die Patienten, hohe Folgekosten für die Krankenkassen zu vermeiden und eine schnelle Genesung sicherzustellen. Die Kosten sind von den Krankenkassen zu tragen. Die konsequente Umsetzung der Hygienevorschriften muss in Krankenhäusern und in Pflegeeinrichtungen sichergestellt werden.

### 2223 **12.2 Medizinische Versorgung**

#### 2224 **12.2.1 Ambulant vor Stationär**

2225 Die Coronazeit hat die besondere Rolle der ambulanten Behandlung bei der Versorgung der Patienten auch in Krisenzeiten bestätigt. Der Hausarzt hat dabei die zentrale Verantwortung. Deshalb sollen die Möglichkeiten erweitert und die Vergütung von medizinisch ambulanten Behandlungen adäquat angepasst werden, um die Krankenhäuser auch außerhalb von Krisenzeiten zu entlasten. Leistungsprämien,

2229 Inflationsausgleich, Neupatientenregelung, Disease-  
2230 managementprogramme sollen verbessert werden  
und erhalten bleiben.

### 2231 **12.2.2 Psychotherapie und ähnliche Verfahren**

2232 Der Bedarf an psychotherapeutischer Behandlung ist in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen und  
2233 zu einem erheblichen Kostenfaktor geworden. Dies gilt sowohl für den ambulanten als auch für den  
2234 stationären Bereich. Deswegen halten wir es als AfD für wichtig, dass Kontrollmechanismen aufgebaut  
2235 werden, die übermäßige Ausgaben zu vermeiden helfen. Dabei ist insbesondere zu beachten, dass die  
2236 ambulante Therapie vor der stationären steht.

### 2237 **12.2.3 Physio-, Ergo und Logotherapie**

2238 Dem zum Teil dramatischen Mangel an Fachkräften im Bereich der Therapeuten ist durch eine wirksame  
2239 Steigerung der Attraktivität dieser Berufe entgegenzutreten. Dieser Mangel äußert sich in zunehmend  
2240 knappen Versorgungskapazitäten. Durch die zu niedrigen Vergütungen im Bereich der Hausbesuche ist  
2241 eine ausreichende Versorgung im ländlichen Raum sowie in Senioren- und Pflegeheimen nicht mehr  
2242 gegeben.

2243 Die AfD Hessen fordert:

- 2244 • Patientenversorgung verbessern durch mehr Autonomie rund um die Behandlung
- 2245 • Interprofessionelle Zusammenarbeit stärken – ambulant wie stationär
- 2246 • Wirtschaftliche Praxisführung durch höhere Vergütungen, insbesondere im Bereich der Haus-  
2247 besuche ermöglichen und damit die ambulante therapeutische Versorgung optimieren
- 2248 • Novellierung der Berufsgesetze im Sinne einer Akademisierung zur Modernisierung und Anpas-  
2249 sung an die Versorgungsbedarfe nutzen
- 2250 • Digitalisierung und weiterer Abbau der Bürokratie etablieren und damit mehr Therapiezeit statt  
2251 Verwaltungszeit schaffen.

### 2252 **12.2.4 Sicherung der ambulanten Versorgung**

2253 Die ambulanten Arztpraxen stehen vor demografischen und strukturellen Herausforderungen (Digitali-  
2254 sierung, Personalmangel, Budgetierung, Neubesetzung von Arztpraxen).

2255 Die AfD Hessen hält die ambulante Behandlung durch Praxen und individuellem Arzt-Patient Kontakt für  
2256 die bestmögliche Versorgung der Patienten vor Ort. Die ambulante Behandlung ist der Schutzwall vor  
2257 den Krankenhäusern. Wir fordern eine Aufhebung der Budgetierung und den Erhalt der Neupatienten-  
2258 regelung. Ohne sie gibt es keine zeitnahe Versorgung von Neupatienten. Die Regressforderungen von  
2259 Krankenkassen in Hessen an niedergelassene Ärzte sind komplett abzulehnen. Medizinisch notwendige  
2260 Therapien und Behandlungen werden von Dritten erbracht (Apotheker, Physiotherapeut, etc.) und für  
2261 den Patienten rezeptiert. Die niedergelassenen Ärzte können nicht für die Finanzierung dieser gesund-  
2262 heitlichen Maßnahmen haften. Hier ist die Krankenkasse verpflichtet, den Patienten über den Umfang  
2263 und die Finanzierung der Krankenkassenleistungen zu informieren.

### 2264 **12.2.5 Sicherung des Hebammenberufs**

2265 Hebammen erfüllen bei der Geburtshilfe, der vor- und nachgeburtlichen Betreuung und Behandlung  
2266 sowie der Stillberatung wesentliche Aufgaben.

2267 Durch die seit Jahren stark steigenden Versicherungsprämien für in der Geburtshilfe tätige Hebammen  
2268 wird zu vielen Hebammen dieser wesentliche Tätigkeitsbereich allerdings erschwert, oder sie werden  
2269 daraus ausgeschlossen. Das ändert auch der gesetzliche geregelte Sicherstellungszuschlag durch den  
2270 GKV-Spitzenverband nicht grundlegend. Die Schwierigkeiten mit der Haftpflichtversicherung für Heb-  
2271 ammen müssen durch grundlegende Neuerungen angegangen werden. Einen staatlichen Haftungsfond,

2272 wie auch von Hebammenberufsverbänden vorgeschlagen, hält die AfD Hessen für einen sinnvollen Weg  
2273 der Problematik zu begegnen und will Möglichkeiten dafür prüfen. Weiterhin sprechen wir uns für den  
2274 Erhalt von Geburtshilfestationen in wohnortnahen Krankenhäusern aus.

2275 Die AfD Hessen setzt sich dafür ein, dass Hebammen wesentlich besser vergütet werden. Nur so kann  
2276 langfristig dem Mangel an Hebammen für die Wochenbettbetreuung entgegengewirkt und eine flächendeckende Grundversorgung aller Schwangeren gewährleistet werden.  
2277

#### 2278 **12.2.6 Medizinische Versorgung im ländlichen Raum**

2279 Die Sicherstellung der wohnortnahen medizinischen Versorgung im ländlichen Raum, insbesondere in  
2280 Flächenkreisen mit unzureichendem öffentlichen Personennahverkehr, ist eine der Maßnahmen zur Be-  
2281 endigung der Landflucht.

#### 2282 **12.2.7 Ausreichende Studienplätze in Hessen**

2283 Die AfD Hessen fordert die Schaffung ausreichender Studien- und Anschlussstudienplätze insbesondere  
2284 im zweiten Teil des Medizinstudiums, die Vergabe von Stipendien bei Facharztweiterbildung auf dem  
2285 Land, sowie die Einführung von Studiengebühren für ausländische Studenten.

#### 2286 **12.2.8 Aufarbeitung der Coronakrise**

2287 Die AfD Hessen fordert die gründliche Aufarbeitung und Evaluierung der Maßnahmen und Methoden,  
2288 die im Gesundheitswesen während der Coronakrise auf Landesebene angewendet wurden. Transparenz  
2289 und das Lernen aus Fehlern sollen das Vertrauen in das Gesundheitssystem stärken. Eine Coronaimpf-  
2290 pflicht lehnen wir ab, eine personenbezogene Aufklärung zu Risiken und Nebenwirkungen, sowie indi-  
2291 viduelle Entscheidungen befürworten wir! Eine vollständige Aufklärung der Coronamaßnahmen, u.a.  
2292 der Coronaimpfkampagne, der Coronaimpfstoffrisiken, Coronaimpfnebenwirkungen, Coronakosten  
2293 muss auch im Nachhinein stattfinden.

2294 Wir fordern einen Untersuchungsausschuss „Corona“ für die nächste Wahlperiode.

#### 2295 **12.2.9 Bedarfsgerechter Ausbau der palliativen Versorgung**

2296 Die palliative Versorgung in Hessen wurde in den vergangenen Jahren ausgebaut, wodurch aber nur ein  
2297 bestehender Mangel ausgeglichen werden konnte. Der steigende Bedarf wird sich aufgrund des stei-  
2298 genden Altersdurchschnitts weiter erhöhen. Dafür müssen schon jetzt Strukturen geschaffen werden,  
2299 die eine ausreichende Unterbringung und Versorgung einer größeren Anzahl von Palliativpatienten si-  
2300 cherstellen. Wir setzen uns für den vorausschauenden und flächendeckenden Ausbau ambulanter und  
2301 stationärer palliativer Versorgungsangebote ein.

#### 2302 **12.2.10 Chancen der Telemedizin nutzen**

2303 Die AfD Hessen will die Digitalisierung der medizinischen Versorgung weiter vorantreiben und erkennt  
2304 den Nutzen der Telemedizin an. Telemedizin ersetzt nicht die Vor-Ort-Behandlung, sondern ergänzt sie  
2305 lediglich. Wir sehen im Einsatz von Telemedizin große Chancen für eine Verbesserung der fach-, haus-  
2306 und notärztlichen Versorgung der Menschen in Hessen. Gerade für die Gesundheitsversorgung im länd-  
2307 lichen Raum stellt der Einsatz dieser Versorgungsformen eine sinnvolle Ergänzung dar.

2308 Die AfD Hessen wird sich daher im Landtag dafür einsetzen, dass:

- 2309 • der Ausbau der Telemedizin vorangetrieben und verstärkt in die Regelversorgung eingebunden  
2310 wird. Innovative Einrichtungen wie Tele-Notarzt, e-AUF, oder e-Rezept, Know-how-Transfer so-  
2311 wie die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen müssen gefördert werden.
- 2312 • ein Förderprogramm aufgelegt wird, das Fach- und Hausärzte bei der Beschaffung telemedizi-

2313 nischer Gerätetechnik und Software und der Etablierung eines IT-gestützten Fallmanagement-  
2314 systems unterstützt.

### 2315 **12.2.11 Sicherstellung einer menschenwürdigen Pflege**

2316 Personalmangel und schlechte Arbeitsbedingungen werden den Pflegenotstand weiterhin verschärfen.  
2317 Dem Personalmangel kann nur mit verbesserten Arbeitsbedingungen, besserer Bezahlung und einer ge-  
2318 zielten Anwerbung von qualifizierten Personen begegnet werden.

2319 Pflegepersonaluntergrenzen sollen von allen hessischen Kliniken dringend eingehalten werden. Auch  
2320 für weitere Mitarbeitergruppen im Krankenhaus wie Logopäden, Physiotherapeuten, etc., müssen Un-  
2321 tergrenzen eingeführt werden.

2322 24-Stunden-Bereitschaftsdienste in hessischen Kliniken sind unzumutbare Arbeitsbedingungen für das  
2323 Personal und stellen ein Risiko für die Patienten dar. Wir wollen diese abschaffen.

2324 Die Einführung der elektronischen Patientenverfügung befürworten wir.

### 2325 **12.3 Gesundheitsprävention, Sport**

2326 Prävention und sportliche Betätigung können helfen, Krankheiten zu vermeiden sowie die gesunde Le-  
2327 bensspanne zu verlängern. Corona hat Spuren wie Gewichtszunahme, Bewegungsmangel und fehlende  
2328 soziale Einbindung hinterlassen. Wir fordern die Bekämpfung dieser „Corona“-bedingten Schäden ins-  
2329 besondere bei Kindern und Jugendlichen, durch ein Landesprogramm „Kondition und Koordination“.  
2330 Die Demografie und der medizinische Fortschritt, einhergehend mit vielfältigen Paradigmenwechseln,  
2331 werden den Bedarf an Gesundheitsleistungen und damit verbundenen Kosten zwangsläufig weiter stei-  
2332 gern. Umso wichtiger wird es, die Krankenkassen von allgemeinen Präventionsmaßnahmen (Bewegung,  
2333 Ernährung etc.) zu entlasten und die Eigenverantwortlichkeit der Bürger zu fördern. Die AfD Hessen  
2334 unterstützt daher alle Maßnahmen, die geeignet sind, den Gesundheitszustand der Bevölkerung zu ver-  
2335 bessern und gesundheitliche Beeinträchtigungen zu vermeiden. Die AfD Hessen fordert, dass Sport und  
2336 Bewegung einen größeren Stellenwert erhalten und staatlich gefördert werden. In der Ausbildung von  
2337 Erziehern und Lehrern sowie im Lehrplan müssen Prävention und Sport stärker berücksichtigt werden.  
2338 Zur Förderung unserer Kinder und Jugendlichen ist das Programm der Lehrertrainer in Hessen zu erwei-  
2339 tern und auszubauen. Defiziten in den koordinativen Fähigkeiten unserer Schüler ist vorzubeugen. Die  
2340 AfD Hessen fordert daher den verstärkten Ausbau eines klaren sportpolitischen Konzepts sowie eine  
2341 „Landesoffensive Sport“.